OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

Juni 2014

Stabilität und Sicherheit.

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Die Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

Medieninhaber und Herausgeber	*Oesterreichische Nationalbank* *Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien* *Postfach 61, 1011 Wien* *www.oenb.at* *oenb.info@oenb.at* *Tel. (+43-1) 40420-6666* *Fax (+43-1) 40420-6698*
Schriftleitung	*Doris Ritzberger-Grünwald*
Koordination und Redaktion	*Alexander Dallinger, Manfred Fluch*

© Oesterreichische Nationalbank, 2014

ISSN 2310-5216

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Auf geschlechtergerechte Formulierungen wird verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten im Sinn der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Redaktionsschluss: 17. Juni 2014

Inhalt

Bericht über die wirtschaftliche Lage 4

Überblick 5

Zögerliche Wachstumserholung im Euroraum 6

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Stabile wirtschaftliche Entwicklung trotz Ukraine-Krise 10

Österreichs Wirtschaft startet schwach ins Jahr 2014 - OeNB erwartet trotzdem verhaltenen Aufschwung 13

Kreditinstitute: Rückläufige Bilanzsumme, steigende längerfristige Kredite, günstige Finanzierungs-bedingungen 18

Die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats 25

Spezielle Kurzanalysen zu Geld- und Währungspolitik 36

Österreichische Inflationsrate stagnierte zuletzt bei rund 1½ % und bleibt bis 2015 unter 2 % 37

Preisliche und strukturelle Aspekte der österreichischen Wettbewerbsfähigkeit 41

Gemanagte Finanzinvestitionen der Haushalte und Auslandsaktivitäten des Unternehmenssektors bestimmten das Finanzverhalten des privaten Sektors im Jahr 2013 52

Dienstleistungserfolge beflügeln Außenwirtschaft 54

Annex 57

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik – EU und international Zeitraum 11. April bis 12. Juni 2014 58

Wirtschaftsindikatoren - Grafiken und Tabellen 63

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Überblick[1]

Das Wachstum der Weltwirtschaft wurde zu Jahresbeginn mehrfach gebremst. Das US-Wachstum fiel witterungsbedingt – somit temporär – deutlich schwächer aus als noch zum Jahresende 2013. Die aufkeimende Konjunktur im Euroraum erhielt im ersten Quartal 2014 ebenso einen Dämpfer. Darüber hinaus bremste sich auch die Dynamik in den Schwellenländern, v.a. in China, weiter ab; die russische Wirtschaft schrumpft infolge rückläufiger Investitionen als Konsequenz von Vertrauensverlusten durch den Konflikt mit der Ukraine. Einzige Ausnahme in dieser weltweit schwachen Entwicklung stellt Japan dar: Die dortige klare Beschleunigung des Wachstums basiert jedoch auf Vorzieheffekten, ausgelöst durch die Mehrwertsteuererhöhung im April. Die weltweit abnehmende Dynamik spiegelt sich momentan im Welthandel wider. Im Drei-Monats-Durchschnitt ging der weltweite Güterhandel im März zum zweiten Mal in Folge zurück.

Im Euroraum divergierte das Wirtschaftswachstum im ersten Quartal stark: In Deutschland, der Slowakei und Lettland expandierte die Wirtschaft deutlich, das Wachstum in Spanien, Belgien und Österreich war immerhin robust, während die Wirtschaftsleistung in Frankreich stagnierte sowie in Italien, Finnland und Slowenien leicht zurückging. In den Niederlanden, Portugal, Estland und Zypern schrumpfte das BIP im ersten Quartal klar. Im Euroraum insgesamt konnte das Wirtschaftswachstum um 0,2 % zulegen, blieb damit jedoch unter den Erwartungen. Trotz dieses unerwartet schwachen Wachstums zu Jahresbeginn revidierte das Eurosystem im Juni seine BIP-Prognose 2014 nur um 0,1 Prozentpunkte im Vergleich zum März auf 1,0% nach unten. Damit überwindet der Euroraum im Jahr 2014 nachhaltig die zweijährige Rezessionsphase. In den Jahren 2015 und 2016 beschleunigt sich das Wachstum weiter auf 1,7 % bzw. 1,8 %. Die Wachstumsentwicklung wird dabei in steigendem Ausmaß von einer zunehmend robusten Binnennachfrage getragen werden.

Die HVPI-Inflation lag im Mai im Euroraum bei 0,5 %. Der kurzzeitige Anstieg im April (0,7 %) war auf einen Ostereffekt zurückzuführen. Da aufgrund der fortgesetzten Disinflation die Gefahr besteht, dass sich die langfristigen Inflationserwartungen entkoppeln und da in der aktuellen Eurosystem-Prognose die Inflation bis Ende 2016 klar unter dem Inflationszielwert bleibt, hat das Governing Council am 5. Juni weitreichende geldpolitische Veränderungen beschlossen:

Die Leitzinsen wurden mit 11. Juni auf einen historischen Tiefststand gesenkt. Der Zinssatz für das Hauptrefinanzierungsgeschäft beträgt nun 0,15 % und −0,10 % für die Einlagenfazilität. Darüber hinaus wurde die Vergabe von Targeted Long-Term Refinancing Operations (TLTROs) im Volumen von 400 Mrd EUR beschlossen. Diese Mittel sind für die Kreditvergabe im nicht finanziellen privaten Sektor (ausgenommen Wohnbaukredite) vorgesehen. Zusätzlich wurde beschlossen, die Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf Outright-Käufe von Asset-Backed Securities (ABS) zu intensivieren. Schließlich wird die Sterilisierung des Securities Market Programme eingestellt.

Die österreichische Wirtschaft ist laut erster vollständiger Veröffentlichung der Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im ersten Quartal 2014 mit +0,2% schwächer gewachsen als noch in der Flash-Veröffentlichung (Grundlage der OeNB-Juni-Prognose) angenommen. Diese Revision wirkt sich dämpfend auf die BIP-Jahresprognose für 2014 aus. Die OeNB erwartet, unverändert zur OeNB-Prognose vom Dezember 2013, ein Wirtschaftswachstum von 1,6 % für 2014, gefolgt von 1,9 % (2015) und 2,1 % (2016). Im Gegensatz zum Euroraum besteht in Österreich keine Deflationsgefahr, denn obwohl sinkende Energie- und Rohstoffpreise zu einer Fortsetzung der Abschwächung der Inflationsdynamik führen, beträgt die HVPI-Inflationsrate im laufenden Jahr 1,8 % und im Jahr 2015 1,7 %. Im Jahr 2016 wird sich die Inflation aufgrund der anspringenden Konjunktur wieder leicht auf 1,9 % beschleunigen.

[1] Autor: Klaus Vondra (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

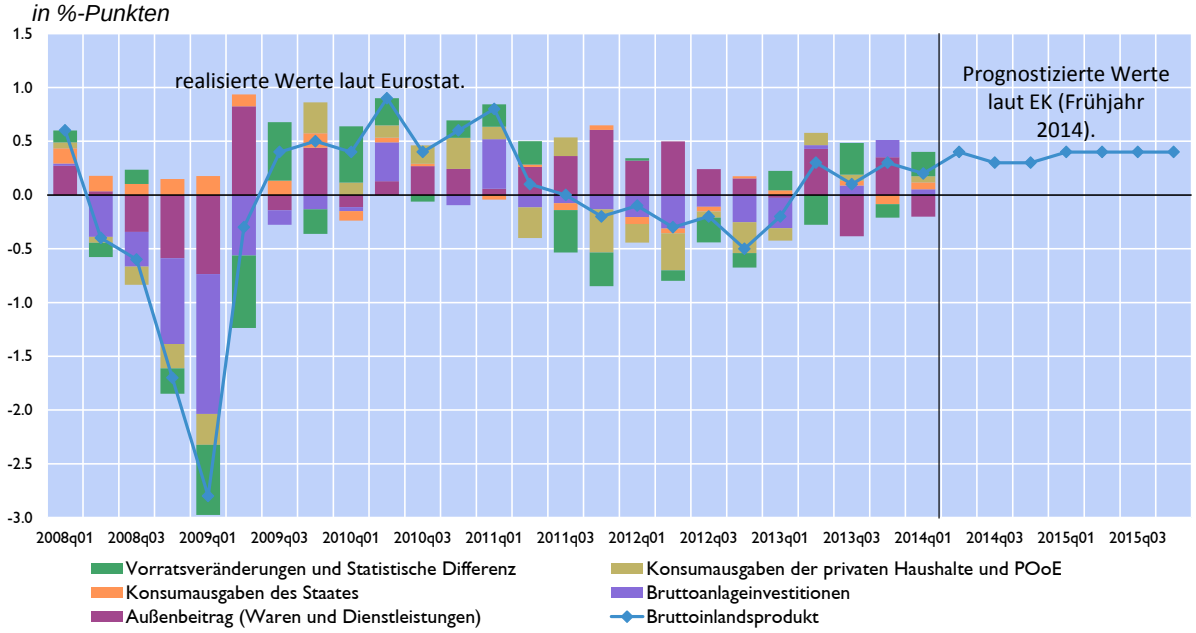
Zögerliche Wachstumserholung im Euroraum[2]

Euroraum

Robustes Investitionswachstum bei enttäuschendem Außenhandel im ersten Quartal

Im ersten Quartal 2014 wuchs das reale BIP im Euroraum gegenüber dem Vorquartal um 0,2 %. Die wirtschaftliche Erholung verläuft damit am unteren Ende der Prognosebandbreite. Während der private Konsum mit 0,1 Prozentpunkten eher mäßig zum Wachstum beitrug zeigte sich die Entwicklung der Investitionsnachfrage mit einem Beitrag von 0,3 Prozentpunkten überraschend robust. Auch der Lageraufbau stützte das Wachstum. Gedämpft wurde diese Entwicklung allerdings durch den mit einem Beitrag von –0,2 Prozentpunkten unerwartet negativen Außenhandelsbeitrag. Dies könnte durch einen adversen externen Nachfrageschock im Gefolge der Ukrainekrise verursacht worden sein.

Wachstumsbeitrag der Komponenten des realen BIP im Euroraum
gegenüber dem Vorquartal



Quelle: Eurostat, EK Winterprognose 2014.

Auffällig war dabei allerdings, dass der Effekt von den Stimmungsindikatoren nicht eingefangen werden konnte. Damit unterliegt die weitere Interpretation der Stimmungsindikatoren einer erhöhten Unsicherheit. Tendenziell würden diese aber eine Wachstumsbelebung im zweiten Quartal andeuten. Der Composite-EMI kletterte von 51,9 Punkten in Q4/2013 auf 53,1 Punkte in Q1/2014 und weiter auf 53,9 Punkte im Mai 2014. Der ESI stieg von 99,1 Punkten in Q4/2013 auf 101,6 Punkte in Q1/2014 und weiter auf 102,7 Punkte im Monat Mai. Der Euro-Coin Indicator lag im Mai 2014 bei 0,31 % und würde ebenfalls für einen Anstieg der Quartalswachstumsrate sprechen.

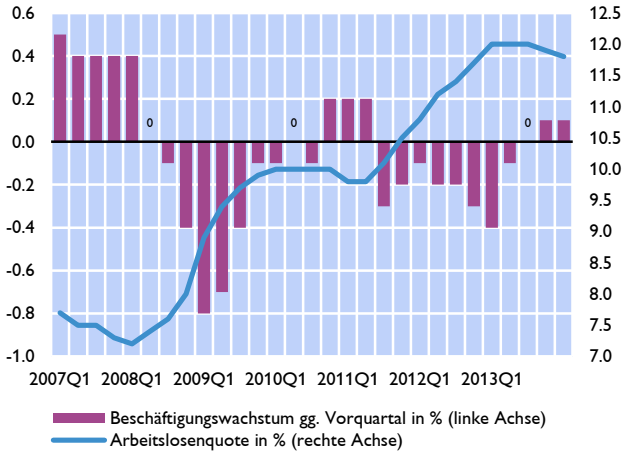
Für das Gesamtjahresergebnis 2014 rechnen aktuelle Prognosen mit einem BIP-Wachstum von 1,0 % bis 1,2 % gegenüber dem Vorjahr. Die Prognose des Eurosystems geht dabei von einer allmählichen Beschleunigung der Wachstumsentwicklung aus, wobei das Wachstum von 1,0 % in diesem Jahr auf 1,7 % für 2015 und letztlich auf 1,8 % im Jahr 2016 steigen wird. Die

[2] Autor: Paul Ramskogler (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland).

Wachstumsentwicklung wird dabei von einer zunehmend robusten Binnennachfrage getragen. Erwähnenswert ist dabei, dass ein starker Anstieg der Investitionsnachfrage erwartet wird, die als volatil und schwer prognostizierbar gilt. Damit überwiegen vor allem die Abwärtsrisiken. Diese bestehen in einer zu starken Disinflation und einer Eskalation der Entwicklung in der Ukraine.

Die Arbeitslosenquote im Euroraum ist – ungeachtet der Wachstumsaussichten – nach wie vor sehr hoch. Zumindest dürfte der seit Ausbruch der Krise 2008 andauernde Aufwärtstrend der Arbeitslosigkeit ein Ende gefunden haben. Auch das Beschäftigungswachstum fiel im Schlussquartal 2013 erstmals nach zwei Jahren mit 0,1 % wieder leicht positiv aus. Seit Oktober 2013 liegt die Arbeitslosenquote wieder unter 12 % und ist seither langsam aber stetig auf 11,7 % gesunken. In absehbarer Zeit wird es allerdings noch nicht zu einer deutlichen Erholung auf dem Arbeitsmarkt kommen. Bis 2015 wird die Arbeitslosenquote nicht unter 11 % sinken. Trotz des einsetzenden Rebalancing werden auch auf Länderebene noch länger deutliche Unterschiede bestehen bleiben. So wird laut Prognosen die Spannweite der Arbeitslosenquoten im Euroraum im Jahr 2015 zwischen 4,7 % (Österreich) und 24,0 % (Spanien) liegen.

Beschäftigungswachstum/Arbeitslosigkeit

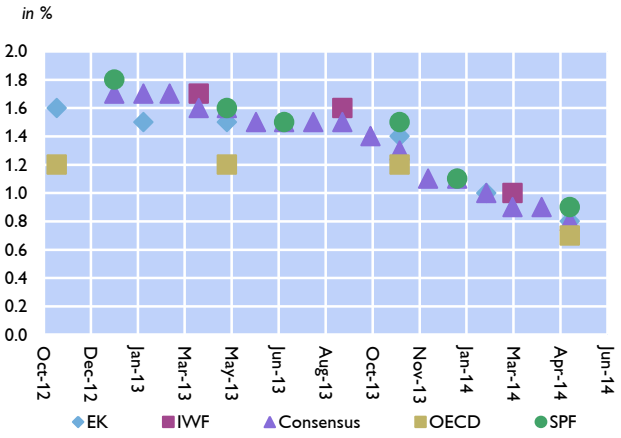


Quelle: Eurostat.

Sinkender Inflationsausblick für den Euroraum

Die HVPI-Inflationsrate sank im Mai 2014 laut *Flash Estimate* von Eurostat – wie bereits im März – wieder auf 0,5 %, nachdem sie im April noch 0,7 % betragen hatte. Der temporäre Anstieg der Inflationsrate im April war auf einen besonders ausgeprägten Ostereffekt zurückzuführen, der zu einem vorübergehenden Sprung des Wachstums der Dienstleistungspreise geführte hatte. Mit dem Ende dieses Effekts kam es auch wieder zu einem deutlichen Rückgang der Kerninflationsrate. Diese fiel im Mai 2014 um 0,3 Prozentpunkte auf 0,7 %. Laut *Flash Estimate* von Eurostat wuchsen sowohl Dienstleistungspreise als auch die Preise nicht-energetischer Industriegüter langsamer, die Preise für nicht-energetische Industriegüter stagnierten sogar vollständig.

Entwicklung der Inflationsprognosen für 2014



Quelle: IWF.

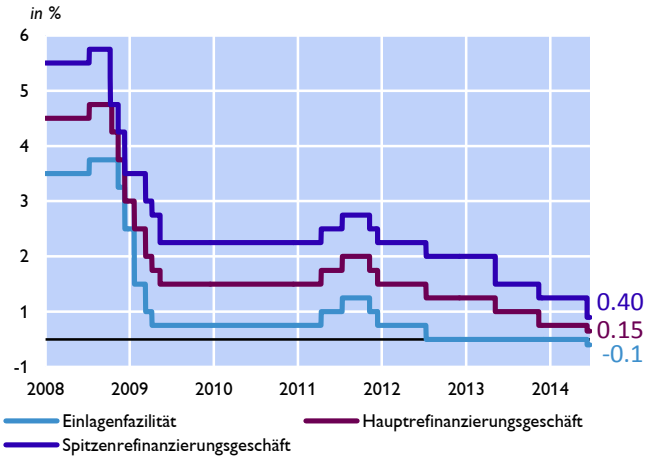
Auch die aktuelle Prognoseentwicklung zeigt für den Bereich der Preisentwicklung im Euroraum eine deutliche Abwärtstendenz. Zuletzt senkte auch das Eurosystem seine

Inflationsprognose für 2014 von 1,0 % auf 0,7 %. Dennoch wird für 2015 und 2016 im Einklang mit der konjunkturellen Erholung ein Anstieg der Inflationsrate auf 1,1 % bzw. 1,4 % erwartet. Die negativen Basiseffekte der Energiepreisentwicklung, die noch in diesem Jahr so disinflationär wirken, werden entfallen und auch der Preisanpassungsbedarf in den finanziell angeschlagenen Ländern des Euroraums sollte abnehmen. Dennoch sind die langfristigen Inflationserwartungen für 2018 zuletzt gesunken. Nach wie vor stehen sie aber im Einklang mit dem von der EZB angestrebten Zielwert für den HVPI von unter, aber nahe 2 %.

Geldpolitik reagiert auf persistente Disinflation

Da aufgrund der fortgesetzten Disinflation Gefahr bestand, dass sich die langfristigen Inflationserwartungen entkoppeln, beschloss der EZB-Rat in seiner jüngsten Sitzung vom 5. Juni 2014 mehrere Maßnahmen, um die Kreditvergabe des Bankensektors zu stimulieren. So wurden die Leitzinsen auf einen historischen Tiefststand gesenkt und betragen nun 0,15 % für das Hauptrefinanzierungsgeschäft und –0,10 % für die Einlagenfazilität. Daneben wurde noch die Vergabe von *Targeted Long-Term Refinancing Operations* (TLTROs) im Volumen von 400 Mrd EUR beschlossen. Diese sollen mit einer Laufzeit bis September 2018 terminiert sein und Banken im Ausmaß von 7 % ihrer gesamten ausständigen Kredite an den nicht-finanziellen privaten Sektor des Euroraums zur Verfügung stehen. Nicht in dieses Volumen eingerechnet werden Kredite für Hauskäufe. Öffentliche Schuldtitel werden aus der Berechnung ausgenommen. Daneben wurde beschlossen die Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf Outright-Käufe von Asset-Backed Securities (ABS) zu intensivieren. Schließlich wird die Sterilisierung des Securities Market Programme eingestellt.

Entwicklung der Leitzinsen im Euroraum



Quelle: Bloomberg.

Wachstumsdynamik wird zunehmend von entwickelten Volkswirtschaften getragen

Die Weltwirtschaft befindet sich auf einem fortgesetzten Erholungspfad, musste aber im ersten Quartal 2014 – vor allem aufgrund vorübergehender Faktoren – eine leichte Wachstumsverlangsamung hinnehmen, die sich insbesondere auch in einer Reduktion des Welthandelsvolumens widerspiegelt. Europäische Kommission und OECD erwarten für das laufende Jahr ein weltwirtschaftliches Wachstum von 3,5 % bzw. 3,4 %. Für 2015 wird mit einer Beschleunigung des Wachstums auf 3,8 % bzw. 3,9 % gerechnet. Die Wachstumsdynamik hat sich dabei von den Schwellenländern zunehmend zu den entwickelten Volkswirtschaften verschoben und wird hier verstärkt von den USA getragen. Wachstumsstützend wirken in Summe vor allem die weiterhin akkommodative Geldpolitik sowie die Reduktion fiskalischer Konsolidierungsmaßnahmen. Die Wachstumsentwicklung in den Schwellenländern hingegen lag zuletzt tendenziell unter den Erwartungen. Diese Länder sehen sich vor allem mit erschwerten externen Finanzierungsbedingungen konfrontiert. Allerdings ist in diesem Zusammenhang festzuhalten, dass die Finanzmärkte in den Schwellenländern auf die jüngste Abschwächung (*Tapering*) von Anleihekäufen durch die US Notenbank deutlich weniger heftig reagierten als

noch Mitte 2013. Diese Entwicklung deutet darauf hin, dass sich die Risiken einer Finanzkrise in den Schwellenländern zuletzt abgeschwächt haben.

Im ersten Quartal 2014 stagnierte die US-amerikanische Wirtschaft allerdings entgegen dem allgemeinen Trend. Außer dem privaten Konsum lieferten alle BIP-Komponenten negative oder neutrale Wachstumsbeiträge. Diese Entwicklung ist jedoch durch unvorteilhafte Wetterbedingungen erklärbar und dürfte damit eine vorübergehende Erscheinung darstellen. Weiterhin wirkt zwar die Fiskalpolitik wachstumshemmend, aber dieser Effekt ist schwächer als noch 2013. Zudem gehen deutlich positive Signale von der vorteilhaften Entwicklung im Immobiliensektor aus. Die OECD rechnet – trotz der enttäuschenden Entwicklung im ersten Quartal – für die USA mit einer Wachstumsrate von 2,6 % für 2014 (2013: 1,9 %) und einer deutlichen Beschleunigung der US-Wirtschaftsleistung auf 3,5 % im Jahr 2015. Vor dem Hintergrund dieses Ausblicks wurde auf dem FOMC Meeting im April einstimmig beschlossen, das Tapering fortzuführen. Die monatlichen Anleihekäufe im Rahmen des *Quantitative Easing* werden im Mai um weitere 10 Mrd USD reduziert und belaufen sich damit momentan auf 45 Mrd USD. Die Fed geht in ihrem Policy Statement nach wie vor von einer positiven konjunkturellen Entwicklung aus, was nahelegt, dass sie bis Jahresende die Anleihekäufe vollständig zurückfahren wird.

In Japan überraschte die Wachstumsentwicklung im ersten Quartal 2014 positiv, nachdem sich die Erholung im zweiten Halbjahr 2013 noch deutlich abgeschwächt hatte. Das starke Wachstum – von +1,6 % gegenüber dem Vorquartal – erklärt sich allerdings zum größten Teil durch die Mehrwertsteuererhöhung von 5 % auf 8 %, die im April stattfand und bei vielen Konsumenten zu vorgezogenen Kaufentscheidungen führte. Die robuste Entwicklung der Binnennachfrage steigerte in Folge auch die Importnachfrage, wodurch der Außenhandel mit –0,3 Prozentpunkten negativ zum Quartalswachstum beitrug. Beide Entwicklungen, sowohl das äußerst starke Wachstum als auch der Rückgang des Außenhandels, sollten sich im zweiten Quartal umkehren. Für das Gesamtjahr rechnet die OECD für Japan mit einem Wachstum von 2,6 % in diesem und 3,5 % im kommenden Jahr.

In China hat sich das Wachstum das dritte Quartal in Folge verlangsamt und betrug im ersten Quartal 2014 nur mehr 1,4 % gegenüber dem Vorquartal. Im Hintergrund versucht die chinesische Regierung das exzessive Kreditwachstum einzudämmen und Überkapazitäten zu reduzieren. Dennoch erwartet die OECD, dass die chinesische Wirtschaft in diesem Jahr aufgrund expansiver fiskal- und gelpolitischer Maßnahmen um 7,4 % (2013: 7,7 %) wachsen wird. Dies wird auch durch die jüngste Wechselkursentwicklung gestützt. Der Yuan hat seit Jahresbeginn leicht abgewertet und befindet sich nun am unteren Rand der 2-prozentigen Schwankungsbreite gegenüber dem von der PBOC definierten täglichen Wechselkurs zum US-Dollar. Diese Abwertung dürfte in Anbetracht des relativ robusten wirtschaftlichen Umfelds, der Kapitalzuflüsse sowie der wachsenden Devisenreserven auf Interventionen der PBOC zurückzuführen sein. Einerseits profitiert davon der Exportsektor, andererseits sollen auch kurzfristige Kapitalzuflüsse gebremst werden.

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Stabile wirtschaftliche Entwicklung trotz Ukraine-Krise[3]

Konjunktur im ersten Quartal bleibt vergleichsweise robust

Die geopolitischen Spannungen zwischen Russland und der Ukraine haben sich im Allgemeinen noch nicht negativ auf die Wirtschaftsentwicklung in den EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) ausgewirkt. Erste vorliegende Zahlen zur Wirtschaftsentwicklung im ersten Quartal 2014 bestätigen dies. So hat sich etwa das Wachstum in Polen und Ungarn deutlich und in der Slowakei leicht beschleunigt.

Wirtschaftswachstum in CESEE

Reales Wachstum in % gegenüber dem Vorquartal, saisonal und arbeitstägig bereinigt

	2013q2	2013q3	2013q4	2014q1
Bulgarien	0.2	0.5	0.3	0.3
Estland	-0.3	0.5	0.2	-0.7
Kroatien	-0.3	-0.2	-0.4	..
Lettland	0.1	1.2	0.8	0.6
Litauen	0.8	0.4	1.2	0.6
Polen	0.6	0.7	0.6	1.1
Rumänien	0.7	1.6	1.4	0.1
Slowakische Rep.	0.3	0.3	0.4	0.6
Slowenien	0.2	0.4	1.2	-0.3
Tschechische Rep.	0.2	0.4	1.5	0.4
Ungarn	0.3	0.8	0.5	1.1
gesamte Region	0.4	0.7	0.8	..

Quelle: Eurostat.

Rumänien, Slowenien und die Tschechische Republik wuchsen zwar schwächer als im Vorquartal, dieses langsamere Wachstum muss allerdings im Kontext betrachtet werden. Alle drei Länder verzeichneten im vierten Quartal 2013 sehr hohe Wachstumsraten, welche zum Teil durch Sonderfaktoren getrieben waren: In Rumänien wirkte sich eine sehr gute Ernte positiv auf die Konjunktur aus, in Slowenien wurde das Wachstum stark vom Lageraufbau getrieben und in der Tschechischen Republik kam es zu Vorziehkäufen bei Zigaretten im Vorfeld einer Steuererhöhung im Januar 2014. Ein gewisser Rückgang der wirtschaftlichen Dynamik war also allgemein erwartet worden. Viele Beobachter gingen im Fall der Tschechischen Republik sogar von einer noch deutlicheren Wachstumsabschwächung aus. In Slowenien bleibt die wirtschaftliche Entwicklung fragil: einer robusten Exportentwicklung, steigenden öffentlichen Investitionen und besseren Vertrauenswerten stehen politische Unsicherheiten im Vorfeld von Neuwahlen Mitte Juni, ein substanzieller Fiskalkonsolidierungsbedarf vor dem Hintergrund einer steigenden Schuldenlast sowie die noch nicht abgeschlossene Bankensektor-Konsolidierung gegenüber.

Die schwächere Konjunktur in Russland könnte sich negativ auf das wirtschaftliche Entwicklung in Estland und Litauen ausgewirkt haben. In beiden Ländern ließ das Wachstum zum Jahresbeginn merklich nach, in Estland war es sogar negativ. Ein wichtiger Faktor für diese Entwicklung waren rückläufige Exporte. Mit einem Anteil von 11 % in Estland und 20 % in

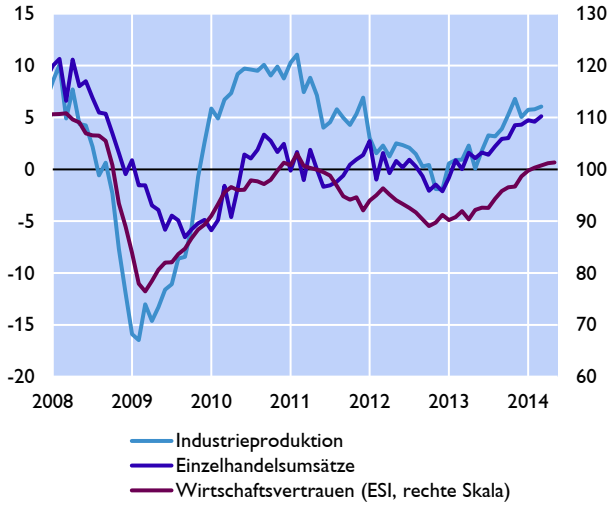
[3] Autor: Josef Schreiner (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland)

Litauen exportieren die beiden baltischen Staaten deutlich mehr Güter nach Russland als die übrigen Länder der CESEE-Region. Gleichzeitig kamen aber auch Sonderfaktoren zum Tragen: So dämpfte etwa in Estland die Energieversorgung das Wachstum, nachdem billige Energieimporte zunehmend die heimische Energieproduktion substituierten. In Lettland, das ebenfalls einen signifikanten Anteil seines Außenhandels mit Russland abwickelt, war bis jetzt allerdings noch kein Wachstumsrückgang festzustellen. Höhere Mindestlöhne und eine steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit dürften sich günstig auf den Konsum ausgewirkt haben.

Grundsätzlich wurde die Konjunktur in der Region zum Jahresbeginn von einer robusten internationalen Nachfrage gestützt. So erhöhte sich etwa das Wirtschaftswachstum in Deutschland – einem der wichtigsten Exportmärkte für CESEE-Produkte – im ersten Quartal 2014 deutlich. Auch die (stark exportorientierte) Industrieproduktion nahm zuletzt deutlich zu (+6,1 % im regionalen Durchschnitt im März). Darüber hinaus hat die positive Dynamik der Binnennachfrage vor dem Hintergrund steigender Reallöhne (aufgrund niedriger Inflationsraten) und der weiterhin akkommodierenden Geldpolitik angehalten, wodurch sich die Wachstumsbasis verbreiterte. Vor diesem Hintergrund nahm das Wachstum der Einzelhandelsumsätze zu und lag im März bei 5,1 % im regionalen Durchschnitt. So stark waren die Verkäufe im Einzelhandel zuletzt vor Ausbruch der Krise gestiegen. Auch das Wirtschaftsvertrauen entwickelt sich weiterhin robust. Der Economic Sentiment Indicator der Europäischen Kommission lag im Mai bei 101,3 Punkten und damit das vierte Monat in Folge über dem langjährigen Durchschnitt von 100.

Vorlauf- und Vertrauensindikatoren in CESEE

jährliche Veränderung in % bzw. in Punkten



Quelle: Eurostat, Europäische Kommission.

Die Turbulenzen um die Ukraine haben sich auch noch nicht negativ auf die erwartete Wirtschaftsentwicklung für die CESEE-Region ausgewirkt. Sowohl die Europäische Kommission als auch die EBRD hoben ihre Prognosen für das laufende Jahr zuletzt leicht an (auf 2,5 % bzw. 2,3 % im regionalen Durchschnitt). Die Risiken haben sich aber vor dem Hintergrund der geopolitischen Spannungen deutlich erhöht und die gesteigerte politische und ökonomische Unsicherheit hatte bereits direkte Auswirkungen auf Russland und die Ukraine.

Im Rahmen der Eskalation des Konflikts um die Krim Ende Februar verloren russische Aktien innerhalb eines Tages rund 10 % an Wert und die CDS-Prämien und Eurobond-Spreads verdoppelten sich im Vergleich zum Jahresbeginn. Der Druck auf den Rubel stieg deutlich an und die Währung verlor zwischen Ende2013 und ihrem Tiefststand Mitte März 2014 rund 12 % an Wert gegenüber dem Euro. Die russische Zentralbank steuerte mit Fremdwährungsverkäufen dagegen, welche die Fremdwährungsreserven seit Ende Dezember 2013 um rund 40 Mrd USD auf 471 Mrd USD Anfang Mai schrumpfen ließen (das Interventionsvolumen betrug bis zu 11 Mrd USD pro Tag). Darüber hinaus erhöhte sie vor dem Hintergrund einer starken Auswirkung der Rubelschwäche auf die Inflation ihren Leitzinssatz im Februar zunächst um 150 Basispunkte

und im April um 50 weitere Basispunkte auf 7,5 %. Der Wechselkurs stabilisierte sich daraufhin und die Währung wertete um etwa 5 % auf. Der Kapitalabfluss aus Russland beschleunigte sich im ersten Quartal 2014 auf 51 Mrd USD (Gesamtjahr 2013: 60 Mrd USD), ging im April aber relativ deutlich auf 4,6 USD Mrd zurück. Das Wirtschaftswachstum in den ersten drei Monaten des Jahres sank auf unter 1 % im Vergleich zum Vorjahresquartal (Q4 2013: 2 %).

Seit Jahresbeginn haben alle drei großen Rating-Agenturen ihr Rating für die Ukraine gesenkt und die CDS-Prämien und Eurobond-Spreads stiegen deutlich an (nach Spitzen um 1300 bzw. 1800 Basispunkten Ende Februar sowie Anfang Mai gingen sie zuletzt aber wieder merklich zurück). Aufgrund eines zunehmenden Drucks auf die Währung und eines deutlichen Rückgangs der Währungsreserven (von 20,4 Mrd USD im Dezember 2013 auf 14,2 Mrd USD im April) gab die ukrainische Notenbank im Februar die relativ strikte Bindung der Hryvnia an den US-Dollar auf. Die Währung wertete daraufhin rund 35 % ab und notierte Mitte April auf einem historischen Tiefststand. Der Wertverlust gegenüber dem Euro war in etwa gleich hoch. Aufgrund der deutlichen Auswirkung des schwachen Wechselkurses auf die Inflation hob die ukrainische Notenbank im April ihren Leitzins um 300 Basispunkte auf 9,5 % an, wodurch sich die Währung etwas stabilisierte. Ebenso positiv wirkte sich der Abschluss eines IWF-Stand by Arrangements für das Land aus. Das zweijährige Programm umfasst 17 Mrd USD, wovon bereits eine erste Tranche von 3,2 Mrd USD ausgezahlt wurde. Das IWF Programm ist Teil eines größeren internationalen Hilfspakets, welches 27 Mrd USD umfassen soll. Nach dem Scheitern von Verhandlungen am 16. Juni liefert Russland vorerst nur gegen Vorkasse Erdgas an die Ukraine. Die Schulden der ukrainischen Naftogaz beim russischen Energieversorger Gazprom belaufen sich auf rund 4,5 Mrd USD.

Österreichs Wirtschaft startet schwach ins Jahr 2014 - OeNB erwartet trotzdem verhaltenen Aufschwung[4]

Wirtschaftswachstum im ersten Quartal 2014 geringfügig nach unten revidiert

Die österreichische Wirtschaft ist laut erster vollständiger Veröffentlichung der Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im Jahr 2013 um 0,4 % gewachsen. In der Flash-Veröffentlichung (15. Mai; Datengrundlage für die Prognose der OeNB vom Juni), lag das Wachstum noch bei 0,3 %. Im Gegensatz dazu wurde das Wachstum im ersten Quartal 2014 um 0,1 Prozentpunkt nach unten revidiert und lag bei nur noch +0,2 % (real, saison- und arbeitstägig bereinigt, im Vergleich zur Vorperiode). Bei den BIP-Nachfragekomponenten kam es zu geringen Revisionen: Die Bruttoanlageinvestitionen sind im letzten halben Jahr weniger gewachsen (jeweils -0,1 PP in 2013Q4 und 2014Q1), recht deutlich wurde das Importwachstum im ersten Quartal 2014 nach unten revidiert (-0,6 PP). Ein schwächeres Importwachstum erhöht normalerweise das Wirtschaftswachstum, die Revision wurde jedoch von stärkeren Änderungen bei den Lagern und der statistischen Diskrepanz mehr als kompensiert (siehe unterer Teil von Tabelle 1). Insgesamt wirken die Revisionen seit der Flash Veröffentlichung dämpfend auf das Wirtschaftswachstum 2014.

Tabelle 1: Wachstumsraten für das BIP und die Nachfragekomponenten (real, saisonbereinigt, im Vergleich zur Vorperiode)

Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	BIP	Privater Konsum	Öffentlicher Konsum	Bruttoanlage-investitionen	Exporte	Importe	Inlandsnachfrage (o. Lager)	Netto-exporte	Lagerver-änderungen	Stat. Differenz
	Veränderung zur Vorperiode in %						*Wachstumsbeiträge zum BIP in %-Punkten*			
Q2 13	+0,0	+0,1	+0,5	+0,1	+0,6	+0,5	0,1	0,1	−0,1	−0,1
Q3 13	+0,3	+0,1	+0,4	+0,2	+1,2	+0,9	0,2	0,2	−0,2	0,1
Q4 13	+0,4	+0,1	+0,3	−0,3	+1,3	+0,7	0,1	0,4	−0,0	−0,1
Q1 14	+0,2	+0,1	+0,4	−0,0	+1,5	+0,6	0,1	0,6	−0,2	−0,4
2012	+0,7	+0,4	+0,1	+1,9	+1,7	−0,0	0,6	1,0	−0,7	−0,2
2013	+0,4	+0,1	+1,4	−0,6	+2,5	+0,5	0,2	1,2	−0,6	−0,4

Revisionen

	BIP	Privater Konsum	Öffentlicher Konsum	Bruttoanlage-investitionen	Exporte	Importe	Inlandsnachfrage (o. Lager)	Netto-exporte	Lagerver-änderungen	Stat. Differenz
	Veränderung zur Vorperiode in %						*Wachstumsbeiträge zum BIP in %-Punkten*			
Q2 13	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	-0,1
Q3 13	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,1
Q4 13	0,0	0,0	0,0	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	-0,2
Q1 14	-0,1	0,0	0,0	-0,1	0,0	-0,6	0,0	0,3	-0,3	-0,1
2013	0,0	0,0	0,0	0,3	0,0	0,0	0,1	0,0	0,1	-0,2

Quelle: WIFO, Eigene Berechnungen OeNB

[4] Autor: Klaus Vondra (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

OeNB-Prognose vom Juni 2014: Verhaltener Aufschwung angesichts hoher Unsicherheiten

Die OeNB) geht in ihrer vorliegenden Prognose von einem Wachstum der österreichischen Wirtschaft im Jahr 2014 von 1,6 % aus. In diesem Jahr wird der Aufschwung noch überwiegend von den Exporten getragen, die von der graduellen Erholung im Euroraum, aber auch vom moderaten Erholungskurs der Weltwirtschaft profitieren. In den Jahren 2015 und 2016 wird sich das Wachstum auf 1,9 % bzw. 2,1 % beschleunigen, wobei sich die inländischen Nachfragekomponenten zunehmend als Träger des Wachstums erweisen werden.

Die im letzten Jahr geschrumpften privaten Investitionen werden sowohl durch die Notwendigkeit, Ersatzinvestitionen vorzunehmen wie auch infolge sich verbessernder Absatzperspektiven und eines zunehmenden Vertrauens in die Wirtschaft wiederbelebt. Aufgrund anhaltender Unsicherheiten werden die Ausrüstungsinvestitionen nur verhältnismäßig moderat wachsen. Hingegen lassen die immer noch günstigen Finanzierungsbedingungen und steigende Immobilienpreise eine weitere Beschleunigung des Aufwärtstrends der Wohnbauinvestitionen erwarten. Die niedrigere Inflation, das anhaltend hohe Beschäftigungswachstum und die mit der Konjunkturerholung einhergehenden stärkeren Einkommenszuwächse werden dazu führen, dass die real verfügbaren Haushaltseinkommen in den Jahren 2014 bis 2016 kontinuierlich steigen und das Wachstum des realen privaten Konsums stärken.

Der Arbeitsmarkt ist wie schon in den Vorjahren von einem deutlichen Anstieg des Arbeitskräfteangebots und der Beschäftigung gekennzeichnet. Die Arbeitslosenquote gemäß Eurostat wird über den Prognosehorizont daher weitgehend konstant bei 4,9 bis 5,0 % liegen.

Österreich weist damit die niedrigste Arbeitslosenquote in der EU auf. Sinkende Energie- und Rohstoffpreise werden zu einer Fortsetzung der Abschwächung der Inflationsdynamik führen. Daher wird die HVPI-Inflationsrate im laufenden Jahr weiter auf 1,8 % und im Jahr 2015 auf 1,7 % zurückgehen. Im Jahr 2016 wird sich die Inflation aufgrund der anspringenden Konjunktur wieder leicht auf 1,9 % beschleunigen.

2014 wird sich der Budgetsaldo (nach Maastricht) insbesondere infolge weiterer Zahlungen an Banken vorrübergehend auf -2,5 % des BIP verschlechtern. 2015 und 2016 wird er sich auf -1,2 % bzw. auf -0,7 % des BIP verbessern. Die öffentliche Schuldenquote (berechnet auf Basis des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung – ESVG 1995) steigt im laufenden Jahr vor allem infolge der Restrukturierung der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG auf 79,2 % des BIP. In den beiden kommenden Jahren wird sie auf 75,3 % des BIP zurückgehen. Um das mit der EU vereinbarte mittelfristige (strukturelle)Budgetziel (-0,45 % des BIP) im Jahr 2015 zu erreichen, ergibt sich laut Einschätzung der OeNB ein weiterer Konsolidierungsbedarf von etwa ¼ % des BIP.

Tabelle 2: Hauptergebnisse der OeNB-Prognose vom Juni 2014 für Österreich

	2013	2014	2015	2016
	Veränderung zum Vorjahr in % (real)			
Wirtschaftliche Aktivität				
Bruttoinlandsprodukt	+0,3	+1,6	+1,9	+2,1
Privater Konsum	+0,1	+0,7	+1,0	+1,4
Öffentlicher Konsum	+1,4	+0,8	+1,2	+1,1
Bruttoanlageinvestitionen	-0,9	+0,8	+2,6	+2,9
Exporte insgesamt	+2,5	+5,4	+5,4	+5,7
Importe insgesamt	+0,5	+3,9	+5,4	+5,8
	in % des nominellen BIP			
Leistungsbilanzsaldo	+2,7	+3,1	+3,4	+3,6
	Veränderung zum Vorjahr in %			
Preise				
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	+2,1	+1,8	+1,7	+1,9
Einkommen und Sparen				
Real verfügbares Haushaltseinkommen	-1,1	+0,7	+1,8	+2,3
	in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens			
Sparquote	6,6	6,4	7,1	7,8
	Veränderung zum Vorjahr in %			
Arbeitsmarkt				
Unselbstständig Beschäftigte	+0,8	+1,1	+0,9	+1,0
	in % des Arbeitskräfteangebots			
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	4,9	5,0	5,0	4,9
	in % des nominellen BIP			
Budget				
Budgetsaldo (Maastricht)	-1,5	-2,5	-1,2	-0,7
Staatsverschuldung	74,5	79,2	77,5	75,3

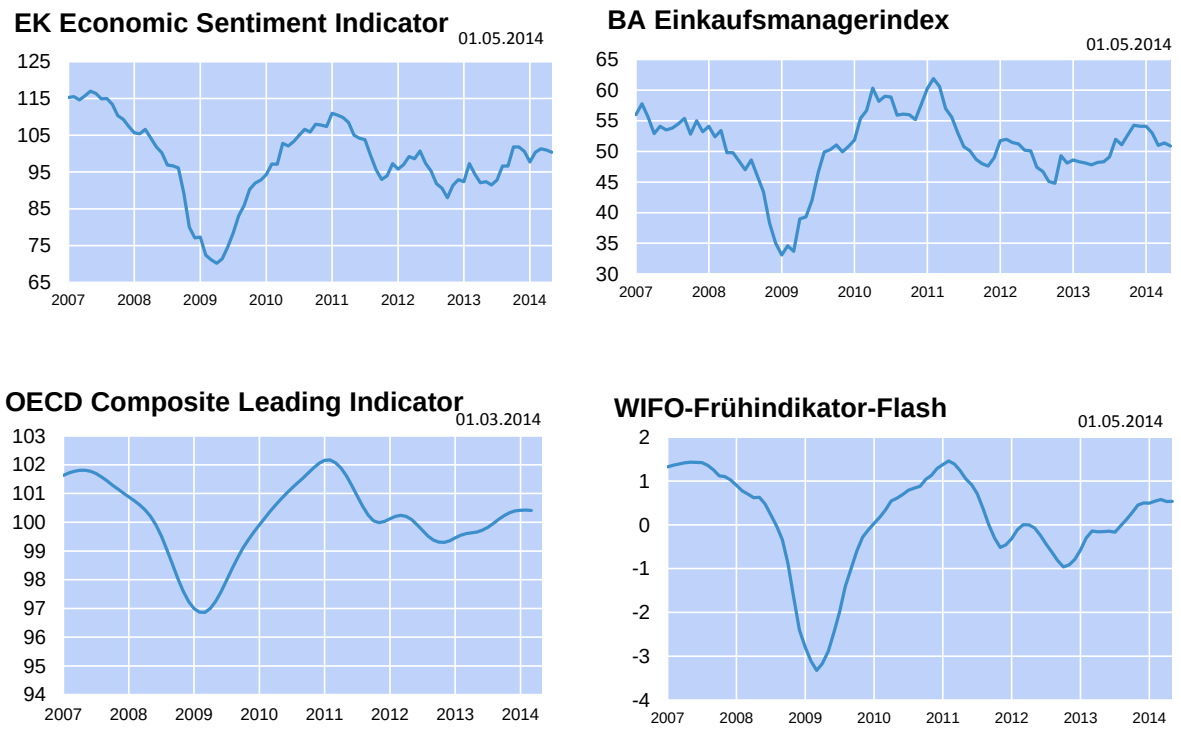
Quelle: 2013: Eurostat, Statistik Austria; 2014 bis 2016: OeNB-Prognose vom Juni 2014.

[1] Die Prognose wurde basierend auf saison- und arbeitstägig bereinigten Daten der VGR erstellt. Die Werte für das Jahr 2013 weichen daher von den von Statistik Austria publizierten nicht bereinigten Daten ab. Berechnet auf Basis von ESVG 1995.

Vertrauensindikatoren geben im Mai wieder leicht nach

Die gängigen Vertrauensindikatoren stagnieren im Mai weiter. Der Bank Austria EinkaufsManagerindex verlor im Mai 0,5 Punkte und liegt bei 50,9 Punkten. Der Schwung vom Jahresende (Werte über 54) hat sich somit deutlich abgeschwächt, trotzdem liegt der EMI noch im Expansionsbereich. Der Indikator wurde im Mai vor allem von der Produktionseinschätzung gebremst; durch die jüngsten Entwicklungen in den Emerging Markets, speziell in China und Russland, lag dieser Teilindex im Mai um 1,4 Punkte schwächer bei 51,9 Punkten. Der Economic Sentiment Indicator der Europäischen Union gab im Mai ebenso leicht auf 100,4 Punkte nach (-0,6 Punkte). Einer verbesserten Einschätzung der Industrie stand eine rückläufige Entwicklung beim Dienstleistungsvertrauen entgegen. Der WIFO Frühindikator (Mai) und der OECD Composite Leading Indicator (April) verharrten auf dem Niveau des Vormonats.

Abbildung 1: Entwicklung der Vertrauensindikatoren



Quelle: Europäische Kommission, Bank Austria, OECD, WIFO.

HVPI-Inflation sinkt im Mai auf 1,5 %

Im Mai 2014 belief sich die österreichische HVPI-Inflationsrate auf 1,5 % und war damit leicht unter dem Niveau des Vormonats (1,6 %). Auch die Kerninflationsrate (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) ging zuletzt moderat zurück (Mai: 1,8 %; April: 1,9 %). Zurückzuführen ist diese Entwicklung vor allem auf die zuletzt geringere Teuerung bei Industriegütern ohne Energie und bei Dienstleistungen. Demgegenüber war im Nahrungsmittel- und Energiesektor die Inflationsrate im Mai über dem Vormonatsniveau.

Die Teuerungsrate nach dem nationalen VPI betrug im Mai 1,8 % (April: 1,7 %) und war damit um 0,3 Prozentpunkte höher als die Teuerungsrate nach dem HVPI. Diese Differenz geht zum Teil auf die Erhöhung der motorbezogenen Versicherungssteuer mit März dieses Jahres zurück, die zwar im VPI-, nicht aber im HVPI-Warenkorb enthalten ist. Zudem sind Gewichtungsunterschiede zwischen VPI und HVPI für die Differenz der Teuerungsraten ausschlaggebend. Relativ starke Preissteigerungen bei Instandhaltung von Wohnungen sowie Versicherungsdienstleistungen hatten im VPI einen stärkeren Einfluss als im HVPI. Überdies wirkte sich die Verbilligung bei Flugtickets im HVPI stärker aus.

Die österreichische Inflationsrate beim täglichen Einkauf (Mikrowarenkorb) betrug im Mai 3,8 % (April 3,5 %) und war damit deutlich höher als die Teuerungsrate gemäß HVPI und VPI, während die Jahresteuerung beim wöchentlichen Einkauf (Miniwarenkorb) im Mai mit 1,8 % (April 1,3 %) unter der Gesamtinflationsrate lag. Verantwortlich dafür sind sowohl die divergierende Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln und Treibstoffen als auch die unterschiedliche Zusammensetzung des Mikro- bzw. Miniwarenkorbs. Während Nahrungsmittel, die vorwiegend im Warenkorb des täglichen Einkaufs enthalten sind,

vergleichsweise hohe Preissteigerungsraten aufweisen, ist die Preisentwicklung bei den nur im Warenkorb des wöchentlichen Einkaufs enthaltenen Treibstoffen nach unten gerichtet.

Die österreichische HVPI-Inflation lag im Mai mit 1,5 % deutlich über dem Euroraum-Durchschnitt von 0,5 %. Während in Griechenland, Portugal und Zypern die Inflation negativ war, weist Österreich derzeit die höchste Inflationsrate im Euroraum aus. Der Inflationsabstand zu unserem wichtigsten Handelspartner Deutschland (HVPI-Inflation im Mai: 0,6 %) betrug im Mai 0,9 Prozentpunkte (im Vormonat belief sich der Abstand noch auf 0,5 Prozentpunkte). Dieser Inflationsabstand geht auf die unterschiedliche Preisentwicklung im Dienstleistungssektor zurück. Im Mai dieses Jahres betrug die Teuerung bei Dienstleistungen in Österreich 2,5 % (April: 2,6 %) und jene in Deutschland 1,1 % (April: 2,0 %). Bei Dienstleistungen ist der Abstand zu Deutschland in den letzten Monaten sowohl auf lohnsensitive Sektoren (zuletzt vor allem Finanzdienstleistungen und Restaurants) als auch auf Sektoren, deren Preissetzung durch öffentliche Stellen wesentlich bestimmt wird (unter anderem Gesundheitsdienstleistungen, Erziehung und Unterricht, Müllabfuhr, Abwasserbeseitigung), zurückzuführen. Die in Österreich höhere Teuerungsrate bei Dienstleistungen dürfte daher sowohl auf den öffentlichen Sektor als auch auf die Lohnentwicklung zurückzuführen sein.

Eurostat-Arbeitslosenquote weiterhin konstant

Die Lage am Arbeitsmarkt bleibt unverändert. Die Beschäftigung verzeichnet nach wie vor – für die aktuelle konjunkturelle Situation – hohe Zuwachsraten. Im Mai waren 3,506 Mio. Personen unselbständig beschäftigt, ein Zuwachs von 0,6 % im Vergleich zum Vorjahr. Gleichzeitig steigt die Arbeitslosigkeit weiter, im Vergleich zum Mai 2013 um deutliche 15,5 %. Die Eurostat-Arbeitslosenquote liegt seit Februar konstant bei 4,9 %.

Tabelle 3: Überblick über die wichtigsten Arbeitsmarktkennzahlen

	Unselbstständig Beschäftigte		*Arbeitslose*		*Arbeitslosenquote in %*		*Offene Stellen*		*Schulungen*	
	in 1.000	Veränderung zum Vorjahr in %	in 1.000	Veränderung zum Vorjahr in %	AMS	Eurostat	in 1.000	Veränderung zum Vorjahr in %	in 1.000	Veränderung zum Vorjahr in %
2013M05	3.486	0,6	252	9,0	6,7	4,7	28,5	-11,9	78,4	11,0
2013M06	3.509	0,6	242	10,1	6,5	4,7	27,8	-13,9	72,2	13,5
2013M07	3.583	0,6	256	12,6	6,7	4,9	28,2	-11,8	63,8	10,0
2013M08	3.542	0,0	263	13,1	6,9	5,0	27,8	-11,7	60,0	6,1
2013M09	3.533	0,7	261	14,1	6,9	5,0	28,7	-9,3	74,4	12,9
2013M10	3.503	0,5	280	12,2	7,4	5,0	25,6	-10,4	80,7	10,7
2013M11	3.471	0,1	302	11,6	8,0	5,0	24,7	-2,8	79,7	7,6
2013M12	3.449	0,6	361	11,9	9,5	5,0	23,2	-5,8	66,9	7,1
2014M01	3.427	0,7	370	9,3	9,7	5,0	21,8	-4,4	79,8	10,5
2014M02	3.444	0,9	357	9,3	9,4	4,9	24,6	-0,8	84,1	8,4
2014M03	3.472	0,7	319	10,0	8,4	4,9	27,2	2,4	83,1	9,1
2014M04	3.476	0,7	308	12,6	8,1	4,9	27,7	-1,6	82,8	3,5
2014M05	3.506	0,6	291	15,5	7,7		29,9	5,2	79,3	1,1
2013Q2	3.482	0,6	256	9,1	6,8	4,7	28,1	-12,7	76,9	12,9
2013Q3	3.553	0,4	260	13,2	6,8	5,0	28,2	-10,9	66,1	9,9
2013Q4	3.474	0,4	315	11,9	8,3	5,0	24,5	-6,5	75,8	8,5
2014Q1	3.448	0,7	349	9,5	9,2	4,9	24,5	-0,7	82,4	9,3
2011	3.422	1,8	247	-1,6	6,7	4,2	32,3	4,2	63,2	-13,6
2012	3.465	1,3	261	5,7	7,0	4,3	29,4	-8,9	66,6	5,3
2013	3.483	0,5	287	10,2	7,6	4,9	26,4	-10,3	73,5	10,4

Kreditinstitute: Rückläufige Bilanzsumme, steigende längerfristige Kredite, günstige Finanzierungs-bedingungen[5]

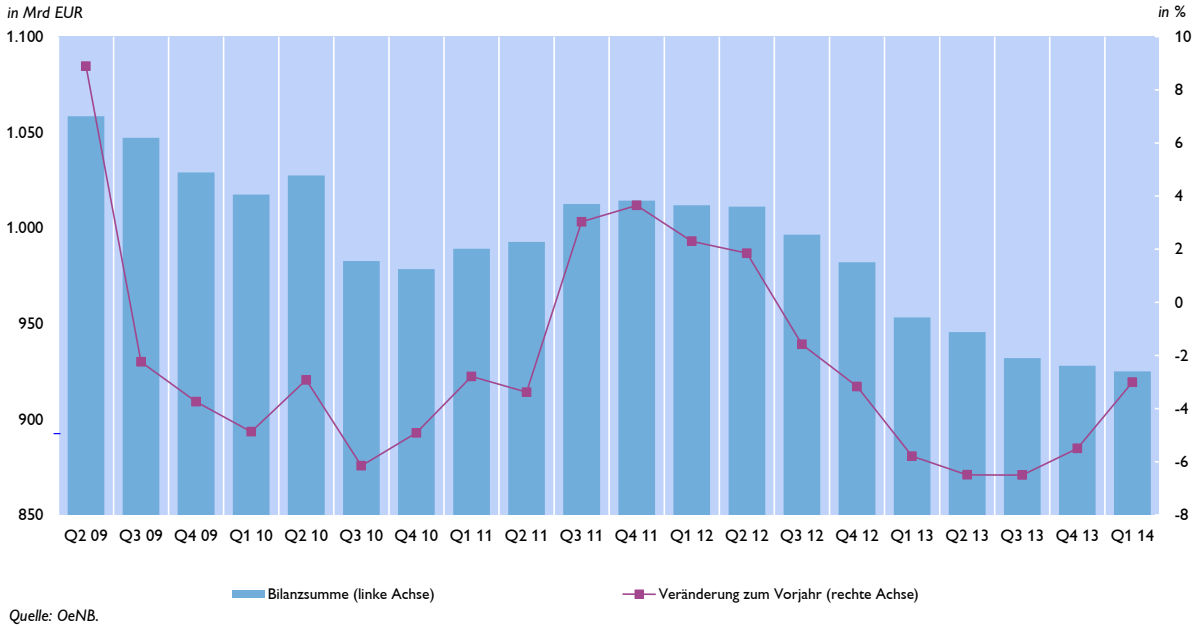
Weiter rückläufige unkonsolidierte Bilanzsumme[6]

Die unkonsolidierte Bilanzsumme der österreichischen Kreditinstitute reduzierte sich im ersten Quartal 2014 um weitere 3,0 Mrd EUR oder 0,3 % auf 925,0 Mrd EUR und erreichte den niedrigsten Wert seit Ende 2007 (900,0 Mrd EUR). Ein durchgängiger Rückgang ist seit Ende 2011 zu beobachten. Für den Rückgang in Höhe von 86,9 Mrd EUR oder 8,6 % war vor allem der Zwischenbankverkehr im In- und Ausland verantwortlich.

Die Top-3-, Top-5- bzw. Top-10-Banken machten Ende März 2014 jeweils 28,8 % (+0,6 Prozentpunkte im Vergleich zum Jahresende 2013), 36,0 % (+0,4 Prozentpunkte) bzw. 49,0 % (+0,3 Prozentpunkte) der gesamten Bilanzsumme aus.

Grafik 1

Unkonsolidierte Bilanzsumme der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute



Quelle: OeNB.

Steigende Wohnbaukredite und langfristige Unternehmenskredite [7]

Der um Wechselkurseffekte, Abschreibungen und Reklassifikationen bereinigte Jahresveränderungswert des Kreditvolumens an nichtfinanzielle Unternehmen in Österreich lag im März 2014 bei +0,2 %. Anfang des Jahres 2013 erreichte dieser Wert noch +1,5 % Angesichts des extrem hohen Einlagenbestands der nichtfinanziellen Unternehmen (52,5 Mrd

[5] Autor: Norbert Schuh (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft Finanzierungsrechnung und Monetärstatistik).

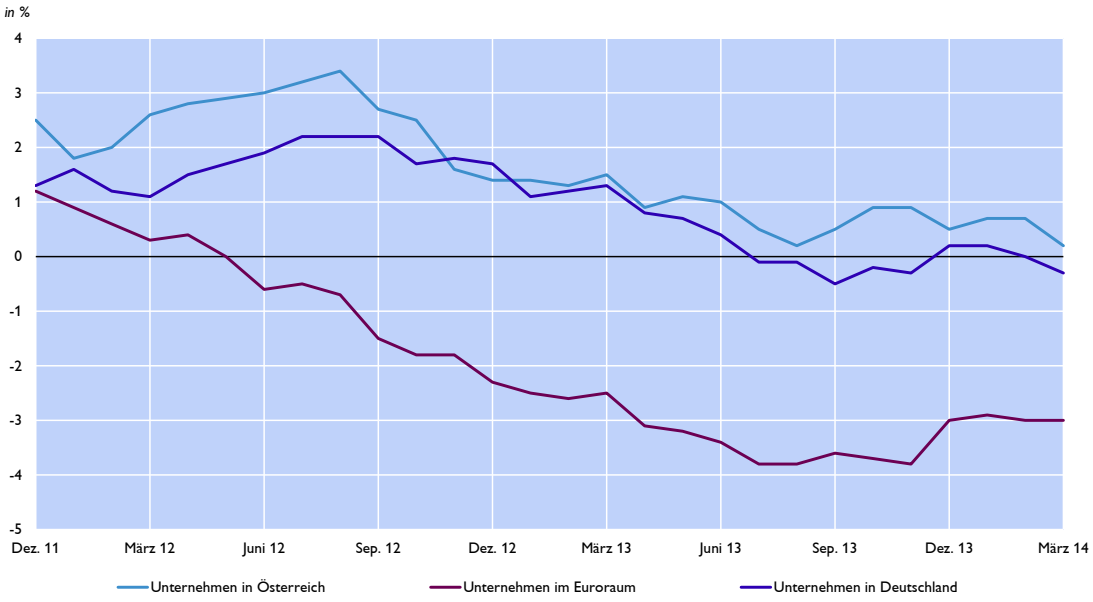
[6] Gemäß Aufsichtsstatistik.

[7] Im Folgenden werden Daten der Monetärstatistik benützt, da die Standveränderungen um nichttransaktionsbedingte Veränderungen bereinigt werden können.

EUR; siehe Tabelle1 weiter unten)) – die Unternehmen könnten ihre Investitionsvolumina von fünf Quartalen aus ihren Einlagen finanzieren – bei gleichzeitig historisch niedrigen Einlagenzinssätzen kann aber davon ausgegangen werden, dass die Wachstumsverlangsamung der Kredite vorrangig nachfrageseitig begründet ist. Ein Vergleich der Entwicklung der Kredite an Unternehmen in Österreich mit jenen in Deutschland bzw. dem Durchschnitt des Euroraums zeigt die noch immer relativ günstige Situation der heimischen Unternehmen (Grafik 2). Die Wachstumsrate der Kredite an Unternehmen in Österreich lag mit 0,2 % im März 2014 über jener Deutschlands (-0,3 %) und deutlich über jener des Euroraum-Durchschnitts von -3,0 %. Der Kreditrückgang im Euroraum ist auf Länder mit wirtschaftlichen Problemen wie Spanien (-9,7 %) und Italien (-4,4 %) zurückzuführen.

Grafik 2

Bereinigte Veränderung der Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen im Vorjahresvergleich

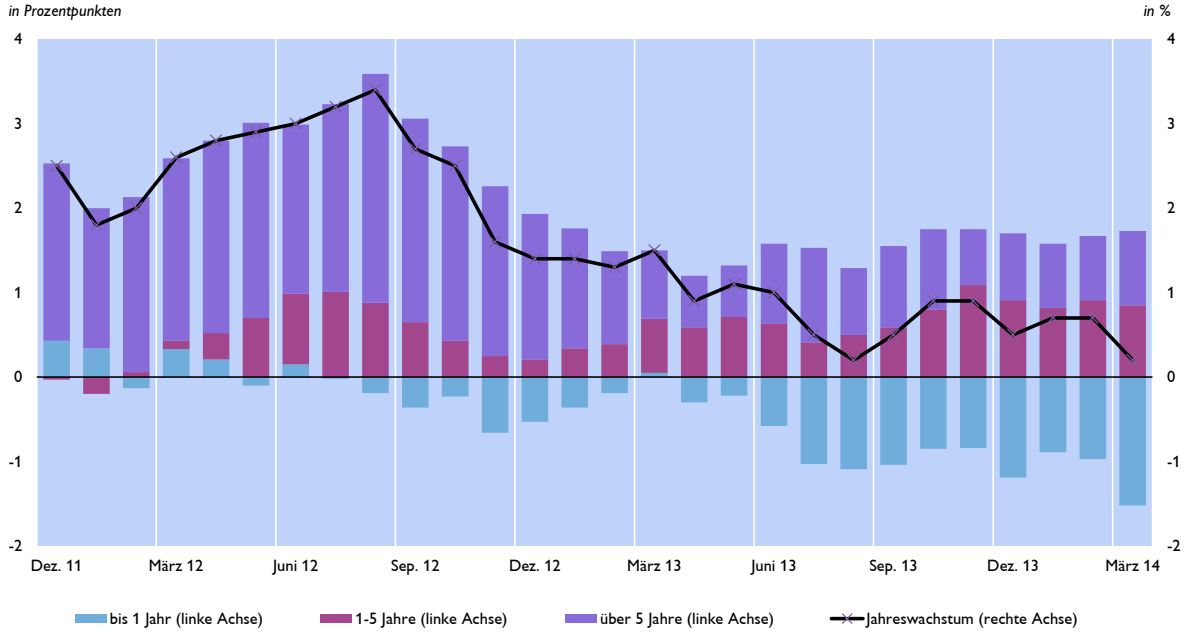


Quelle: OeNB, EZB.

Außerdem zeigte sich, dass die Unternehmen die niedrigen Zinssätze nützten, um ihre Finanzierung auf eine stabilere Basis zu stellen. Das Kreditwachstum war in Österreich ausschließlich von längerfristigen Krediten (vorrangig Investitionskredite) getrieben, während kurzfristige Finanzierungen zurückgingen (Grafik 3).

Grafik 3

Beitrag der Komponenten zum Wachstum der Unternehmenskredite



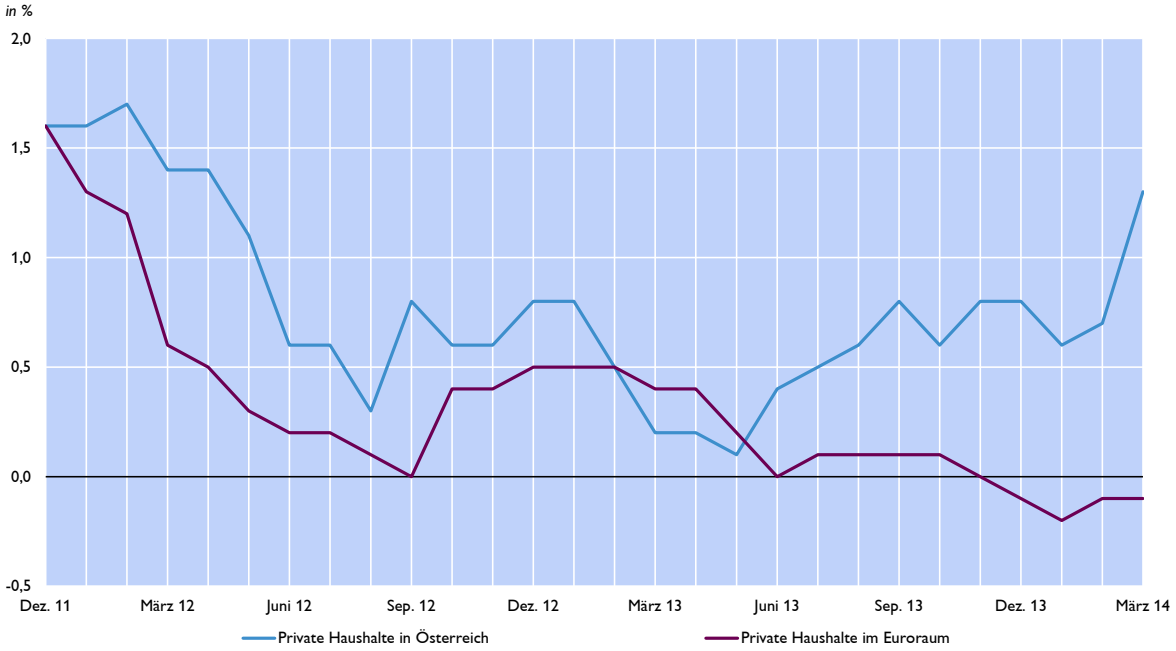
Quelle: OeNB.

Während Kredite mit einer Laufzeit bis ein Jahr im März 2014 im Vergleich zu März 2013 deutlich rückläufig (-4,9 %) waren und damit einen negativen Wachstumsbeitrag von 1,5 Prozentpunkten des gesamten Kreditwachstums an Unternehmen ausmachten, stiegen die Kredite mit einer Laufzeit zwischen ein und fünf Jahren um 4,7 % (Wachstumsbeitrag von +0,9 Prozentpunkten). Kredite mit einer Laufzeit über fünf Jahre erhöhten sich im Jahresabstand um 1,1 % und trugen 0,9 Prozentpunkte zum Wachstum der Unternehmenskredite bei.

Beim Wachstum der Kredite an private Haushalte in Österreich zeichnete sich seit Mai 2013 (+0,1 %) ein leichter Aufwärtstrend ab, der sich im ersten Quartal 2014 beschleunigte. Ende März 2014 betrug das Wachstum der Kredite an private Haushalte im Vorjahresvergleich 1,3 %. Die Kredite privater Haushalte im Euroraum, die seit Mitte des vorigen Jahres stagnierten, gehen seit Dezember 2013 leicht zurück (Grafik 4).

Grafik 4

Bereinigte Veränderung der Kredite an private Haushalte im Vorjahresvergleich

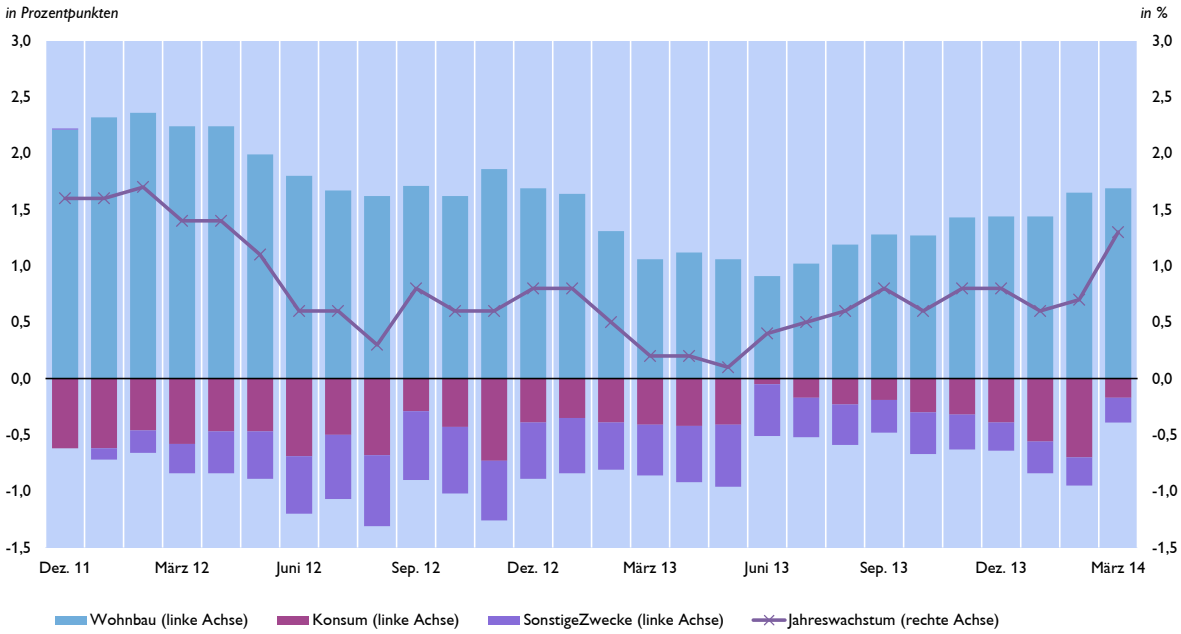


Quelle: OeNB, EZB.

Das Wachstum der Kredite an private Haushalte in Österreich ging in den letzten beiden Jahren ausschließlich auf Wohnbaukredite zurück. Konsumkredite und Kredite für sonstige Zwecke sind dagegen seit Dezember 2011 ständig rückläufig (Grafik 5).

Grafik 5

Beitrag der Verwendungszwecke zum Kreditwachstum privater Haushalte



Quelle: OeNB.

Starkes Einlagenwachstum von Investmentfonds

Die Einlagen aller österreichischen Nichtbanken beliefen sich im März 2014 auf 299,3 Mrd EUR. Im Jahresabstand wuchsen sie im März 2014 um 1,1 % (+0,9 % im März 2013). Dabei konnten kräftige Zuwächse bei den Sonstigen Finanzintermediären (+11,7 %), wofür vor allem Investmentfonds verantwortlich zeichneten, und bei den Sozialversicherungsträgern, die sich im Sektor Sonstiger Staat (+6,2 %) befinden, beobachtet werden. Die privaten Haushalte wiesen einen Zuwachs von 0,4 % aus (Tabelle 1).

Tabelle 1

Einlagen von österreichischen Nichtbanken

	Stand März 2014	Jahresabstand Mär.14	Mär.13
	in Mio EUR	*in %*	
Insgesamt	299.338	1,1	0,9
Private Haushalte	213.857	0,4	0,7
Nichtfinanzielle Unternehmen	52.532	0,7	0,9
Sonstige Finanzintermediäre	13.119	11,7	-1,8
Versicherungen und Pensionskassen	5.146	2,4	-0,8
Sonstiger Staat	11.222	6,2	-0,8
Zentralstaat	3.462	-3,9	47,4

Quelle: OeNB.

Bei den privaten Haushalten setzte sich angesichts der niedrigen Zinssätze und einer flachen Zinsstrukturkurve der Trend zu einer Umschichtung zugunsten täglich fälliger Einlagen weiter fort. Während täglich fällige Einlagen im 12-Monatsabstand um7,3 % zulegten, gingen die Einlagen mit Bindungsfrist um 3,8 % zurück. Sparer suchen in Zeiten extrem niedriger Sparzinsen und wirtschaftlicher Unsicherheit nach größtmöglicher Flexibilität, um jederzeit rasch auf Veränderungen reagieren zu können. Gleichzeitig wenden sich private Haushalte alternativen Veranlagungsformen wie Investmentfonds zu.

Obwohl der Anteil der privaten Haushalte an den Gesamteinlagen seit Ende 2006 um fast 4 Prozentpunkte zurückging, sind sie mit 71,4 % noch immer der mit Abstand wichtigste Sektor im Bereich der Einlagen.

Tabelle 2

Einlagen von privaten Haushalten

	Stand März 2014	Jahresabstand Mär.14	Mär.13
	in Mio EUR	*in %*	
Insgesamt	213.857	0,4	0,7
Täglich fällig	83.610	7,3	13,5
Einlagen mit Bindungsfrist	130.154	-3,8	-5,5
Bindungsfrist bis 1 Jahr	63.496	-8,0	-12,4
Bindungsfrist 1 bis 2 Jahre	27.557	5,9	17,9
Bindungsfrist über 2 Jahre	39.101	-2,8	-4,8

Quelle: OeNB.

Im ersten Quartal 2014 wurden allerdings die täglich fälligen Konten aller Sektoren abgebaut. Verantwortlich hierfür waren die nichtfinanziellen Unternehmen und der Sonstige Staat (Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger), die einen Teil ihrer täglich fälligen Gelder aufgrund von Angeboten der Banken in Einlagen mit Kündigungsfrist umgeschichtet haben. Die Einlagen mit Kündigungsfrist erhöhten sich um 3,1 Mrd EUR (+1.300 %).

Weiterhin günstige Finanzierungsbedingungen für nichtfinanzielle Unternehmen und private Haushalte

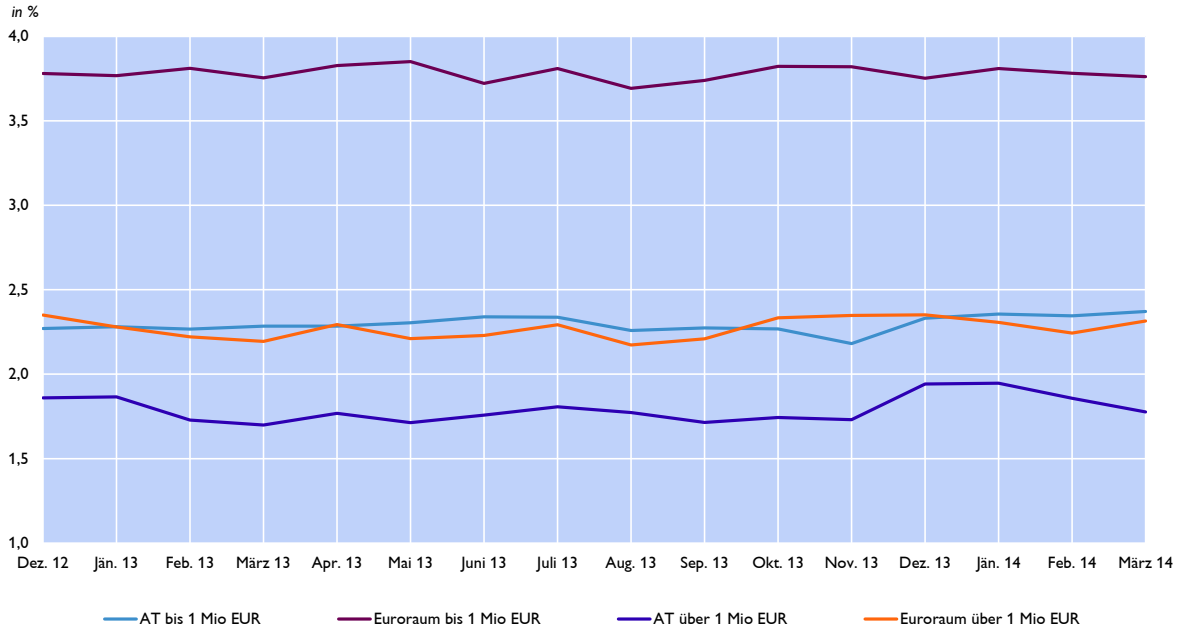
Deutlich niedrigere Zinssätze für österreichische nichtfinanzielle Unternehmen

Obwohl die Zinssätze für Kredite bis 1 Mio EUR – diese betreffen häufig Kredite an kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) – seit November 2013 leicht anzogen, konnten die KMUs in Österreich nach wie vor von deutlich günstigeren Kreditzinssätzen als Unternehmen des gesamten Euroraums profitieren. So bezahlten österreichische Unternehmen im laufenden Jahr für Kredite bis 1 Mio EUR im März 2014 mit 2,37 % um fast 40 % weniger an Zinsen als Unternehmen im Euroraum. Für Kredite über 1 Mio EUR (1,78 % im März 2014) betrug der Zinsvorteil in Österreich zuletzt (März 2014) fast ein Viertel (Grafik 6).

Das historisch niedrige Zinsniveau hält nun schon seit Anfang 2009 an. Für Kredite bis 1 Mio EUR liegt der Zinssatz seit Dezember 2011 unter 3 %. Der Zinssatz für Kredite über 1 Mio EUR liegt seit August 2012 sogar unter der 2-Prozent-Marke.

Grafik 6

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen im Neugeschäft



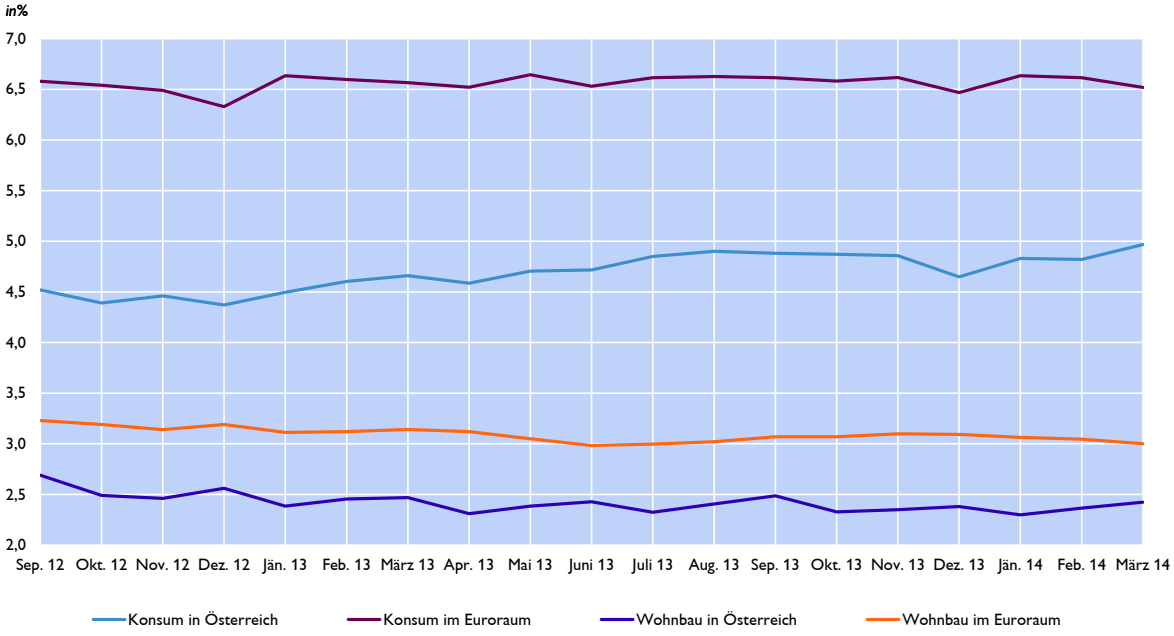
Quelle: OeNB, EZB.

Zinsvorteil für Konsumkredite bei 30 %

Auch die Zinssätze für Konsumkredite in Österreich zogen im ersten Quartal 2014 leicht an und lagen im März 2014 bei 4,97 %. Ein Konsument im Euroraum musste durchschnittlich 6,52 % und damit um rund 30 % mehr bezahlen (Grafik 7).

Grafik 7

Kreditzinssätze für private Haushalte im Neugeschäft



Quelle: OeNB, EZB.

Der Zinssatz für Wohnbaukredite betrug im März 2014 2,42 % und lag geringfügig über dem Jahresdurchschnitt des Vorjahres (2,39 %). In diesem Kreditsegment musste im Euroraum-Durchschnitt knapp ein Viertel mehr an Zinsen aufgewendet werden (Grafik 7).

Die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats[8]

EZB-Rat am 5. Juni 2014

In Erfüllung seines Mandats zur Gewährleistung von Preisstabilität hat der EZB-Rat am 5. Juni 2014 eine Reihe von Maßnahmen zur zusätzlichen Lockerung des akkommodierenden geldpolitischen Kurses und zur Unterstützung der Kreditvergabe an die Realwirtschaft beschlossen. Das Maßnahmenpaket umfasst weitere Senkungen der Leitzinsen der EZB, gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte, Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf Outright-Käufe von Asset-Backed Securities und eine Verlängerung des Mengentenderverfahrens mit Vollzuteilung. Außerdem haben wir beschlossen, die wöchentlichen Feinsteuerungsoperationen, mit denen die im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte bereitgestellte Liquidität sterilisiert wird, auszusetzen.

Die Beschlüsse basieren auf unserer wirtschaftlichen Analyse unter Berücksichtigung der jüngsten von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen sowie auf den Signalen aus der monetären Analyse. Zusammen werden die Maßnahmen dazu beitragen, dass die Inflationsraten auf ein Niveau zurückkehren, das näher bei 2 % liegt. Die mittel- bis langfristigen Inflationserwartungen für das Eurogebiet sind weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung unter, aber nahe 2 % zu halten. Mit Blick auf die Zukunft ist der EZB-Rat fest entschlossen, diese Verankerung zu wahren. Was unsere Forward Guidance betrifft, so werden die EZB-Leitzinsen angesichts der gegenwärtigen Inflationsaussichten für längere Zeit auf dem aktuellen Niveau bleiben. Diese Erwartung wird durch unsere heutigen Entscheidungen weiter untermauert. Darüber hinaus werden wir gegebenenfalls rasch im Sinne einer weiteren geldpolitischen Lockerung handeln. Der EZB-Rat vertritt einstimmig die Absicht, innerhalb seines Mandats auch unkonventionelle Instrumente einzusetzen, falls es erforderlich werden sollte, den Risiken einer zu lang anhaltenden Phase niedriger Inflation weiter entgegenzutreten.

Gestatten Sie mir nun, die heute beschlossenen Maßnahmen im Einzelnen kurz zu erläutern. Weitere Einzelheiten werden um 15.30 Uhr auf der Website der EZB veröffentlicht.

Erstens haben wir beschlossen, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems um 10 Basispunkte auf 0,15 % und den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungs-fazilität um 35 Basispunkte auf 0,40 % zu senken. Der Zinssatz für die Einlagefazilität wurde um 10 Basispunkte auf -0,10 % herabgesetzt. Diese Änderungen treten am 11. Juni 2014 in Kraft. Der negative Zinssatz gilt auch für über das Mindestreserve-Soll hinausgehende Reserveguthaben und für bestimmte andere Einlagen beim Eurosystem.

Zweitens werden wir, um die Bankkreditvergabe an private Haushalte (mit Ausnahme von Wohnungsbaukrediten) und nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften zu unterstützen, eine Reihe gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (GLRGs) durchführen. Alle GLRGs werden im

[8] Der Bericht ist die gekürzte Version der einleitenden Bemerkungen des EZB-Präsidenten nach dem EZB-Rat, die in englischer Sprache unter http://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2014/html/index.en.html bzw. in deutscher Übersetzung durch die Deutsche Bundesbank unter http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Presse/Pressenotizen/pressenotizen.html verfügbar sind.

September 2018, d. h. in rund vier Jahren, fällig. Die Geschäftspartner sind berechtigt, zunächst 7 % des Gesamtbetrags ihrer am 30. April 2014 ausstehenden Kredite an den nichtfinanziellen privaten Sektor des Euro-Währungsgebiets (ohne Wohnungsbaukredite an private Haushalte) aufzunehmen. Die Kreditgewährung an den öffentlichen Sektor wird dabei nicht berücksichtigt. Die anfänglichen Ansprüche belaufen sich zusammengenommen auf etwa 400 Mrd €. Hierzu werden im September und Dezember 2014 zwei aufeinanderfolgende GLRGs durchgeführt. Darüber hinaus können alle Geschäftspartner von März 2015 bis Juni 2016 vierteljährlich einen Betrag in bis zu dreifacher Höhe ihrer über eine festgesetzte Referenzgröße hinausgehende Nettokreditvergabe an den nichtfinanziellen privaten Sektor des Euroraums (ohne Wohnungsbaukredite an private Haushalte) aufnehmen, und zwar über einen bestimmten Zeitraum. Die Nettokreditvergabe wird gemessen als Kredite im Neugeschäft abzüglich Tilgungen. Kreditverkäufe, -verbriefungen und Abschreibungen haben keinen Einfluss auf diese Messgröße. Der Zinssatz für die GLRGs, der sich aus dem zum Zeitpunkt der Inanspruchnahme geltenden Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRGs) des Eurosystems zuzüglich eines festen Spreads von 10 Basispunkten zusammensetzt, gilt für die Laufzeit des jeweiligen Geschäfts. Nach den ersten 24 Monaten haben die Geschäftspartner die Option, Rückzahlungen zu tätigen. Eine Reihe von Bestimmungen soll sicherstellen, dass die Mittel die Realwirtschaft stützen. Geschäftspartner, die bestimmte Bedingungen im Hinblick auf das Volumen ihrer Nettokreditvergabe an die Realwirtschaft nicht eingehalten haben, werden dazu verpflichtet, die aufgenommenen Mittel im September 2016 zurückzuzahlen.

Darüber hinaus hat der EZB-Rat beschlossen, die bestehende Ausweitung der Kriterien für die Notenbankfähigkeit von Sicherheiten, insbesondere die Möglichkeit der Hereinnahme zusätzlicher Kreditforderungen (Additional Credit Claims), bis mindestens September 2018 beizubehalten.

Drittens hat er entschieden, die Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf Outright-Käufe am Markt für Asset-Backed Securities (ABS) zu verstärken, um das Funktionieren des geldpolitischen Transmissionsmechanismus zu verbessern. Im Rahmen dieser Initiative wird das Eurosystem den Ankauf einfacher und transparenter ABS erwägen, bei deren zugrunde liegenden Vermögenswerten es sich um Forderungen an den nichtfinanziellen privaten Sektor des Eurogebiets handelt; dabei wird es die begrüßenswerten Änderungen am regulatorischen Umfeld berücksichtigen und mit anderen relevanten Institutionen zusammenarbeiten.

Im Einklang mit unserer Forward Guidance und unserer Entschlossenheit, einen hohen Grad an geldpolitischer Akkommodierung beizubehalten sowie die Volatilität an den Geldmärkten einzudämmen, haben wir viertens beschlossen, die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRGs) so lange wie erforderlich, jedoch mindestens bis zum Ende der im Dezember 2016 endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode weiterhin als Mengentender mit Vollzuteilung durchzuführen. Des Weiteren haben wir den Beschluss gefasst, die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (LRGs) mit dreimonatiger Laufzeit, die vor Ende der im Dezember 2016 endenden Reserveerfüllungsperiode zugeteilt werden, als Mengentender mit Vollzuteilung durchzuführen. Die Zinssätze für diese dreimonatigen LRGs werden dem durchschnittlichen Zinssatz der während der Laufzeit des jeweiligen Geschäfts durchgeführten HRGs entsprechen. Außerdem haben wir beschlossen, die wöchentlichen Feinsteuerungsoperationen, mit denen die im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte bereitgestellte Liquidität sterilisiert wird, auszusetzen.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der wirtschaftlichen Analyse zu beginnen. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Euro-Währungsgebiets erhöhte sich

im ersten Jahresviertel 2014 um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal. Dies bestätigte die anhaltende graduelle Erholung, obgleich der Anstieg etwas geringer ausfiel als erwartet. Die jüngsten Umfrageergebnisse weisen in ihrer Mehrzahl auch für das zweite Jahresviertel 2014 auf ein moderates Wachstum hin. Die Binnennachfrage dürfte weiterhin durch eine Reihe von Faktoren begünstigt werden, unter anderem durch den akkommodierenden geldpolitischen Kurs, weitere Verbesserungen der Finanzierungsbedingungen, die auf die Realwirtschaft durchwirken, die Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung und den Strukturreformen sowie die Zunahme des real verfügbaren Einkommens infolge sinkender Energiepreise. Gleichzeitig ist die Arbeitslosigkeit im Eurogebiet nach wie vor hoch, obschon sich an den Arbeitsmärkten weitere Anzeichen einer Besserung erkennen lassen, und die ungenutzten Kapazitäten sind insgesamt weiterhin beträchtlich. Darüber hinaus blieb die Jahresänderungsrate der MFI-Buchkredite an den privaten Sektor im April negativ, und die notwendigen Bilanzanpassungen im öffentlichen und im privaten Sektor dürften das Tempo der wirtschaftlichen Erholung weiterhin beeinträchtigen.

Diese Einschätzung einer moderaten Erholung deckt sich auch mit den von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet vom Juni 2014. Den dort enthaltenen Berechnungen zufolge wird das jährliche reale BIP im Jahr 2014 um 1,0 %, im Jahr 2015 um 1,7 % und im Jahr 2016 um 1,8 % steigen. Gegenüber den von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen vom März 2014 wurde die Projektion für das Wachstum des realen BIP für 2014 nach unten und für 2015 nach oben korrigiert.

Die Risiken für den Wirtschaftsausblick im Eurogebiet sind nach wie vor abwärtsgerichtet. Geopolitische Risiken sowie die Entwicklung in den aufstrebenden Volkswirtschaften und an den globalen Finanzmärkten könnten sich negativ auf die Konjunkturlage auswirken. Zu den anderen Abwärtsrisiken zählen eine schwächer als erwartet ausfallende Inlandsnachfrage und eine unzureichende Umsetzung von Strukturreformen in den Ländern des Euroraums sowie eine geringere Exportzunahme.

Die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI für das Euro-Währungsgebiet belief sich der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im Mai 2014 auf 0,5 % nach 0,7 % im April. Dieses Ergebnis war niedriger als erwartet. Auf der Grundlage der bei der heutigen Sitzung vorliegenden Informationen wird damit gerechnet, dass die jährliche HVPI-Inflation in den kommenden Monaten weiterhin auf einem niedrigen Niveau liegen und sich im Jahresverlauf 2015 und 2016 nur allmählich erhöhen wird. Dies untermauert die Beweggründe für die heutigen Beschlüsse. Die mittel- bis langfristigen Inflationserwartungen für den Euroraum sind indes nach wie vor fest auf einem Niveau verankert, das mit unserem Ziel, die Inflationsraten unter, aber nahe 2 % zu halten, im Einklang steht. Mit Blick auf die Zukunft ist der EZB-Rat fest entschlossen, diese Verankerung zu wahren.

Bekräftigt wird unsere Einschätzung durch die von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Eurogebiet vom Juni 2014. Demzufolge wird die jährliche HVPI-Inflation 2014 bei 0,7 %, 2015 bei 1,1 % und 2016 bei 1,4 % liegen. Für das Schlussquartal 2016 wird eine jährliche Teuerung nach dem HVPI von 1,5 % erwartet. Gegenüber den von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen vom März 2014 wurden die Inflationsprojektionen für 2014, 2015 und 2016 nach unten korrigiert. Hervorzuheben ist, dass sich die Projektionen auf eine Reihe technischer Annahmen stützten, die unter anderem die

Wechselkurse und die Ölpreise betreffen, und dass die Unsicherheit, mit der jede Projektion behaftet sind, mit zunehmendem Projektionshorizont steigt.

Der EZB-Rat erachtet sowohl die Aufwärts- als auch die Abwärtsrisiken in Bezug auf die Aussichten für die Preisentwicklung als begrenzt und auf mittlere Sicht weitgehend ausgewogen. In diesem Zusammenhang werden wir die möglichen Auswirkungen der geopolitischen Risiken und der Wechselkursentwicklungen genau beobachten.

Was die monetäre Analyse betrifft, so deuten die Daten für April 2014 weiterhin auf eine verhaltene Grunddynamik des Wachstums der weit gefassten Geldmenge (M3) hin. Die Zwölfmonatsrate von M3 schwächte sich weiter von 1,0 % im März auf 0,8 % im Folgemonat ab. Die jährliche Zuwachsrate des eng gefassten Geldmengenaggregats M1 verlangsamte sich im April auf 5,2 % gegenüber 5,6 % im März. In der jüngsten Vergangenheit wurde das jährliche M3-Wachstum hauptsächlich vom Anstieg der Nettoauslandsposition der MFIs getragen, worin sich zum Teil das anhaltende Interesse internationaler Anleger an Vermögenswerten des Euroraums niederschlug.

Die um Kreditverkäufe und -verbriefungen bereinigte jährliche Änderungsrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften betrug im April -2,7 % nach -3,1 % im März. In der schwachen Entwicklung der Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften kommen nach wie vor deren verzögerte Reaktion auf den Konjunkturzyklus, das Kreditrisiko sowie die anhaltenden Bilanzanpassungen im finanziellen und nichtfinanziellen Sektor zum Ausdruck. Die um Kreditverkäufe und -verbriefungen bereinigte Zwölfmonatsrate der Buchkreditvergabe an private Haushalte lag im April des laufenden Jahres bei 0,4 % und ist damit seit Anfang 2013 weitgehend unverändert geblieben.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Gegenprüfung der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Signale aus der monetären Analyse den EZB-Rat dazu veranlasst hat, eine Reihe von Maßnahmen zur zusätzlichen Lockerung des akkommodierenden geldpolitischen Kurses und zur Unterstützung der Kreditvergabe an die Realwirtschaft zu beschließen.

Um die wirtschaftliche Erholung zu stärken, müssen die Banken und die politischen Entscheidungsträger im Euro-Währungsgebiet ihre Bemühungen intensivieren. Vor dem Hintergrund des schwachen Kreditwachstums ist die derzeit laufende umfassende Bewertung der Bankbilanzen von zentraler Bedeutung. Banken sollten diese Bewertung in vollem Umfang nutzen, um ihre Eigenkapitalposition und Solvabilität zu verbessern, und dadurch dazu beitragen, dass etwaige Beschränkungen der Kreditversorgung, die eine Erholung beeinträchtigen könnten, beseitigt werden. Zugleich sollte die Politik im Euroraum ihre Anstrengungen im Bereich der Finanzpolitik und der Strukturreformen weiter vorantreiben.

Was die Finanzpolitik anbelangt, so lassen die von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen anhaltende Fortschritte beim der Wiederherstellung solider Staatsfinanzen im Euro-Währungsgebiet erkennen. Das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit im Euroraum wird den Projektionen zufolge allmählich von 3,0 % des BIP im Jahr 2013 auf 2,5 % des BIP im laufenden Jahr sinken. Für die Jahre 2015 und 2016 lassen die Projektionen einen weiteren Rückgang auf 2,3 % bzw. 1,9 % erwarten. Der öffentliche Schuldenstand dürfte 2014 einen Höchstwert von 93,4 % des BIP erreichen. Anschließend wird er den Projektionen zufolge zurückgehen und im Jahr 2016 bei rund 91 % liegen. Was die Strukturreformen angeht, so wurden wichtige Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit an den Arbeits- und

Gütermärkten der einzelnen Länder eingeleitet. Allerdings sind die Reformen unterschiedlich weit fortgeschritten und alles andere als abgeschlossen. In diesem Zusammenhang nimmt der EZB-Rat die am 2. Juni 2014 veröffentlichten Empfehlungen der Europäischen Kommission zur Finanz- und Strukturpolitik zur Kenntnis, den eingeschlagenen Pfad fortzusetzen und die Haushalts- und makroökonomischen Ungleichgewichte weiter abzubauen. Die Empfehlung an den Rat, die Defizitverfahren von vier Euro-Ländern aufzuheben, deutet darauf hin, dass bei der Wiederherstellung solider Staatsfinanzen anhaltende Fortschritte erzielt werden. Die Länder des Euroraums sollten allerdings nicht hinter die bei der Haushaltskonsolidierung erzielten Fortschritte zurückfallen. Eine vollständige und einheitliche Umsetzung des Rahmens zur makroökonomischen Überwachung im Euro-Währungsgebiet wird zusammen mit den erforderlichen Maßnahmen der Euro-Länder dazu beitragen, das Potenzialwachstum zu steigern, die Widerstandsfähigkeit des Euroraums gegenüber Schocks zu erhöhen und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu erleichtern. Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

EZB-Rat 8. Mai 2014

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat am 8. Mai 2014 beschlossen, die Leitzinsen der EZB unverändert zu belassen. Aktuelle Daten zeigen weiterhin, dass die moderate Erholung der Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets entsprechend unserer bisherigen Einschätzung verläuft. Gleichzeitig decken sich die jüngsten Informationen nach wie vor mit unserer Erwartung einer länger anhaltenden Phase niedriger Inflation, auf die ein nur allmählicher Anstieg der HVPI-Teuerungsraten folgt. Die Signale aus der monetären Analyse bestätigen das Bild einer mittelfristig gedämpften Entwicklung des zugrunde liegenden Preisdrucks im Euroraum. Die mittel- bis langfristigen Inflationserwartungen für das Eurogebiet sind nach wie vor fest auf einem Niveau verankert, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung unter, aber nahe 2 % zu halten.

Mit Blick auf die Zukunft werden wir die wirtschaftliche Entwicklung und die Geldmärkte sehr genau beobachten. Wir werden einen hohen Grad an geldpolitischer Akkommodierung beibehalten und gegebenenfalls rasch im Sinne einer weiteren geldpolitischen Lockerung handeln. Wir bekräftigen ausdrücklich, dass wir nach wie vor davon ausgehen, dass die EZB-Leitzinsen für längere Zeit auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden. Diese Einschätzung beruht auf den auch mittelfristig insgesamt gedämpften Inflationsaussichten vor dem Hintergrund der allgemein schwachen Wirtschaftslage, der hohen ungenutzten Kapazitäten und einer verhaltenen Geldmengen- und Kreditschöpfung. Der EZB-Rat vertritt einstimmig die Absicht, innerhalb seines Mandats auch unkonventionelle Instrumente einzusetzen, um den Risiken einer zu lang anhaltenden Phase niedriger Inflation wirksam entgegenzutreten. Weitere Informationen und Analysen zu den Inflationsaussichten und zur Verfügbarkeit von Bankkrediten an den privaten Sektor werden Anfang Juni vorliegen.

[…]

Die Ergebnisse der Umfrage zum Kreditgeschäft der Banken vom April 2014 bestätigten, dass sich die Kreditbedingungen für Unternehmen und private Haushalte stabilisiert haben. Die Richtlinien für Unternehmenskredite blieben in den vergangenen drei Monaten weitgehend unverändert, bei den Richtlinien für Kredite an private Haushalte wurde jedoch per saldo eine Lockerung verzeichnet.

Weitgehend in Übereinstimmung mit diesen Ergebnissen meldeten kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) im Rahmen der Umfrage über den Zugang von KMUs zu Finanzmitteln für den Zeitraum von Oktober 2013 bis März 2014, dass die Verfügbarkeit von Bankkrediten inzwischen weniger negativ beurteilt wurde und sich in einigen Euro-Ländern sogar verbessert hatte. Beiden Umfragen zufolge wirkten sich die allgemeinen Konjunkturaussichten weniger negativ oder gar positiv auf diese Entwicklung aus. Gleichzeitig meldeten die Banken – im historischen Vergleich gesehen – immer noch verschärfte Kreditrichtlinien.

Seit dem Sommer 2012 hat sich die Refinanzierungssituation der Banken erheblich verbessert. Zur Gewährleistung einer angemessenen Transmission der Geldpolitik auf die Finanzierungsbedingungen in den Euro-Ländern ist es wichtig, dass die Fragmentierung der Kreditmärkte im Euroraum weiter abnimmt und die Widerstandsfähigkeit der Banken erforderlichenfalls erhöht wird. In diesem Kontext ist die derzeit laufende umfassende Bewertung der Bankbilanzen von zentraler Bedeutung. Banken sollten die umfassende Bewertung in vollem Umfang nutzen, um ihre Eigenkapitalposition und Solvabilität zu verbessern, und dadurch dazu beitragen, dass etwaige Beschränkungen der Kreditversorgung, die eine Erholung beeinträchtigen könnten, beseitigt werden.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die wirtschaftliche Analyse unsere Erwartung einer länger anhaltenden Phase niedriger Inflation bekräftigt, auf die ein nur allmählicher Anstieg der HVPI-Teuerungsraten auf ein Niveau näher bei 2 % folgt. Die Gegenprüfung anhand der Signale aus der monetären Analyse bestätigt das Bild einer mittelfristig gedämpften Entwicklung des zugrunde liegenden Preisdrucks im Eurogebiet.

Was die Finanzpolitik betrifft, so wird der Frühjahrsprognose der Europäischen Kommission zufolge das Haushaltsdefizit im Euroraum weiter zurückgehen, und zwar von 3,0 % des BIP im Jahr 2013 auf 2,5 % in diesem und 2,3 % im kommenden Jahr. Die Schuldenquote der öffentlichen Haushalte im Eurogebiet dürfte sich im Jahr 2014 bei 96,0 % stabilisieren und im Jahr 2015 auf 95,4 % zurückgehen. Angesichts der noch recht hohen Schuldenquoten und zur Verbesserung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sollten die Länder des Euroraums nicht hinter die bei der Haushaltskonsolidierung erzielten Fortschritte zurückfallen und den im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts eingegangenen Verpflichtungen nachkommen. Zugleich sind umfassende und ehrgeizige Strukturreformen an den Güter- und Arbeitsmärkten geboten, um das Wachstumspotenzial des Eurogebiets zu steigern, seine Anpassungsfähigkeit zu erhöhen und die derzeit hohe Arbeitslosigkeit in vielen Euro-Ländern zu verringern. Daher stimmt der EZB-Rat mit der Mitteilung des ECOFIN-Rats vom Dienstag überein, der zufolge durchgreifende politische Maßnahmen in den Ländern erforderlich sind, in denen makroökonomische Ungleichgewichte das reibungslose Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion beeinträchtigen.

EZB-Rat am 3. April 2014

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat am 3. April 2014 beschlossen, die Leitzinsen der EZB unverändert zu belassen. Die jüngsten Daten bestätigen, dass die moderate Erholung der Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets im Einklang mit unserer bisherigen Einschätzung verläuft. Gleichzeitig stehen die jüngsten Informationen nach wie vor mit unserer Erwartung einer länger anhaltenden Phase niedriger Inflation, auf die ein allmählicher Anstieg der HVPI-Teuerungsraten folgt, im Einklang. Die Signale aus der monetären

Analyse bestätigen das Bild einer mittelfristig gedämpften Entwicklung des zugrunde liegenden Preisdrucks im Euroraum. Die mittel- bis langfristigen Inflationserwartungen für das Eurogebiet sind weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung unter, aber nahe 2 % zu halten.

Mit Blick auf die Zukunft werden wir die Entwicklung sehr genau beobachten und alle verfügbaren Instrumente in Erwägung ziehen. Wir vertreten entschlossen unsere Entscheidung, einen hohen Grad an geldpolitischer Akkommodierung beizubehalten und gegebenenfalls rasch zu handeln. Daher schließen wir eine weitere geldpolitische Lockerung nicht aus und bekräftigen ausdrücklich, dass wir nach wie vor davon ausgehen, dass die EZB-Leitzinsen für längere Zeit auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden. Diese Einschätzung beruht auf den auch mittelfristig insgesamt gedämpften Inflationsaussichten vor dem Hintergrund der allgemein schwachen Wirtschaftslage, der hohen ungenutzten Kapazitäten und einer verhaltenen Geldmengen- und Kreditschöpfung. Gleichzeitig verfolgen wir die Entwicklung an den Geldmärkten genau. Der EZB-Rat vertritt einstimmig die Absicht, innerhalb seines Mandats auch unkonventionelle Instrumente einzusetzen, um den Risiken einer zu lang anhaltenden Phase niedriger Inflation wirksam entgegenzutreten.

[…]

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die wirtschaftliche Analyse unsere Erwartung einer länger anhaltenden Phase niedriger Inflation bekräftigt, auf die ein allmählicher Anstieg der HVPI-Teuerungsraten auf ein Niveau näher bei 2 % folgt. Die Gegenprüfung anhand der Signale aus der monetären Analyse bestätigt das Bild einer mittelfristig gedämpften Entwicklung des zugrunde liegenden Preisdrucks im Eurogebiet.

Was die Finanzpolitik anbelangt, so haben die Länder des Euroraums bedeutende Fortschritte bei der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte erzielt. Sie sollten in ihren bisherigen erfolgreichen Konsolidierungsbemühungen nicht nachlassen und die hohe Staatsverschuldung im Einklang mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt mittelfristig senken. Die haushaltspolitischen Strategien sollten eine wachstumsfreundliche Gestaltung der Konsolidierungsmaßnahmen gewährleisten, um die Qualität und Effizienz öffentlicher Dienstleistungen zu verbessern und gleichzeitig die durch die Besteuerung bedingten Verzerrungseffekte so gering wie möglich zu halten. Weitere entschiedene Maßnahmen zur Reform der Güter- und Arbeitsmärkte sind notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, das Potenzialwachstum zu steigern, Beschäftigungschancen zu schaffen und die Volkswirtschaften im Euro-Währungsgebiet flexibler zu gestalten.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat am 6. März 2014 beschlossen, die Leitzinsen der EZB unverändert zu belassen. Die jüngsten Daten bestätigen, dass die moderate Erholung der Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets im Einklang mit unserer bisherigen Einschätzung verläuft. Gleichzeitig unterstützen die aktuellen von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen, die nun den Zeitraum bis Ende 2016 umfassen, frühere Erwartungen einer länger anhaltenden Phase niedriger Inflation, auf die ein allmählicher Anstieg der HVPI-Teuerungsraten auf ein Niveau näher bei 2 % folgen wird. In dieses Bild passt auch, dass das Geldmengen- und das Kreditwachstum nach wie vor verhalten sind. Die mittel- bis langfristigen Inflationserwartungen für das Eurogebiet sind weiterhin fest auf einem Niveau

verankert, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung unter, aber nahe 2 % zu halten.

Was die mittelfristigen Inflations- und Wachstumsaussichten betrifft, so bestätigen die nun vorliegenden Daten und Analysen in vollem Umfang unsere Entscheidung, den akkommodierenden geldpolitischen Kurs so lange wie erforderlich beizubehalten. Dies wird die allmähliche Konjunkturerholung im Eurogebiet stützen. Wir bekräftigen ausdrücklich unsere Forward Guidance und gehen nach wie vor davon aus, dass die EZB-Leitzinsen für längere Zeit auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden. Diese Einschätzung beruht auf den auch mittelfristig insgesamt gedämpften Inflationsaussichten vor dem Hintergrund der allgemein schwachen Wirtschaftslage, der hohen ungenutzten Kapazitäten und der verhaltenen Geldmengen- und Kreditschöpfung.

Wir beobachten die Entwicklung an den Geldmärkten genau und sind bereit, alle verfügbaren Instrumente in Erwägung zu ziehen. Insgesamt sind wir weiterhin fest entschlossen, den hohen Grad an geldpolitischer Akkommodierung beizubehalten und gegebenenfalls weitere entschiedene Maßnahmen zu ergreifen.

[…]

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die wirtschaftliche Analyse unsere Erwartung einer länger anhaltenden Phase niedriger Inflation bekräftigt, auf die ein allmählicher Anstieg der Teuerungsraten auf ein Niveau näher bei 2 % folgen wird. Die Gegenprüfung anhand der Signale aus der monetären Analyse bestätigt das Bild einer mittelfristig gedämpften Entwicklung des zugrunde liegenden Preisdrucks im Euroraum.

Was die Finanzpolitik anbelangt, so lassen die von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen anhaltende Fortschritte beim Abbau der Haushaltsungleichgewichte im Euro-Währungsgebiet erkennen. Das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit im Euroraum dürfte im Jahr 2013 auf 3,2 % des BIP gesunken sein und wird den Projektionen zufolge im laufenden Jahr weiter auf 2,7 % des BIP reduziert werden. Der öffentliche Schuldenstand dürfte 2014 einen Höchstwert von 93,5 % des BIP erreichen und im kommenden Jahr leicht zurückgehen. Mit Blick auf die Zukunft sollten die Länder des Eurogebiets in ihren bisherigen Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung nicht nachlassen und die hohe Staatsverschuldung mittelfristig senken. Die haushaltspolitischen Strategien sollten im Einklang mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt stehen und eine wachstumsfreundliche Gestaltung der Konsolidierungsmaßnahmen gewährleisten, welche die Qualität und Effizienz öffentlicher Dienstleistungen verbessert und gleichzeitig die durch die Besteuerung bedingten Verzerrungseffekte so gering wie möglich hält. Außerdem sollten die nationalen Behörden in allen Ländern des Euroraums mit der entschlossenen Umsetzung von Strukturreformen fortfahren. Diese Reformen sollten insbesondere darauf abzielen, die Bedingungen für die unternehmerische Tätigkeiten zu verbessern sowie die Beschäftigung zu fördern und damit das Wachstumspotenzial des Euroraums zu stärken und die Arbeitslosigkeit in den Euro-Ländern zu verringern. Aus diesem Grund begrüßt der EZB-Rat die gestrige Mitteilung der Europäischen Kommission über die Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte und über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit. Mit Blick auf die Zukunft ist es von zentraler Bedeutung, dass der Rahmen zur makroökonomischen Überwachung im Euro-Währungsgebiet, der im Gefolge

der Staatschuldenkrise erheblich verschärft wurde, vollständig und in konsistenter Weise umgesetzt wird.

Chronik der geldpolitischen Entscheidungen des Eurosystems 2013 und 2014

Datum der Bekanntgabe	Geldpolitische Maßnahme
5. Juni 2014	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) um 10 Bp. auf 0,15 % zu senken. Des Weiteren wird der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität um 35 Bp. auf 0,40 % und jener für die Einlagefazilität um 10 Bp. auf -0,10 % gesenkt. Der Negativzinssatz gilt auch für die das Mindestreserve-Soll übersteigenden durchschnittlichen Reserveguthaben sowie für sonstige Einlagen beim Eurosystem (z.B. Einlagen öffentlicher Haushalte jenseits bestimmter Schwellenwerte, die in TARGET2 gehaltenen Salden, etc.). Darüber hinaus legt er fest, sowohl die HRG als auch die Geschäfte mit dreimonatiger Laufzeit weiterhin so lange wie erforderlich, mindestens jedoch bis Ende 2016 als Mengentender mit Vollzuteilung abzuwickeln. Die Zinssätze für die dreimonatigen Tendergeschäfte werden dem durchschnittlichen Zinssatz im HRG über die jeweilige Laufzeit entsprechen. Der EZB-Rat beschließt außerdem, ab Mitte Juni 2014 die Refinanzierungsgeschäfte mit einer Sonderlaufzeit von der Dauer einer Erfüllungsperiode einzustellen. Zudem werden ab diesem Zeitpunkt die wöchentlichen Feinsteuerungsoperationen zur Sterilisierung der durch das SMP-Programm zugeführten Liquidität ausgesetzt. Weiters einigt man sich im EZB-Rat auf ein Programm zur Verbesserung des Funktionierens des geldpolitischen Transmissionsmechanismus. Konkrete Maßnahmen: 1. Durchführung einer Reihe von gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (GLRG) über ein Zeitfenster von zwei Jahren. Diese GLRG sollen der Verbesserung der Kreditvergabe der Banken an private Haushalte und nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften des Euroraums (ohne Wohnungsbaukredite an private Haushalte) dienen. 2. Verstärkung der Vorbereitungsarbeiten im Zusammenhang mit Outright-Käufen von Asset-Backed Securities (ABS). Schließlich wird die bestehende Ausweitung der Kriterien für die Notenbankfähigkeit von Sicherheiten, insbesondere die Möglichkeit der Hereinnahme zusätzlicher Kreditforderungen (Additional Credit Claims), bis mindestens September 2018 verlängert.
8. Mai 2014 3. April 2014 6. März 2014 6. Februar 2014	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,25 %, 0,75 % bzw. 0 % zu belassen.
24. Jänner 2014	Der EZB-Rat beschließt, noch vier weitere USD-Tender mit einer Laufzeit von drei Monaten durchzuführen. Der letzte derartige Tender wird am 23. April 2014 angeboten, danach wird diese Operation eingestellt. USD-Tender mit einer Laufzeit von einer Woche werden weiterhin – zumindest bis 31. Juli 2014 – zur Verfügung stehen.
9. Jänner 2014 5. Dezember 2013	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,25 %, 0,75 % bzw. 0 % zu belassen.

7. November 2013	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität um 25 Bp. auf 0,25 % bzw. 0,75 % zu senken und den Zinssatz für die Einlagefazilität unverändert bei 0 % zu belassen. Darüber hinaus legt er fest, sowohl die HRG als auch die Geschäfte mit ein- bzw. dreimonatiger Laufzeit weiterhin so lange wie notwendig, zumindest jedoch bis Jahresmitte 2015 als Mengentender mit Vollzuteilung abzuwickeln. Die Zinssätze für die ein- bzw. dreimonatigen Tendergeschäfte werden dem durchschnittlichen Zinssatz im HRG über die jeweilige Laufzeit entsprechen.
31. Oktober 2013	Der EZB-Rat beschließt in Zusammenarbeit mit anderen Notenbanken, das bisher befristete Netzwerk wechselseitiger Swap-Vereinbarungen zu einer dauerhaften Einrichtung werden zu lassen. Damit kann das Eurosystem bei Bedarf den beteiligten Zentralbanken weiterhin Liquidität in Euro zur Verfügung stellen und seinen Geschäftspartnern Mittel in US-Dollar, japanischen Yen, Pfund Sterling, Schweizer Franken sowie kanadischen Dollar bereitstellen. Ferner beschloss der EZB-Rat, weiterhin (bis auf Widerruf) regelmäßige liquiditätszuführende Geschäfte in US-Dollar mit Laufzeiten von etwa einer Woche und etwa drei Monaten anzubieten (Mengentender mit Vollzuteilung).
10. Oktober 2013	Die EZB und die People's Bank of China (PBC) kommen überein, eine wechselseitige Swap-Vereinbarung über maximal 350 Mrd chinesische Yuan bzw. 45 Mrd Euro auf drei Jahre befristet zu errichten. Dieses Liquiditäts-Sicherheitsnetz soll die Versorgung der Banken im Euroraum mit chinesischen Yuan sicherstellen.
2. Oktober 2013	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,5 %, 1,0 % bzw. 0 % zu belassen.
27. September 2013	Wie bereits am 18. Juli 2013 angekündigt, beschließt der EZB-Rat, die Risikokontrolle zu verstärken, indem er die Richtlinien für als Sicherheiten zugelassene Wertpapiere sowie die angewendeten Risikoabschläge (*haircuts*) anpasst.
16. September 2013	Der EZB-Rat kommt gemeinsam mit der Bank of England überein, die Liquiditätsswap-Vereinbarung mit der Bank of England bis zum 30. September 2014 zu verlängern.
5. September 2013 1. August 2013	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,5 %, 1,0 % bzw. 0 % zu belassen.
18. Juli 2013	Im Rahmen der regelmäßigen Überprüfung der Richtlinien für die als Sicherheiten zugelassenen Wertpapiere beschließt der EZB-Rat, die Risikokontrolle zu verstärken. Dabei wird er die Zulassungsrichtlinien für als Sicherheiten zugelassene Wertpapiere sowie die angewendeten Risikoabschläge (*haircuts*) anpassen. Insgesamt sollten die beschlossenen Maßnahmen einen neutralen Effekt auf die Verfügbarkeit von Sicherheiten für die Refinanzierung beim Eurosystem haben.
4. Juli 2013 6. Juni 2013	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,5 %, 1,0 % bzw. 0 % zu belassen.

2. Mai 2013	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) um 25 Basispunkte auf 0,5 % und den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität um 50 Basispunkte auf 1 % zu senken. Der Zinssatz für die Einlagefazilität bleibt unverändert bei 0 %. Darüber hinaus legt er fest, sowohl die HRG als auch die Geschäfte mit ein- bzw. dreimonatiger Laufzeit weiterhin so lange wie notwendig, zumindest jedoch bis Jahresmitte 2014 als Mengentender mit Vollzuteilung abzuwickeln. Die Zinssätze für die ein- bzw. dreimonatigen Tendergeschäfte werden dem durchschnittlichen Zinssatz im HRG über die jeweilige Laufzeit entsprechen. Schließlich kommt der EZB-Rat überein, Konsultationen mit anderen europäischen Institutionen über Initiativen zur Förderung eines funktionierenden Marktes für Asset-Backed Securities zu beginnen, die durch Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften besichert sind.
4. April 2013	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,75 %, 1,5 % bzw. 0 % zu belassen.
22. März 2013	Der EZB-Rat beschließt für eine Übergangsperiode bis 28. Februar 2015, ungedeckte staatlich garantierte Bankschuldverschreibungen nicht mehr als Sicherheiten zuzulassen, wenn diese durch den Geschäftspartner selbst begeben worden sind und den Bonitätsschwellenwert des Eurosystems nicht erfüllen. Ab 1. März 2015 dürfen derartige Bankschuldverschreibungen, die durch den Geschäftspartner selbst oder eine eng mit diesem verbundene Stelle begeben worden sind, bzw. vom Geschäftspartner emittierte gedeckte Schuldverschreibungen, sofern der Sicherheitenpool ungedeckte staatlich garantierte Bankschuldverschreibungen enthält, die von ebendiesem Geschäftspartner oder einer eng mit diesem verbundenen Stelle begeben worden sind, nicht mehr als Sicherheiten verwendet werden.
7. März 2013 7. Februar 2013 10. Jänner 2013	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,75 %, 1,5 % bzw. 0 % zu belassen.

Spezielle Kurzanalysen zu Geld- und Währungspolitik

Österreichische Inflationsrate stagnierte zuletzt bei rund 1½ % und bleibt bis 2015 unter 2 %[9]

Die österreichische HVPI-Inflationsrate stagnierte in den ersten fünf Monaten dieses Jahres bei rund 1½ %. Etwa ¾ der Gesamtinflation ging zuletzt auf den Dienstleistungssektor zurück. Vor allem die Teuerungsrate für Energie und Industriegüter ohne Energie befindet sich derzeit unterhalb ihres langfristigen Durchschnitts. Bei Industriegütern wurde zuletzt allerdings wieder eine deutliche Steigerung der Umsätze verzeichnet, die zu einer etwas höheren Inflationsrate in diesem Bereich führen sollte.

Im Mai 2014 betrug die HVPI-Inflation 1,5 % April:1,6 %). Bis Jahresende sollte die Teuerungsrate insbesondere auf Grund der verbesserten Nachfragesituation und des beschleunigten Wachstums der Importpreise ansteigen. Für das Jahr 2014 erwartet die OeNB eine HVPI-Inflationsrate von durchschnittlich 1,8 % und für 2015 1,7 %. Der Beitrag des öffentlichen Sektors zur Teuerungsrate beträgt 0,4 Prozentpunkte im Jahr 2014 und 0,3 Prozentpunkte im Jahr 2015. Die Steuererhöhungen vom März 2014 wirken sich mit +0,1 Prozentpunkten auf die HVPI-Inflation aus.

Die österreichische HVPI-Inflation stagnierte in den vergangenen Monaten bei rund 1 ½ %

Die österreichische HVPI-Inflationsrate verringerte sich von annähernd 3 % gegen Ende 2012 auf 1,5 % im Oktober 2013 und blieb seither weitgehend konstant.[10] Der in den ersten drei Quartalen des letzten Jahres beobachtete Rückgang der Inflationsrate war vor allem auf Energie zurückzuführen, weshalb die Kerninflationsrate (HVPI-Inflation ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) seit Mitte 2013 über der Gesamtinflationsrate liegt. Im Mai 2014 lag die HVPI-Inflation bei 1,5 % (April: 1,6 %) und die Kerninflationsrate bei 1,8 % (April: 1,9 %). Die mit März wirksam gewordenen Steuererhöhungen (Tabak-, Alkohol- und Schaumweinsteuer sowie die Änderungen bei der Normverbrauchsabgabe) wirkten sich mit +0,1 Prozentpunkten auf die Gesamtinflationsrate aus.

Rund ¾ der Gesamtinflation ging zuletzt auf den *Dienstleistungssektor* zurück, dessen Jahresteuerung sich in den ersten vier Monaten dieses Jahres mit geringen Schwankungen um 2,5 % bewegte. Innerhalb des Dienstleistungssektors kam es zu unterschiedlichen Entwicklungen: Die Teuerungsraten lohnsensitiver Branchen (insbesondere Restaurants und Hotels) verringerten sich moderat. Rückläufige Lohnkostensteigerungen im letzten Jahr und die zuletzt etwas schwächere Nachfrage dürften sich im Dienstleistungssektor inflationsdämpfend auswirken. Demgegenüber beschleunigte sich die Jahresteuerung bei Mieten vor allem auf Grund der jüngst erfolgten Anpassung der Kategorie- und Richtwertmieten an die Inflationsentwicklung der vergangenen zwei Jahre.

Im *Nahrungsmittelsektor* verringerte sich die Inflationsrate seit Beginn des Jahres von 2,8 % auf zuletzt rund 2 ½ %. Vor allem unverarbeitete Nahrungsmittel (Obst, Gemüse, Fleisch und

[9] Autor: Friedrich Fritzer (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

[10] Der temporäre Anstieg auf 2 % im Dezember 2013 wurde hauptsächlich durch volatile Komponenten des HVPI-Warenkorbs (Pauschalreisen, Flugtickets und Bekleidung) verursacht.

Fisch) waren dafür ausschlaggebend, während die Jahresteuerung bei verarbeiteten Nahrungsmitteln (inklusive Alkohol und Tabak) weitgehend stabil blieb.

Die Teuerung im Sektor *Industriegüter ohne Energie* schwankt seit Beginn dieses Jahres zwischen 0,2 % und 0,5 % und befindet sich damit deutlich unter dem langfristigen Durchschnitt. In diesem Sektor wirkte sich die schwache Nachfrage nach Fahrzeugen, Empfangs-, Aufnahme- und Wiedergabegeräten sowie Möbeln inflationsdämpfend aus. Die Wachstumsraten der saisonbereinigten Umsätze dieser Produkte waren zwischen Ende 2012 und Ende 2013 negativ, sind seither aber wieder angestiegen. Zudem ist der nachlassende externe Preisdruck auf Grund rückläufiger Importgüterpreise für die gedämpfte Inflationsentwicklung in diesem Sektor ausschlaggebend.

Im *Energiesektor* blieb die Jahresteuerung während der ersten vier Monate dieses Jahres mit durchschnittlich -2,2 % im negativen Bereich. Ausschlaggebend dafür sind die weiterhin nach unten gerichteten Rohölpreise, die sich sehr rasch in die Endverbraucherpreise von Treibstoffen (rund 60 % des Energiesektors) übertragen.

Die österreichische HVPI-Inflation bleibt 2014 und 2015 unter 2 %[11]

In den letzten Prognosen vom März 2014 und Dezember 2013 wurde die tatsächliche Inflationsentwicklung weitgehend richtig vorausgesehen.[12] Die der aktuellen Prognose vom Juni 2014 zugrundeliegenden externen Annahmen gehen – verglichen zur OeNB-Prognose vom März 2014 – von geringfügig niedrigeren Rohölpreisen in Euro aus (die OeNB-Prognose vom März beinhaltet eine Vorausschau für die Inflationsentwicklung, nicht aber für die realwirtschaftliche Entwicklung). Die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar hat hierbei die höheren Ölpreise in US-Dollar mehr als ausgeglichen. Über den Prognosehorizont wird – entsprechend der Entwicklung der Futures-Preise für Rohöl – ein leicht fallender Verlauf der Rohölpreise angenommen. Die Preisannahmen bezüglich der Nahrungsmittelrohstoffe sind im Vergleich zur OeNB-Prognose vom März 2014 für einzelne Produktgruppen teilweise deutlich nach oben revidiert worden (vor allem für Kaffee und Weizen). Für diese Nahrungsmittelrohstoffe wird ein steigender Preisverlauf bis Ende des Prognosezeitraums erwartet. Die heimische realwirtschaftliche Entwicklung wird in der aktuellen Prognose, verglichen zur Prognose vom März 2014 (bzw. Dezember 2013), als weitgehend unverändert eingeschätzt.

Annahmen der Juni und März 2014 OeNB-Inflationsprognosen

		Juni 2014		März 2014		Revisionen	
	2013	2014	2015	2014	2015	2014	2015
		Index				Prozent	
Erdölpreis (USD/Barrel)	108,8	107,0	102,5	105,8	101,1	1,1	1,5
USD-Wechselkurs	1,33	1,38	1,38	1,36	1,36	1,5	1,7
Nahrungsmittelpreise		Index				Prozent	
Nahrungsmittel	174,0	173,4	179,4	173,5	177,0	-0,1	1,3
Weizen	205,0	204,5	226,5	197,1	214,6	3,8	5,5
Zucker	261,7	270,4	291,1	267,6	268,2	1,0	8,5
Milch	146,6	146,8	146,4	154,5	148,7	-5,0	-1,5
Kaffee	122,0	173,8	191,1	124,0	133,7	40,2	42,9

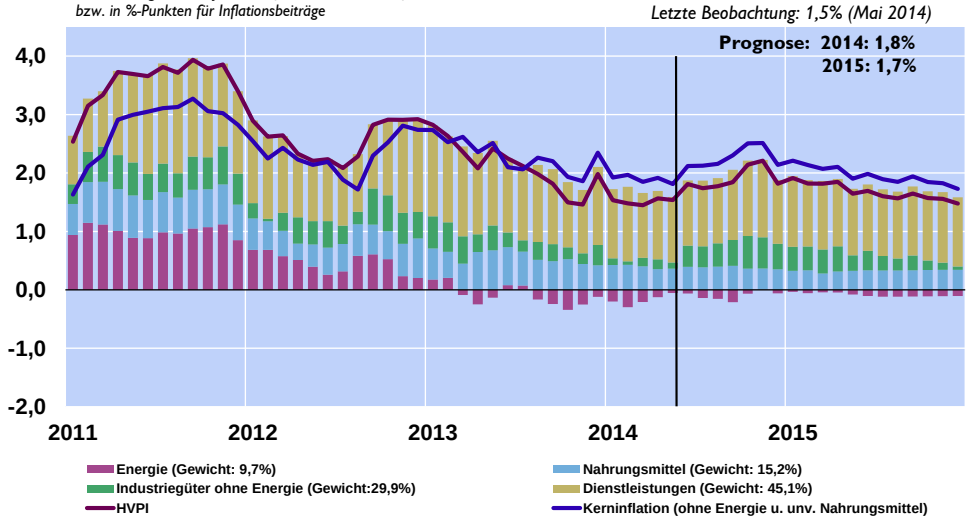
Quelle: Eurosystem; März 2014 (Informationen bis zum 13.02.2014 wurden berücksichtigt);
Juni 2014 (Informationen bis zum 15.5.2014 wurden berücksichtigt).

[11] Die OeNB Prognose vom Juni 2014 wurde vor Bekanntgabe der HVPI-Inflationsrate vom Mai publiziert.

[12] Die erwähnten Inflationsprognosen beinhalten eine Vorausschau des Monatsprofils der HVPI-Inflation ab Oktober 2013 (Prognose vom Dezember 2013) beziehungsweise ab Jänner 2014 (Prognose vom März 2014).

Österreichische HVPI-Inflationsrate und Beiträge der Subkomponenten

Veränderung zum Vorjahr in % für HVPI und Kerninflation bzw. in %-Punkten für Inflationsbeiträge



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Der seit Anfang 2013 beobachtete Abwärtstrend der HVPI-Inflationsrate ist – wie erwartet – Anfang des dieses Jahres nicht weiter fortgesetzt. In der gegenwärtigen Prognose erwarten wir für 2014 eine durchschnittliche HVPI-Inflationsrate von 1,8 %, die sich 2015 auf 1,7 % leicht abschwächen sollte. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) wird im Prognosezeitraum über der Gesamtinflationsrate liegen. Im Jahresdurchschnitt 2014 ist eine Kerninflationsrate von 2,1 % und für 2015 von 2,0 % zu erwarten.

Der moderate Aufwärtstrend der Inflationsrate von derzeit 1,5 % (Mai 2014) auf durchschnittlich 1,8 % im Jahr 2014 bzw. 1,7 % im Jahr 2015 wird in erster Linie vom Sektor Industriegüter ohne Energie getragen. Alle anderen Sondergruppen des HVPI (Dienstleistungen, Nahrungsmittel und Energie) weisen eine weitgehend konstante Entwicklung der Inflationsbeiträge auf. Die Teuerungsrate bei *Industriegütern ohne Energie* wird auf Grund der verbesserten Konsumnachfrage, den nach oben gerichteten Importpreisen und auf Grund von Basiseffekten,[13] von einem derzeit sehr niedrigen Niveau steigen. Die Teuerung im *Dienstleistungssektor* – die 2013 deutlich zurückgegangen war – sollte sich im Prognosezeitraum nicht weiter abschwächen, sondern weitgehend auf dem derzeitigen Niveau verharren. Ausschlaggebend dafür sind weitgehend konstante Lohnkostensteigerungen. Die rückläufigen Rohölpreise – die sich insbesondere bei Transportdienstleistungen auswirken – werden durch eine ansteigende Teuerungsrate bei Mieten weitgehend ausgeglichen.

Bei *Nahrungsmitteln inklusive Tabak und Alkohol* erwarten wir keine wesentlichen Änderungen des Inflationstrends. Die Teuerungsrate von verarbeiteten Nahrungsmitteln wird zwar auf Grund des Basiseffekts der Steuererhöhungen im März 2014 (Tabaksteuer und Steuer auf Alkoholika) im kommenden Jahr niedriger liegen, jedoch wird dies weitgehend durch den Anstieg der zuletzt deutlich zurückgegangenen Inflationsrate bei unverarbeiteten Nahrungsmitteln (Obst, Gemüse, Fisch, Fleisch) ausgeglichen.

Bei *Energie* ist im Prognosezeitraum ebenfalls eine weitgehend konstante Entwicklung auf dem derzeitigen Niveau zu erwarten. Da sich die Rohölpreise während des gesamten

[13] Die im Jahr 2013 fallenden Teuerungsraten im Industriegütersektor ohne Energie bewirkten 2014 einen aufwärtsgerichteten Verlauf der Jahresinflation.

Prognosezeitraums weiter nach unten entwickeln, bleibt die Teuerungsrate für Energie im negativen Bereich. Rund 60 % des Energiesektors sind eng an die Rohölpreisentwicklung gekoppelt. Aber auch andere Energieträger (vor allem Gas und feste Brennstoffe) sind, wenngleich in einem geringeren Ausmaß, von der Rohölpreisentwicklung abhängig. Trotz der politischen Instabilität in der Ukraine wird derzeit lediglich mit einem geringen Aufwärtsrisiko für die Teuerung bei Gas gerechnet. Im Fall eines Lieferstopps könnte der österreichische Gasbedarf jedenfalls noch Monate aus heimischen Lagern gedeckt werden.

OeNB Inflationsprognose vom Juni 2014

	2013	2014	2015
	Veränderung zum Vorjahr in %		
HVPI-Inflation	2,1	1,8	1,7
Unverarbeitete Nahrungsmittel	4,9	1,3	2,0
Verarbeitete Nahrungsmittel	2,7	3,0	2,2
Industriegüter ohne Energie	1,1	1,1	0,9
Energie	-1,0	-1,4	-0,9
Dienstleistungen	3,0	2,6	2,6
Kerninflation			
HVPI ohne Energie	2,4	2,1	2,0
HVPI ohne Energie, unverarbeitete Nahrungsmittel	2,3	2,1	2,0
Inflationsbeiträge	*in %-Punkten*		
Indirekte Steuern	0,0	0,1	0,0
Administrierte Preise	0,3	0,3	0,3

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Der Inflationsbeitrag des öffentlichen Sektors (gemessen an administrierten Preisen und indirekten Steuern) beläuft sich im Jahr 2014 auf 0,4 und 2015 auf 0,3 Prozentpunkte. Das mit März 2014 wirksam gewordene Steuerpaket (insbesondere die Erhöhung der Tabaksteuer, Alkoholsteuer sowie die Wiedereinführung der Schaumweinsteuer und die Änderungen bei der Normverbrauchsabgabe) steigert die Inflationsrate im Jahr 2014 um 0,1 Prozentpunkte. Der Inflationsbeitrag der administrierten Preise (z. B. Gebühren) beläuft sich in den Jahren 2014 und 2015 auf je 0,3 Prozentpunkte.

Inflationsabstand zu Deutschland und anderen Euroraumländern hauptsächlich durch Dienstleistungen bestimmt

Mit einer Teuerungsrate von durchschnittlich 1,5 % lag Österreich in den ersten fünf Monaten 2014 um 0,9 Prozentpunkte über dem Euroraum-Durchschnitt (HVPI-Inflation von Jänner bis Mai 2014: 0,6 %) und um 0,5 Prozentpunkte über der HVPI-Inflationsrate unseres wichtigsten Handelspartners Deutschland (HVPI-Inflation von Jänner bis Mai 2014: 1,0 %). Damit blieb der Inflationsabstand zu Deutschland im Vergleich zum Durchschnitt des vergangenen Jahres konstant, während sich die Inflationsdifferenz gegenüber dem Euroraum zuletzt etwas ausgeweitet hat. Ausschlaggebend dafür ist der Dienstleistungssektor, dessen Inflationsbeitrag in Österreich in den ersten fünf Monaten dieses Jahres (wie auch im Jahr 2013) etwa doppelt so hoch wie in Deutschland und dem Euroraum-Durchschnitt war. Der Inflationsbeitrag des Warensektors war in Österreich zuletzt etwas geringer als bei unserem wichtigsten Handelspartner aber über dem Euroraum-Durchschnitt. Dies ist vor allem auf die konjunkturell schwierige Situation in einigen Ländern des Euroraums zurückzuführen (vor allem in Italien, Spanien, Griechenland, Zypern, Niederlande, Slowenien und Finnland).[14]

[14] Für eine weitergehende Analyse des Inflationsabstandes zwischen Österreich und Deutschland siehe *Inflationsentwicklung in Österreich: Eine Analyse des Jahres 2013*, Konjunktur Aktuell, März 2014, S. 34-38.

Preisliche und strukturelle Aspekte der österreichischen Wettbewerbsfähigkeit[15]

In der wirtschaftspolitischen und medialen Diskussion wird regelmäßig das Thema der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft aufgegriffen. In einem engeren Sinn wird Wettbewerbsfähigkeit unter preislichen und kostenmäßigen Gesichtspunkten interpretiert. In einem weiteren Sinn versteht man unter Wettbewerbsfähigkeit die strukturellen und institutionellen Faktoren für Produktivität und Wirtschaftswachstum.

Österreich konnte vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2004 seine preisliche Wettbewerbsfähigkeit durch Lohnmoderation und Produktivitätswachstum gegenüber dem Euroraum-Durchschnitt verbessern. Bis zum Jahr 2008 stagnierten die relativen Lohnstückkosten. Seitdem ist ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Seit Ausbruch der Krise führen Lohnkürzungen in Krisenländern zu einer Verschlechterung der österreichischen Position.

Da der strukturellen und institutionellen Wettbewerbsfähigkeit eine Vielzahl von Faktoren zugrunde liegt, ist eine Gesamteinschätzung der Wettbewerbsfähigkeit unter diesem Gesichtspunkt nur eingeschränkt sinnvoll. Stattdessen werden im vorliegenden Beitrag auf Basis von Empfehlungen der Europäischen Kommission und der OECD Bereiche identifiziert, in denen Reformen zur Erhaltung bzw. Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit angebracht scheinen. Hierunter fallen die steuerliche Belastung des Faktors Arbeit, die Wettbewerbsintensität im Dienstleistungssektor, der Zugang zu Eigenkapital und Aspekte des Innovationssystems.

Wettbewerbsfähigkeit ist auch ein wichtiger Aspekt in der „Economic Governance" der Europäischen Union: Während die Macroeconomic Imbalance Procedure Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit betrachtet, stellt die EU 2020-Wachstumsstrategie der EU strukturelle und institutionelle Faktoren in den Vordergrund und bezieht weiters ökologische und soziale Indikatoren mit in die Betrachtung ein.

Einleitung

Wettbewerbsfähigkeit im engeren und im weiteren Sinn

Wettbewerbsfähigkeit (engl. „competitiveness") ist ein vieldiskutierter Begriff: Zum einen wird die Krise in der WWU als Krise der Wettbewerbsfähigkeit einzelner Staaten interpretiert. Dazu kommen die Veröffentlichung von Standortrankings durch diverse Institutionen und Äußerungen von Wirtschaftsvertretern, die regelmäßig zu einer Diskussion über die Wettbewerbsfähigkeit bzw. die Standortqualität Österreichs und dem Vorbringen von Reformvorschlägen führen. Allerdings gibt es keine eindeutige und unumstrittene Definition von Wettbewerbsfähigkeit, weshalb es schwierig ist, die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes zu messen und zu bewerten.

Die Diskussion der Wettbewerbsfähigkeit im vorliegenden Beitrag wird auf Basis der Klassifikation des deutschen Sachverständigenrates (SVR, 2004, S. 461 ff.; siehe auch Ragacs et al., 2011) strukturiert. Gemäß dieser geht ein erstes Konzept davon aus, dass man von Wettbewerbsfähigkeit nur im Zusammenhang von Unternehmen, nicht aber von Staaten, sprechen kann. Nach dieser **engsten Definition** ist Wettbewerbsfähigkeit kein gesamtwirtschaftlich sinnvoll zu diskutierender Begriff. Ein **zweiter, breiterer Zugang** geht davon aus, dass die „ability to sell", „die Fähigkeit, Produkte im internationalen Wettbewerb

[15] Autoren: Christian Beer, Gerhard Fenz, Martin Schneider und Alfred Stiglbauer (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

abzusetzen“ (SVR, 2004), nicht nur von der Produktivität der Unternehmen, sondern auch durch gesamtwirtschaftliche Größen (z. B. Arbeitskosten, Wechselkurse) bestimmt wird.

Noch weiter interpretiert EZB-Präsident Draghi, der Wettbewerbsfähigkeit folgendermaßen definiert: "A competitive economy, in essence, is one in which institutional and macroeconomic conditions allow productive firms to thrive. In turn, the development of these firms supports the expansion of employment, investment and trade.”[16] Ein dritter, sehr weiter Zugang berücksichtigt somit, „dass unternehmerische Wettbewerbsvorteile auf den internationalen Märkten in wichtigen Bereichen auch von den allgemeinen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Heimatland abhängen, die einen wesentlichen Einfluss auf die Produktivitätsentwicklung eines Landes und damit indirekt auch auf dessen preisliche Wettbewerbsfähigkeit ausüben“ (SVR, 2004). Anders formuliert, setzt diese **dritte, am weitesten gehende Definition** Wettbewerbsfähigkeit mit der “Fähigkeit eines Landes [gleich], nachhaltig ein möglichst hohes Einkommen bzw. einen steigenden Lebensstandard zu erzielen“ (SVR, 2004).

Man sieht hier sehr deutlich, dass diese weiteste Definition von Wettbewerbsfähigkeit eigentlich die Determinanten des Wirtschaftswachstums (oder Pro-Kopf-Wachstums) meint. Tatsächlich meinen viele Versuche, die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes zu messen, eigentlich dessen mittel- und längerfristige Wachstumsaussichten und die strukturellen bzw. institutionellen Determinanten derselben. Diese sind nicht nur Gegenstand der ökonomischen Wachstumstheorie, sondern auch von institutionellen Empfehlungen von Seiten der OECD („Going for Growth“, z. B. OECD, 2014) sowie der EU-Kommission im Sinne der Wachstumsstrategie der Europäischen Union, der EU-2020-Strategie. Hieran anknüpfend werden häufig Aspekte der ökologischen Nachhaltigkeit und der Verteilungsgerechtigkeit diskutiert, also ökologische und soziale „Nebenbedingungen“ des Wachstums.

Im Folgenden diskutieren wir gesamtwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit nach dem zweiten und dem dritten Konzept gemäß der Klassifikation des deutschen Sachverständigenrates: Zuerst als engere Definition eine gesamtwirtschaftliche Betrachtung von preislicher und kostenseitiger Wettbewerbsfähigkeit. Im Anschluss daran diskutieren wir als breitere Definition der Wettbewerbsfähigkeit strukturelle Rahmenbedingungen für eine hohe Produktivitätsentwicklung. Wir konzentrieren uns hierbei auf die inputseitigen Faktoren und gehen nicht auf Indikatoren, die den Erfolg messen (z.B. BIP/Kopf), ein.

Engere Definition – Preisliche und kostenseitige Wettbewerbsfähigkeit

Lohnstückkosten als wichtiger Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit

Zur Messung der preislichen und kostenseitigen Wettbewerbsfähigkeit eines Landes werden üblicherweise die Entwicklung des Außenwerts der Landeswährung (der Wechselkurse) sowie einer Reihe von inländischen Preis- und Kostenindikatoren relativ zu den Handelspartnern des Landes betrachtet. In diesem Beitrag wird die kostenseitige Wettbewerbsfähigkeit anhand der Entwicklung der Lohnstückkosten untersucht. Da Österreich den Großteil seines Außenhandels mit den Ländern des Euroraums abwickelt, spielen Wechselkursveränderungen eine relativ geringe Rolle. Die nominellen Lohnstückkosten sind definiert als die nominellen Arbeitskosten einer Volkswirtschaft im Verhältnis zum realen Bruttoinlandsprodukt. Die gesamten nominellen

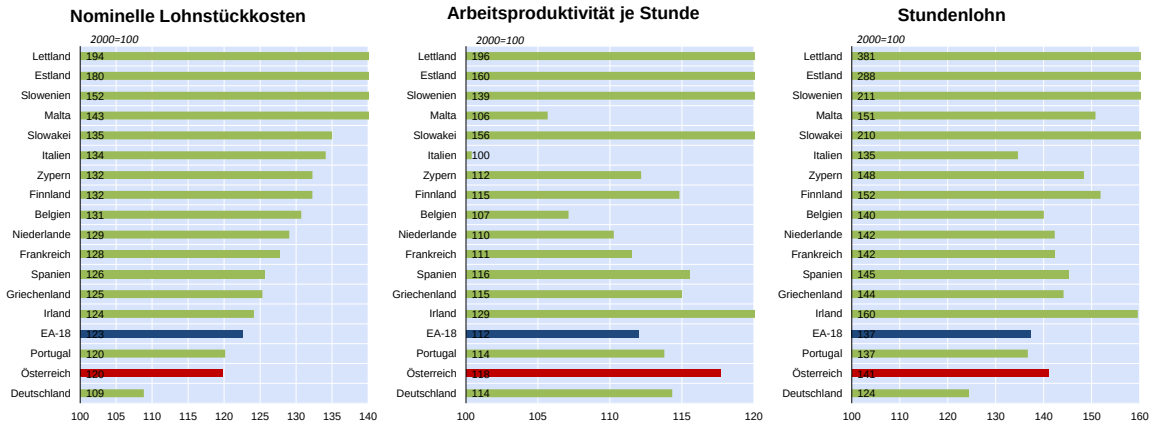
[16] Dieses Definition liegt auch einem derzeit laufenden Forschungsnetzwerk, dem „Competitiveness Network“ (CompNet), an dem auch die OeNB beteiligt ist, zu Grunde. http://www.ecb.europa.eu/home/html/researcher_compnet.en.html

Arbeitskosten ergeben sich aus der Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden mal dem Stundenlohn. Setzt man die Definition der Arbeitsproduktivität (reales BIP je geleisteter Arbeitsstunde) ein, so können die Lohnstückkosten als Stundenlohn durch Arbeitsproduktivität je Stunde dargestellt werden.

$$Lohnstückkosten = \frac{Arbeitskosten}{BIP} = \frac{Arbeitsstunden * Stundenlohn}{BIP} = \frac{Stundenlohn}{Arbeitsproduktivität\ je\ Stunde}$$

Eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität bzw. niedrigere Löhne verringern daher die Lohnstückkosten und verbessern damit die preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Die Verwendung von Lohnstückkosten als Indikator für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft ist jedoch nicht unumstritten, da die Arbeitskosten zwar einen wichtigen, jedoch nicht den einzigen Kostenfaktor von Unternehmen darstellen. So werden beispielsweise bei einer Substitution von Arbeit durch Kapital zwar die Lohnstückkosten gesenkt, was aber nicht zwangsläufig die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbessert.

Grafik 1: Nominelle Lohnstückkosten der Euroraumländer im Jahr 2012 (Index 2000=100)

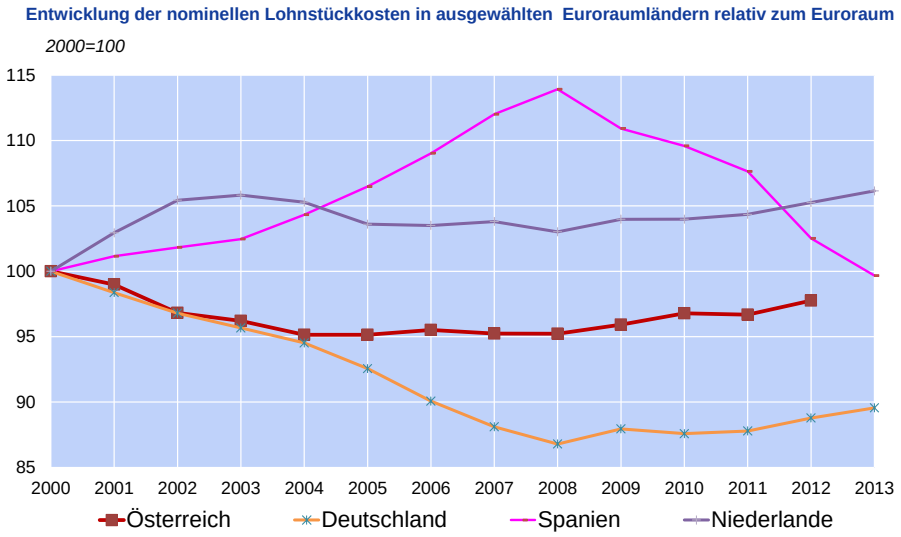


Seit dem Jahr 2000 hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs sehr günstig entwickelt. Die *nominellen Lohnstückkosten* sind bis zum Jahr 2012 um 20 % gestiegen (Grafik 1). Innerhalb des Euroraums (+23 %) hat nur Deutschland ein geringeres Wachstum zu verzeichnen (+9 %). Andere Peer-Länder, wie zum Beispiel die Niederlande, weisen hingegen ein deutlich höheres Wachstum auf (+29 %). Eine Betrachtung der beiden Determinanten der nominellen Lohnstückkosten, der Arbeitsproduktivität und der Arbeitskosten je geleisteter Arbeitsstunde, zeigt, dass die günstige Entwicklung der österreichischen Wettbewerbsfähigkeit in erster Linie einem *starken Wachstum der Produktivität* geschuldet ist. Von den Ländern „Kerneuropas" hat kein anderes Land ein vergleichbar hohes Produktivitätswachstum zu verzeichnen. Der Anstieg der *nominellen Stundenlöhne* liegt in Österreich (+41 %) hingegen knapp über dem Euroraumdurchschnitt (+37 %). Deutschland hat mit einem Anstieg von +24 % die mit Abstand geringsten Lohnsteigerungen aufzuweisen.

Vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2004 hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs im Gleichlauf mit Deutschland durch Lohnmoderation in Verbindung mit einem guten Produktivitätswachstum gegenüber dem Euroraum-Durchschnitt verbessert (Grafik 2). Bis zum Jahr 2008 stagnierten die relativen Lohnstückkosten. Seitdem ist ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Deutschland konnte seine relativen Lohnstückkosten durch Reallohnkürzungen bis zum Jahr 2008 hingegen weiter verbessern. Seit Ausbruch der Krise führen Lohnkürzungen in

Krisenländern, wie Spanien, im Rahmen des erforderlichen „Rebalancing“ zu einer Verschlechterung der österreichischen und der deutschen Position.

Grafik 2: Entwicklung der nominellen Lohnstückkosten in ausgewählten Euroraumländern



Quelle: Eurostat.

Die „externen“ Indikatoren für wirtschaftliche Ungleichgewichte der Macroeconomic Imbalance Procedure

Die „Macroeconomic Imbalance Procedure“ (MIP) der Europäischen Union ist Bestandteil der neuen „economic governance“, die sich die EU in den letzten Jahren gegeben hat. Ziel ist die Verhinderung zukünftiger makroökonomischer Ungleichgewichte. Da die Krise in der WWU als eine Wettbewerbsfähigkeitskrise einzelner Mitgliedstaaten an der Peripherie der Währungsunion zu verstehen ist, sind fünf von insgesamt elf Indikatoren der MIP („Scoreboard“) „externen Ungleichgewichten und der Wettbewerbsfähigkeit“ gewidmet. Tabelle 1 listet die jüngsten Scoreboard-Indikatoren und ihre kritischen Schwellenwerte für Österreich auf (vgl. Europäische Kommission, 2013b).

Mit Ausnahme der Veränderung der (Weltmarkt-)Exportanteile liegt Österreich innerhalb der kritischen Schwellenwerte.[17] Die Scoreboard-Indikatoren zeigen somit keine nennenswerten externen Ungleichgewichte bzw. Wettbewerbsfähigkeitsprobleme an.

[17] Dieser Indikator zeigt für die Mehrheit der Mitgliedstaaten eine deutliche Reduktion der Weltmarktanteile an. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass die Europäische Union insgesamt Weltmarktanteile an stark wachsende Exportstaaten wie China und andere verliert.

Tabelle 1: Indikatoren für externe Ungleichgewichte und Wettbewerbsfähigkeit für Österreich (EK, 2013b)

Indikator	Schwellenwert	Wert für Österreich
3-Jahres-Durchschnitt des Leistungsbilanzsaldos in % des BIP	<-4 / >+ 6 %	2,2 %
Netto-Auslandsposition in % des BIP	<-35 %	0,4 %
3-Jahres-Veränderung des real-effektiven Wechselkurses gegenüber 41 Industrieländern in %	+/- 5 %	-4,7 %
5-Jahres-Veränderung der Exportmarktanteile in %	-6 %	**-21,2 %**
3-Jahres-Veränderung der nominellen Lohnstückkosten	+9 %	4,1 %

Breitere Definition – Strukturelle und institutionelle Determinanten der Produktivitätsentwicklung und des Wirtschaftswachstums.

Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, die die Produktivitätsentwicklung der Unternehmen in einem Land beeinflussen, wirken sich – zumindest indirekt – auch auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit aus. Als Beispiele für die entsprechenden Rahmenbedingungen erwähnt der Sachverständigenrat (2004, S. 464) „die Infrastruktur, das Steuersystem beziehungsweise die Ausgestaltung der gesamten Abgabenbelastung, die Qualität des Bildungssystem sowie Anreize für Investitionen im Allgemeinen und für Innovationstätigkeit im Besonderen". Ähnlich stellt Sala-i-Martin (2010) fest: „*Competitiveness* is defined as the set of institutions, policies, and factors that determine the level of productivity of a country. The level of productivity, in turn, sets the sustainable *level* of prosperity that can be earned by an economy" (Hervorhebung im Original).

Die Vielzahl der angeführten Faktoren zeigt schon, dass eine Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit nach diesem Konzept schwierig ist. Diverse Rankings[18] versuchen eine große Anzahl an potentiellen Einflussfaktoren abzudecken und daraus eine Rangliste der Länder zu erstellen. Die dabei gewählte Vorgehensweise ist aber teilweise methodisch fragwürdig.[19] Darüber hinaus ist es schwierig aus den Rankingergebnissen konkrete Reformvorschläge abzuleiten.[20] Im vorliegen Beitrag wählen wir einen anderen Weg, um Inputfaktoren zur

[18] Zum Beispiel der Global Competiveness Report des World Economic Forums, Doing Business der Weltbank oder das IMD World Competiveness Yearbook.

[19] Ochel und Röhn (2006) finden keinen empirischen Zusammenhang zwischen Wettbewerbsfähigkeitsindikatoren und dem zukünftigen Wirtschaftswachstum. Aiginger et al. (2013) kritisieren, dass Wettbewerbsfähigkeitsrankings noch vor einigen Jahren oftmals kein klares Konzept zu Grunde lag; in den letzten Jahren seien jedoch Fortschritte in Richtung einer verstärkten theoretischen Fundierung festzustellen.

[20] Für einen Überblick zu Österreichs Stellung in verschiedenen Rankings siehe WKÖ (2014). Eine Diskussion von Rankings sowie aktuelle Einschätzungen zur Wettbewerbsfähigkeit Österreichs finden sich in Gnan und Kronberger (2014).

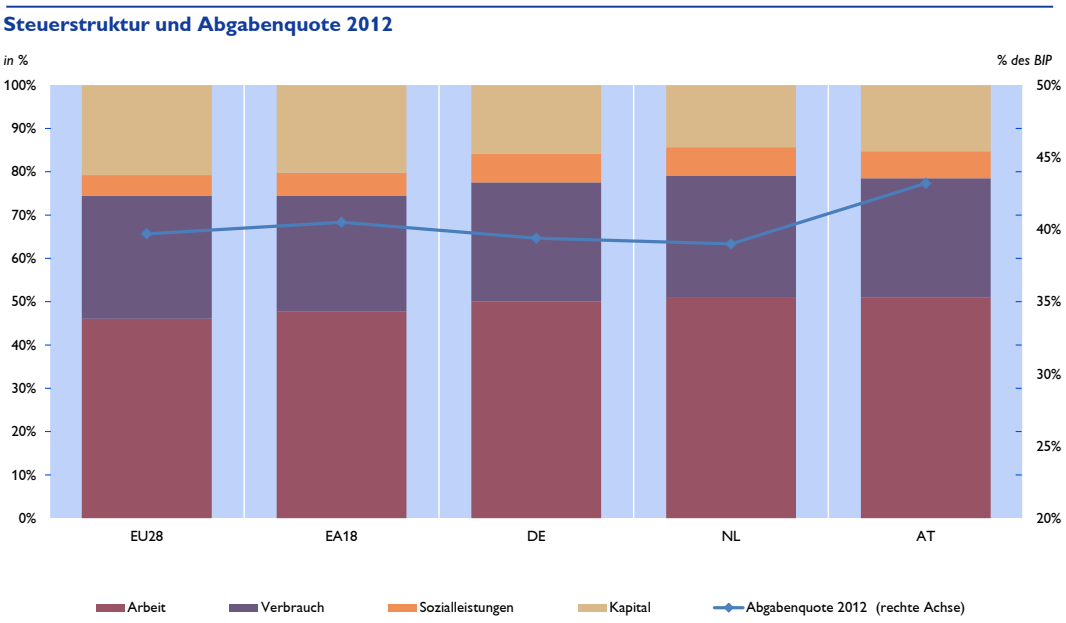
Erhaltung der zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit herauszufiltern und zwar ziehen wir zu diesem Zweck die Analysen und die Empfehlungen der Europäischen Kommission und der OECD heran.

Empfehlungen der Europäischen Kommission und der OECD

Betrachtet man die Einschätzung dieser Institutionen (z.B. EK, 2013a, 2014b; OECD, 2013a, b) zeigt sich, dass Österreichs Stellung bei vielen gemäß dem verwendeten Konzept der Wettbewerbsfähigkeit relevanten Faktoren im EU-Vergleich relativ gut ist. Es gibt allerdings einige Bereiche, in denen Reformen wünschenswert wären, wenn Österreich seine Wettbewerbsfähigkeit in Zukunft erhalten oder verbessern möchte. In dieser Hinsicht werden das Arbeitskräftepotenzial und das Arbeitskräfteangebot, der Wettbewerb im Dienstleistungssektor und in den Netzwerkindustrien, die Verfügbarkeit von Eigenkapital sowie Aspekte des Innovationssystems genannt.

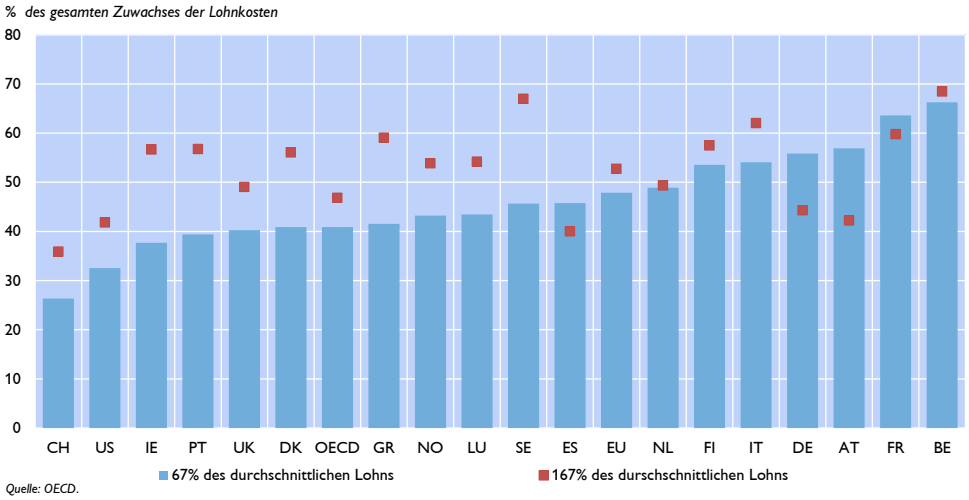
Auf das Arbeitskräfteangebot wirkt sich unter anderem die hohe Besteuerung des Faktors Arbeit, insbesondere der hohe Eingangsgrenzsteuersatz der Einkommensteuer (36,5 % bei einem Jahreseinkommen ab 11.000 EUR) negativ aus. Wie Grafik 3 zeigt, stammen rund 51 % des österreichischen Steueraufkommens aus dem Faktor Arbeit; Kapital trägt hingegen lediglich knapp 15 % bei. Grafik 4 zeigt den „marginal tax wedge on labour", also das Verhältnis des Zuwachses des Nettolohns und der Lohnkosten im Fall einer Lohnerhöhung. Es zeigt sich, dass in Österreich Arbeit – insbesondere bei niedrigen Einkommen – steuerlich stark belastet wird. Dies stellt einen negativen Anreiz zur Arbeitsaufnahme für Personen mit geringer Qualifikation und zur Erhöhung der Arbeitszeit für Zweitverdiener dar. Die Wirkung wird durch eine Reduktion der Sozialleistungen bei steigendem Einkommen oder zusätzliche Kinderbetreuungskosten bei Vollzeitarbeit verstärkt. Die EK (2014b) empfiehlt in diesem Zusammenhang eine Verringerung der steuerlichen Belastung der Arbeit durch Verlagerung auf beispielsweise die periodische Besteuerung von unbeweglichem Vermögen, da derartige Steuern dem Wachstum weniger abträglich sind.

Grafik 3: Steuerstruktur und Abgabenquote



Quelle: Eurostat.

Grafik 4: Steuerliche Belastung des Faktors Arbeit



Quelle: OECD.

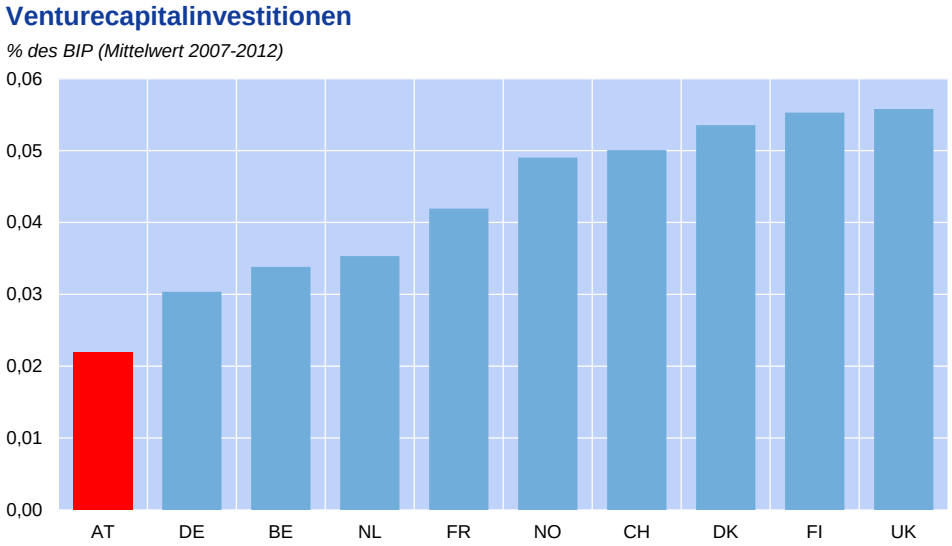
Unterschied gesamter Zuwachs der Lohnkosten und Nettolohn bei einer Lohnerhöhung von EUR 1 in % des gesamten Zuwachses der Lohnkosten.

Weiters wird angeregt, die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu erhöhen. Hierfür können Maßnahmen im Pensionssystem gesetzt werden, z.B. die Erhöhung des effektiven Pensionsalters sowie die raschere Angleichung des Pensionsalters von Männern und Frauen sowie die Anpassung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters an die Lebenserwartung (z.B. EK, 2014b). Darüber hinaus wird die Verringerung von Hindernissen für die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer empfohlen (OECD, 2013a). Sowohl die OECD (2013a) als auch die EK (2013a, 2014b) merken an, dass Österreich das Potenzial von Personen mit Migrationshintergrund nicht vollständig nützt und dass aufgrund des demographischen Wandels und einer qualifikationsintensiveren Produktion Anpassung in den durch das Ausbildungssystem vermittelten Kompetenzen zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit notwendig sind. Zum Beispiel betrachtet EK (2013a) den Mangel an gut ausgebildeten Arbeitskräften und Forschern als ein längerfristiges Risiko. Es wird empfohlen, im Ausbildungssystem in Zukunft allgemeinere und höhere Kompetenzen zu vermitteln (OECD, 2013a) sowie Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils an Hochschulabsolventen und zur Verringerung von Studienabbrüchen (OECD, 2013b) zu setzen.

Hinsichtlich der Wettbewerbsintensität diskutiert die OECD (2013a, b) den geringen Wettbewerb in den Netzwerkindustrien, bei den freien Berufen und im Einzelhandel. Die OECD (2013a) erachtet einen funktionierenden Wettbewerb im Dienstleistungssektor als wesentlich, da Dienstleistungen einen bedeutenden Input für das außenhandelsorientierte verarbeitende Gewerbe darstellen. Dies zeigt sich auch darin, dass gemäß den Trade-in-Value-Added-Daten der OECD Dienstleistungen bereits die Hälfte der Wertschöpfung der österreichischen Exporte ausmachen. Die OECD (2013a) empfiehlt daher die Lockerung restriktiver Vorschriften für reglementierte Gewerbe sowie freie Berufe und urgiert die Sicherstellung eines kosteneffizienten Zugangs für neue Anbieter zu Netzwerkindustrien. Die EK (2013a, 2014b) schlägt eine Liberalisierung bei der Zulassung von Interdisziplinären Unternehmen (Zusammenarbeit von z.B. Notaren und Rechtsanwälten oder freien Berufen und Gewerbeberufen), wodurch Effizienzgewinne erzielt und Transaktionskosten gesenkt werden könnten.

Betrachtet man den Zugang der österreichischen Unternehmen zur Finanzierung, zeigt sich, dass Außenfinanzierung in Form von Bankkrediten ausreichend zur Verfügung steht und die Situation besser ist als in vielen anderen Euroraumländern. Allerdings gibt es Verbesserungspotenzial bei der Eigenkapitalfinanzierung. Eigenkapital ist innerhalb des Finanzierungsmix eines Unternehmens insbesondere zum Zwecke der Finanzierung von Innovationen und Neugründung von besonderer Relevanz. Bei der Finanzierung von Neugründungen kann Venturecapital als spezielle Finanzierungsform eine wichtige Rolle übernehmen. Die Venture-Capital-Investitionen in österreichische Unternehmen sind allerdings im europäischen Vergleich relativ niedrig. Die OECD (2013a) hält es für möglich, dass Österreich aufgrund der geringen Venture-Capital-Investitionen sein Innovationspotenzial nicht vollständig ausnützt; die EK (2013a) sieht einen Zusammenhang zwischen den rückläufigen Ausgaben des privaten Sektors für Forschung und Entwicklung in den letzten Jahren und dem wenig entwickelten Markt für Risikokapital. Um eine stärkere Verbreitung von Venture-Capital-Investitionen in österreichische Unternehmen zu erreichen, empfiehlt die EK (2013a) eine Änderung der gesetzlichen Regelungen (z.B. hinsichtlich der Gesellschaftsform für Risikokapitalfonds und der steuerlichen Behandlung der Anlageinstrumente) und die OECD (2013a) die Förderung der Nutzung der öffentlichen Programme zur Bereitstellung von Risikokapital und eine effektivere Verbreitung von internationalem Fachwissen.

Grafik 5: Venture-Capital-Investitionen



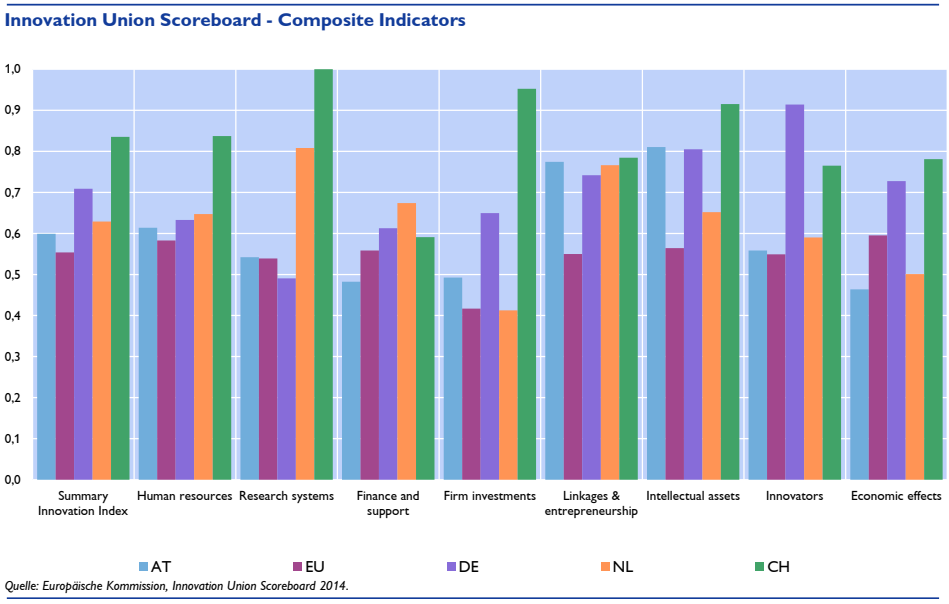
Quelle: European Private equity and Venture capital Association (EVCA).

Auch wenn Österreichs Ausgaben für Forschung und Entwicklung im EU-Vergleich relativ hoch sind, gibt es auch im Innovationssystem Defizite. Gemäß dem Innovation Union Scoreboard 2014 (EK, 2014a), zählt Österreich zu den „innovation followers", also zu den Mitgliedsstaaten mit einer Innovationsleistung über oder nahe dem EU-Durchschnitt.[21] Betrachtet man die zusammengefassten Indikatoren für jede der acht im Innovation Union

[21] Neben Österreich werden auch Belgien, Zypern, Estland, Frankreich, Irland, Luxemburg, die Niederlande, Slowenien und das Vereinigte Königreich zu den „innovation followers" gezählt. „Innovation leaders" (Mitgliedsstaaten mit einer Innovationsleistung weit über dem EU-Durchschnitt) sind Deutschland, Dänemark, Finnland und Schweden.

Scoreboard berücksichtigten Innovationsdimensionen zeigt sich, dass Österreich insbesondere in den Bereichen "finance and support" aufgrund der geringen Risikokapitalinvestitionen und „economic effects", die widerspiegeln, wie sich fehlende Innovationen auf die gesamte Volkswirtschaft auswirken (u. a. geringer Anteil von Hightechprodukten und wissensintensiven Dienstleistungen an den Exporten), relativ schlecht abschneidet.

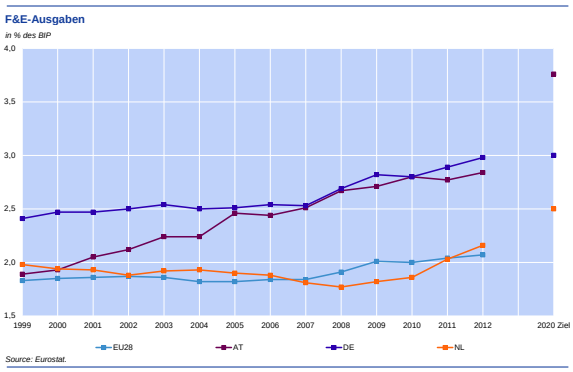
Grafik 6: Innovation Union Scoreboard

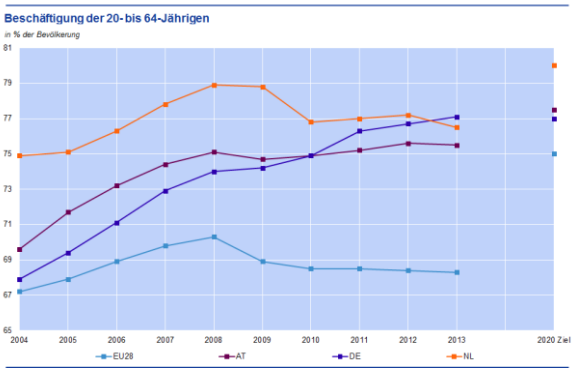


Indikatoren der EU-2020-Strategie

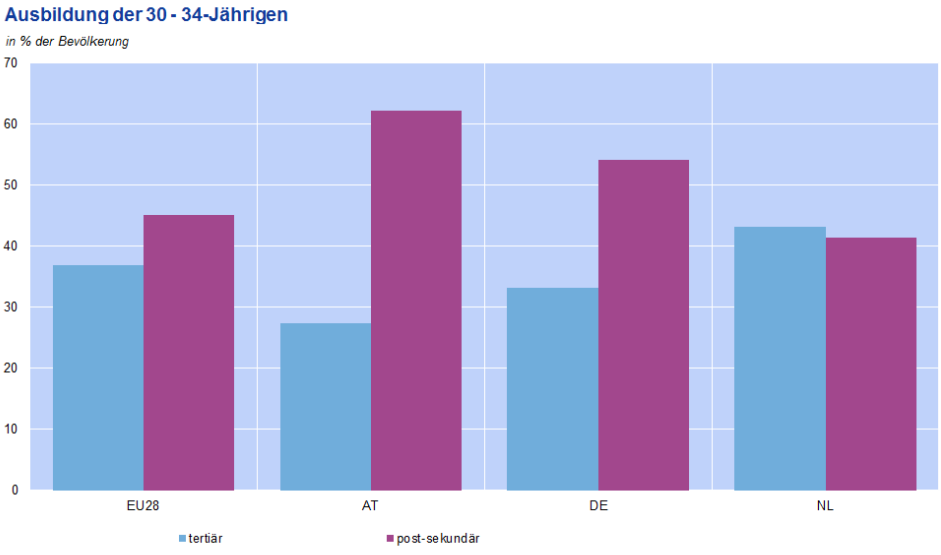
Die EU-2020-Wachstumsstrategie der Europäischen Union setzt sich „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum" zum Ziel. Im Vordergrund stehen strukturelle und institutionelle Faktoren des Wirtschaftswachstums. Die EU-2020-Strategie umfasst insgesamt fünf quantitativ messbare Kernziele[22]. Drei davon stellen auf die Beschäftigung, die Forschung und Entwicklung sowie auf die Bildung ab.

Grafiken 7 bis 9: EU-2020-Indikatoren zu Forschung & Entwicklung,





[22] Teilweise sind die Ziele noch in Unterziele gegliedert. Vgl. http://ec.europa.eu/europe2020/.



Bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung in % des BIP hat Österreich in den vergangenen Jahren starke Zuwächse zu verzeichnen. Dennoch liegen diese Ausgaben noch deutlich unter dem (sehr ambitionierten) Zielwert für 2020. Bei der Beschäftigung der 20- bis 64-Jährigen liegt Österreich deutlich über dem EU-Durchschnitt und wird den Zielwert wohl erreichen. Bei der Bildung verzeichnet Österreich einen relativ geringen Anteil von Menschen mit einem tertiären Bildungsabschluss. Österreich hat aber überdurchschnittlich viele Menschen mit einem (höheren) Sekundarabschluss, was vor allem auf den hohen Anteil von Maturanten von Berufsbildenden Höheren Schulen zurückzuführen ist. Auch hier wird Österreich wohl die Zielsetzung erreichen.[23]

Über Produktivität und Wirtschaftswachstum hinaus

Die EU-2020-Strategie umfasst nicht nur Indikatoren im Sinne der hier verwendeten weitesten Definition von Wettbewerbsfähigkeit, sondern geht mit der Einbeziehung von ökologischen und sozialen Zielen noch einen Schritt weiter. Es gibt u. a. Zielwerte für die Verringerung der Treibhausgasemissionen und der Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Menschen. Dieser Ansatz wird etwa in der „Beyond GDP"-Diskussion verfolgt (vgl. Stiglitz et al., 2009). Die Einbeziehung sozialer und ökologischer Aspekte mag für manche zu weit weg von der Diskussion über Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumschancen führen. Aiginger et al. (2013) weisen jedoch darauf hin, dass derartige Zielsetzungen als Nebenbedingungen für Wirtschaftswachstum sowie als Faktoren, die – bei Nichtbeachtung – das Wachstum destabilisieren können, begriffen werden können.

[23] Im Detail ist die nationale Zielsetzung für Österreich eine Summe von Tertiärabschlüssen und BHS-Maturanten (ISCED 4a-Abschlüssen). Diesbezüglich liegt Österreich schon jetzt nahe am Zielwert.

Literatur

Aiginger, K. Bärenthaler-Sieber, S. und J. Vogel. (2013). Competitiveness under New Perspectives. WWW for Europe Forschungsbericht. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Oktober.

EK (2013a). Industrial Performance Scoreboard and Performance and Implementation of EU Industrial Policy. Commission Staff Working Document, SWD (2013) 346.

EK (2013b). Alert Mechanism Report 2014. Report from the Commission to the European Parliament, the European Central Bank and the European Economic and Social Committee. 13 November.

EK (2014a). Innovation Union Scoreboard 2014. Europäische Kommission.

EK (2014b). Council Recommendation on Austria's 2014 national reform programme and delivering a Council opinion on Austria's 2014 stability programme. SWD (2014) 421. June.

Gnan, E., Kronberger, R. (Hrsg). (2014). Schwerpunkt Außenwirtschaft 2013/2014. Facultas. Wien.

Ochel, W. und O. Röhn. „Ranking of countries – The WEF, IMDk, Fraser and Heritage Indices", CES-ifo DICE Report 2/2006.

OECD (2013a). OECD Economic Surveys: Austria 2013. OECD Publishing. http://dx.doi.org/10.1787/eco_surveys-aut-2013-en.

OECD (2013b). Economic Policy Reforms 2013: Going for Growth, OECD Publishing. http://dx.doi.org/10.1787/growth-2013-en .

OECD (2014). Economic Policy Reform 2014: Going For Growth Interim Report, OECD Publishing. http://dx.doi.org/10.1787/growth-2014-en.

Ragacs, C., Resch, B. und K. Vondra. (2011). Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Sachgütererzeugung. Geldpolitik & Wirtschaft Q3/11. S. 38-65.

Sachverständigenrat (2004). Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland. Jahresgutachten 2004/05 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Sala-i-Martin, X. (2010). The Economics behind the World Economic Forum's Global Competitiveness Index. In: De Grauwe, P. (editor): Dimensions of Competitiveness. The MIT Press. S. 1-18.

Stiglitz, J., Sen, A. und J.-P. Fitoussi. Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. Paris.

WKÖ [Wirtschaftskammer Österreich] (2014) Monitoring Report, www.wko.at/monitoringreport.

Gemanagte Finanzinvestitionen der Haushalte und Auslandsaktivitäten des Unternehmenssektors bestimmten das Finanzverhalten des privaten Sektors im Jahr 2013[24]

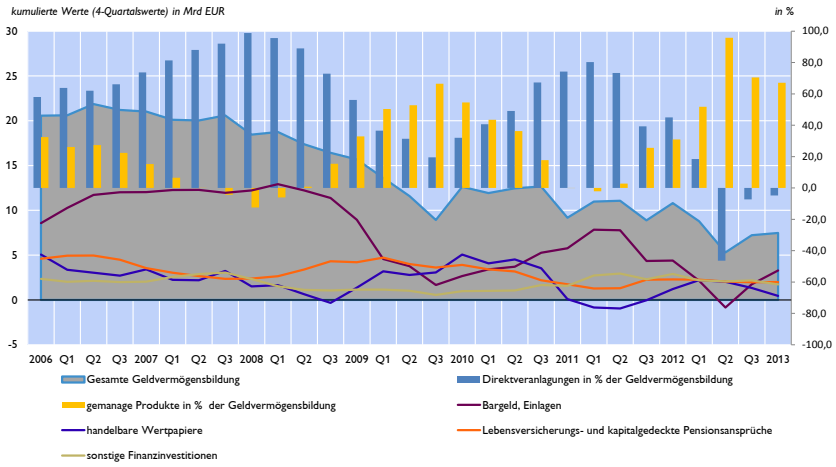
Die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte ging – im Gleichklang mit der Ersparnisbildung im Jahr 2013 – im Vergleich zu 2012 zurück. Von den gesamten finanziellen Investitionen in Höhe von 7,5 Mrd EUR entfielen im Jahr 2013 zwei Drittel auf gemanagte Finanzprodukte (Investmentzertifikate, Lebensversicherungsansprüche und kapitalgedeckte Pensionsansprüche). Die nichtfinanziellen Unternehmen holten sich im Jahr 2013 bei ihrer Außenfinanzierung in Höhe von 13,1 Mrd EUR die Mittel vor allem in Form von Eigenkapitalfinanzierungen (und hier insbesondere von ausländischen Kapitalgebern). Bei den finanziellen Investitionen der Unternehmen im Jahr 2013 (14,3 Mrd EUR) spielte der Erwerb von grenzüberschreitenden Anteilspapieren eine entscheidende Rolle.

Gemanagte Finanzinvestitionen dominierten die Geldvermögensbildung der Haushalte

Die Geldvermögensbildung des Haushaltssektors betrug gemäß den aktuellen Daten aus der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung (GFR) im Jahr 2013 7,5 Mrd EUR, ein Rückgang von 3,3 Mrd EUR (31 %) gegenüber 2012. Der finanzielle Vermögensaufbau betrug in den letzten vier Quartalen 4,1 % des verfügbaren Einkommens, die realwirtschaftlichen Investitionen machten im selben Beobachtungszeitraum 3,4 % aus. Die Finanzierung der gesamten finanziellen und nichtfinanziellen Investitionen erfolgte zum Großteil über die Ersparnisbildung. Daneben erhielt der Haushaltssektor netto Kapitaltransfers in Höhe von 0,4 % und finanzierte sich über Kredite im Ausmaß von 0,5 % des netto verfügbaren Einkommens. Grafik 1 illustriert das gesamte Mittelaufkommen und dessen Verwendung.

Grafik 1

Geldvermögensbildung des Haushaltssektors



Quelle: OeNB.

[24] Autoren: Michael Andreasch, Stefan Wiesinger (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken).

Haushalte investierten mit zwei Drittel der gesamten Geldvermögensbildung im Jahr 2013 überdurchschnittlich viel in gemanagte Finanzprodukte – im Vergleich zu durchschnittlich 29 % in den letzten zehn Jahren. Diese Kategorie setzt sich aus Investmentzertifikaten, Lebensversicherungsansprüchen und kapitalgedeckten Pensionsansprüchen, die ihrerseits wieder als wesentlichen Teil des Deckungsstocks Investmentzertifikate hatten, zusammen. Investmentzertifikate wurden sowohl im Vergleich zum Vorjahr als auch im Vergleich zum Durchschnittswert der letzten zehn Jahre wieder deutlich stärker netto gekauft. Das Transaktionsvolumen (mit Schwerpunkt auf Immobilien- und Rentenfonds) belief sich 2013 auf 3,0 Mrd EUR und machte damit 40 % der gesamten Geldvermögensbildung in dieser Beobachtungsperiode aus. Die Lebensversicherungsansprüche sowie die kapitalgedeckten Pensionsansprüche, die im Wesentlichen gegenüber inländischen Pensionskassen bestehen, erhöhten sich transaktionsbedingt um 2 Mrd EUR im Jahr 2013 (das ist mehr als ein Viertel der gesamten Geldvermögensbildung im Berichtsjahr). Der Wert der gemanagten Finanzprodukte betrug zum Jahresende 2013 139 Mrd EUR und machte ein Viertel des gesamten Finanzvermögens aller Haushalte aus.

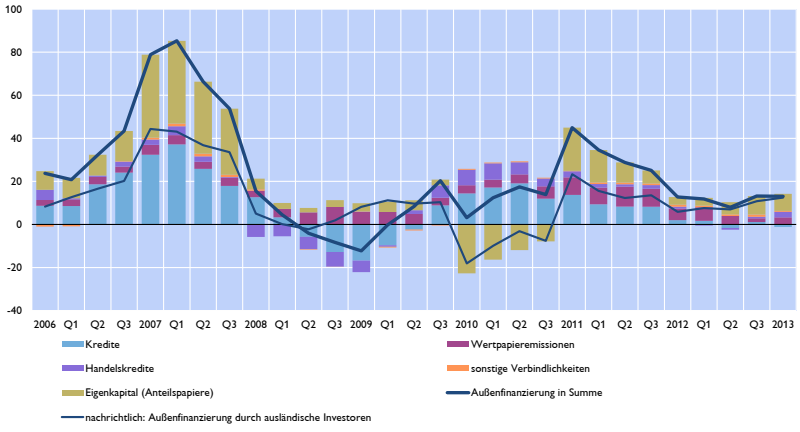
Auslandsaktivitäten der Unternehmen als wesentlicher Teil der Außenfinanzierung

Die nichtfinanziellen Unternehmen hatten im Jahr 2013 mit 13,1 Mrd EUR eine gegenüber 2012 (+3 %) leicht gestiegene Außenfinanzierung. Dabei änderte sich die Struktur der Außenfinanzierung deutlich. Der primäre Grund für diese Umstrukturierung war ein seit 2011 rückläufiger Anteil der Finanzierung durch verzinsliche Wertpapiere sowie ein starker Anstieg von ausgegebenen Anteilspapieren. Erstmals seit 2009 hatte die Eigenkapitalfinanzierung in Höhe von 8 Mrd EUR - die zu mehr als 90 % von ausländischen Kapitaleignern (meist in Form von Direktinvestitionen) stammten - mit einem Anteil von 61 % an der gesamten Außenfinanzierung für nichtfinanzielle Unternehmen im Jahr 2013 einen höheren Stellenwert als die Fremdkapitalfinanzierung (39 %). Von der gesamten Außenfinanzierung entfiel mit 12,5 Mrd EUR der überwiegende Teil auf ausländische Kapitalgeber. Neben dem Erwerb von Anteilspapieren waren ausländische Investoren auch beim Nettoabsatz von verzinslichen Wertpapieren tonangebend.

Grafik 2

Außenfinanzierung inländischer nichtfinanzieller Unternehmen

in Mrd EUR (kumulierte 4-Quartalswerte)



Quelle: OeNB:.

Weitere Details zum Finanzverhalten des privaten Sektors sind im Heft Q2/14 von „Statistiken – Daten und Analysen“ der Oesterreichischen Nationalbank (siehe auch www.oeb.at) dargestellt.

Dienstleistungserfolge beflügeln Außenwirtschaft[25]

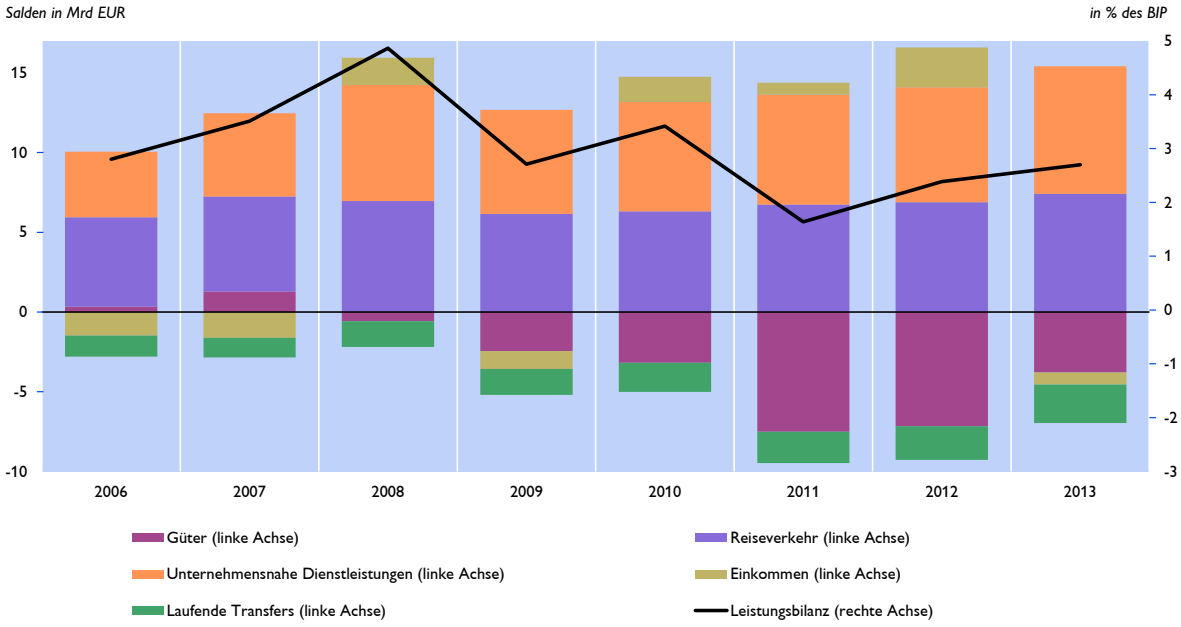
Aktuelle Entwicklungen der österreichischen Zahlungsbilanz

Mit 8,5 Mrd EUR bzw. 2,7 % des BIP übertraf Österreichs Leistungsbilanzüberschuss im Jahr 2013 das gute Vorjahresergebnis (7,3 Mrd EUR) nochmals deutlich. Die Herausforderungen des global ungünstigen Wirtschaftsumfelds wurden bislang vergleichsweise gut bewältigt. Es wird jedoch in Zukunft von zentraler Bedeutung sein, dass Österreich durch attraktive Rahmenbedingungen seine hohe Wettbewerbsfähigkeit und makroökonomische Stabilität aufrechterhält. Die heimischen Dienstleistungsexporte – insbesondere jene mit hohem Technologieanteil – waren 2013 so erfolgreich wie nie zuvor. Auch die Tourismuswirtschaft verzeichnete mit Nettoeinnahmen von 7,5 Mrd EUR das ertragreichste Jahr ihrer Geschichte. Gleichzeitig hat sich das Güterdefizit im Jahr 2013 infolge rückläufiger Importe halbiert. Österreichs Kapitalverkehr leidet dagegen weiterhin unter den Nachwirkungen der Finanzkrise. Zentral-, Ost- und Südosteuropa hat als Anlageregion bei österreichischen Direktinvestoren vorerst deutlich an Attraktivität verloren.

Österreich erzielte 2013 mit knapp 8,5 Mrd EUR bzw. 2,7 % des BIP erneut einen deutlichen Leistungsbilanzüberschuss. Österreichs Leistungsbilanzentwicklung, die seit rund zehn Jahren Überschüsse zeigt, verläuft innerhalb der Richtwerte der EU-Kommission. Diese hat Österreich im Rahmen einer regelmäßigen Überprüfung erst kürzlich wieder als makroökonomisch stabil beurteilt.

Grafik 1

Entwicklung und Zusammensetzung der Leistungsbilanz



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Bis 2011 endgültige Daten, 2012 revidierte Daten, 2013 provisorische Daten.

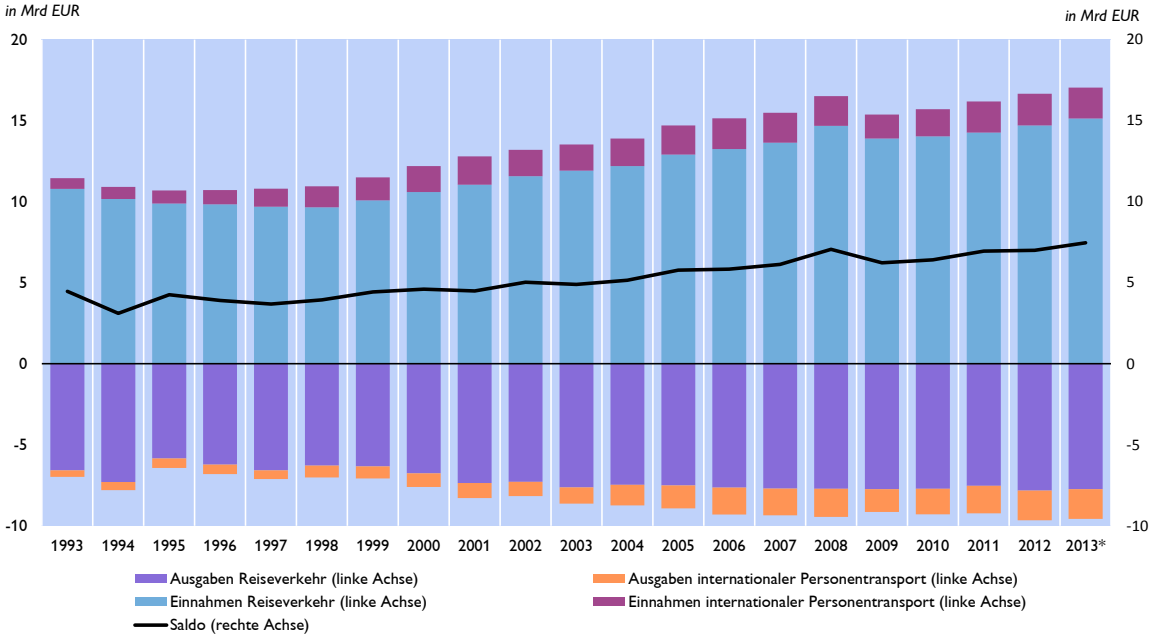
[25] Autor: Matthias Fuchs (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken).

Österreichs Dienstleistungsverkehr (einschließlich Tourismus) erreichte mit +15,4 Mrd EUR den höchsten bislang gemessenen Überschuss. Kommerzielle Dienstleister – vor allem das Ingenieurswesen, die EDV-Branche, die Forschung und Entwicklung sowie der Handel – haben die bisherigen Höchstwerte des Jahres 2008 inzwischen übertroffen. Es ist besonders hervorzuheben, dass die Industrie längst nicht mehr nur Waren, sondern auch Dienstleistungen exportiert. So entfallen bereits 16 % der Dienstleistungsexporte (rund 5,5 Mrd von insgesamt 34 Mrd EUR im Jahr 2013) auf die Industrie. Knapp die Hälfte der Dienstleistungsexporte entfällt allerdings auf auslandskontrollierte Unternehmen, was für die Standortfrage naturgemäß von besonderer Bedeutung ist.

Der heimische Tourismus verzeichnete im Jahr 2013 gleich mehrere Rekorde: Ausländische Touristen haben mehr als 15 Mrd EUR in Österreich ausgegeben. Das sind die höchsten jemals erzielten Einnahmen. Angesichts leicht rückläufiger Ausgaben der Österreicher für Auslandsreisen stieg der Überschuss aus der Reiseverkehrsbilanz auf 7,5 Mrd EUR, ebenfalls ein noch nie dagewesener Wert. Mit beinahe 25 Mio Ankünften von Ausländern konnte somit zum vierten Mal in Folge ein Rekordergebnis erzielt werden.

Grafik 2

Einnahmen und Ausgaben aus dem Reiseverkehr



Quelle: OeNB.
Bis 2011 endgültige Daten, 2012 revidierte Daten, 2013 provisorische Daten.

Die Bilanz der Einkommensströme zeigt 2013 zwar ein kleines Minus, ein positiver Trend ist jedoch unübersehbar, da die anhaltenden Überschüsse im Dienstleistungshandel laufend die Auslandsverschuldung reduzieren und somit die Einkommensbilanz entlasten.

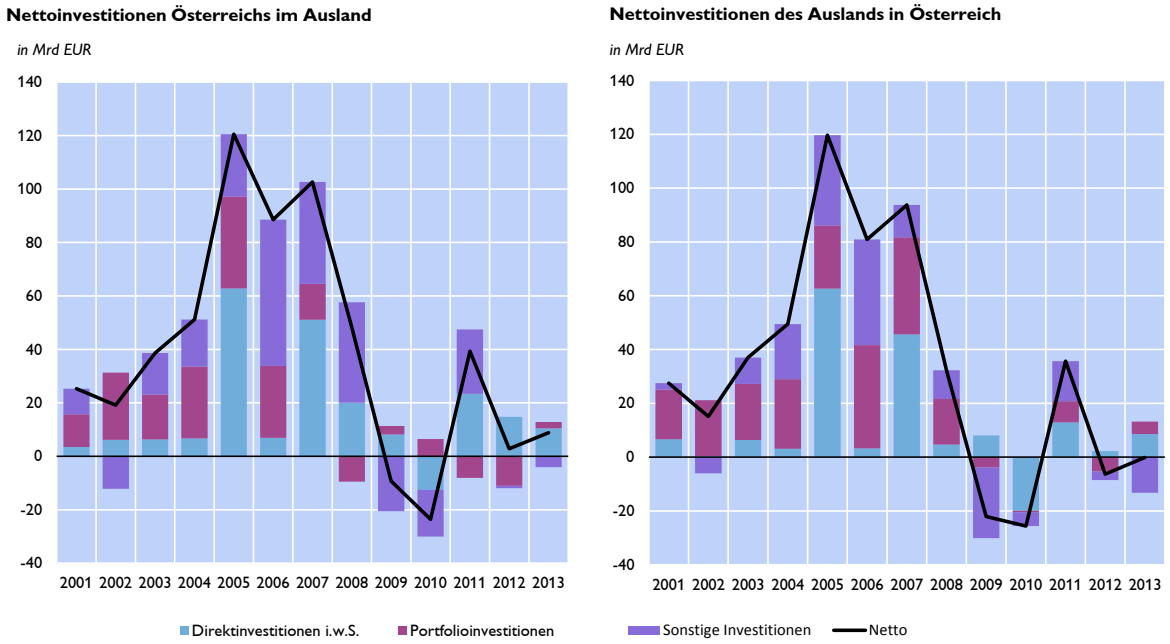
Das Handelsdefizit hat sich auf 3,8 Mrd EUR halbiert. Der Güterhandel konnte sich der weltweiten Wachstumsschwäche nicht entziehen. Die Exporte haben sich nur schwach entwickelt, die Importe sind zurückgegangen. Wichtige Wachstumsimpulse

kamen 2013 sowohl aus Russland als auch aus den Erdöl exportierenden Staaten des Nahen Ostens.

Der grenzüberschreitende Kapitalverkehr Österreichs zeigt nach wie vor bei Weitem nicht jene Dynamik wie vor Ausbruch der Finanzkrise. Im Vergleich zum Vorjahr ist jedoch teilweise eine gewisse Belebung auf geringem Niveau erkennbar. Österreichs Nettoveranlagungen waren 2013 immerhin deutlich im Plus: Direktinvestoren veranlagten 10,5 Mrd EUR im Ausland, Wertpapierveranlagungen beliefen sich auf 2,4 Mrd EUR. Kredit- und Einlagenforderungen wurden dagegen per saldo um 4 Mrd EUR abgebaut. Ausländische Investoren zogen 2013 in Summe mit 0,1 Mrd EUR deutlich weniger Kapital aus Österreich ab als noch 2012 (-6,3 Mrd EUR).

Grafik 3

Komponenten der österreichischen Kapitalbilanz



Quelle: OeNB.
Bis 2011 endgültige Daten, 2012 revidierte Daten, 2013 provisorische Daten.

Eingebrochen sind im Jahr 2013 hingegen die österreichischen Direktinvestitionen in Zentral-, Ost- und Südosteuropa. Das Investitionsvolumen von 1,5 Mrd EUR war das Geringste seit dem Jahr 1999. Nur noch Kroatien, die Tschechische Republik und die Republik Serbien befanden sich unter den zehn beliebtesten Investitionsländern. Mehr als 80 % der Investitionen des Jahres 2013 flossen in die Niederlande, nach Deutschland und Norwegen.

Annex

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik – EU[26] und international[27]

Zeitraum 11. April bis 12. Juni 2014

1) EU, Eurosystem, ESZB

16. April 2014	EP	Das EU-Parlament stimmt den gesetzlichen Grundlagen für die Bankenunion zu: 1. die Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie für Banken (Bank Recovery and Resolution Directive, BRRD), für alle EU-Länder. 2. die gesetzliche Grundlage für einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus im Euroraum (Single Resolution Mechanism, SRM) für finanzschwache Banken. 3. die Richtlinie zur Sicherung der Einlagen von Sparern (Deposit Guarantee Schemes, DGS).
28. April 2014	EK	Siim Kallas, Vizepräsident der EK, unterzeichnet die Vereinbarung über das neue EU-Makrofinanzhilfe-Darlehensprogramm für die Ukraine im Umfang von 1 Mrd EUR. Die EU-Mittel sollen einen Teil des dringenden Außenfinanzierungsbedarfs der Ukraine decken und werden seitens EU im Zusammenhang mit dem am 30.April 2014 genehmigten IWF-Programm vergeben (siehe unten). Bedingung für die Auszahlung der Hilfe sind spezifische in der Vereinbarung festgelegte wirtschaftspolitische Voraussetzungen sowie die erfolgreiche Umsetzung des IWF Stand-by Arrangement (SBA)..
5. Mai 2014	Eurogruppe	- Die Euroraum Finanzminister unterstützen die Entscheidung Portugals, das makroökonomische Anpassungsprogramm ohne Folgeprogramm, zu verlassen. Portugal verlässt als drittes Land – nach Irland und Spanien – das Anpassungsprogramm. - Die Finanzminister begrüßen die Auszahlung durch die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) an Griechenland von 6,3 Mrd EUR Ende April. Weitere Tranchen werden im Juni und Juli fällig, sofern die notwendigen Meilensteine erreicht werden. - Die vorgeschlagenen Voraussetzungen für den Einsatz der Direkten Bankenrekapitalisierung durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) stoßen auf breite Zustimmung in der Eurogruppe. Voraussetzungen: Übergangsjahr 2015: Minimum Bail-In 8 % der Total Liabilities und Einsatz der National Resolution Funds bis zur Höhe des Target Levels 2015;

[26] Autorin: Majken Corti (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

[27] Autorin: Andrea W. Hofer (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

		ab 2016: Bail-In gemäß BRRD.
6. Mai 2014	ECOFIN	Bezüglich der Verhandlungen betreffend die Finanztransaktionssteuer (FTT) wird eine politische Einigung erzielt (Ausnahme Slowenien). Einwände der nicht-teilnehmenden Mitgliedstaaten beziehen sich auf Exterritorialität, wachstumshemmende Faktoren und mangelnde Transparenz bei der Entscheidungsfindung der teilnehmenden Mitgliedstaaten.
6. Mai 2014	EK	Die EK veröffentlicht die Frühjahrsprognose 2014. Demnach wird eine allmähliche und regional ausgewogene Erholung der Wirtschaft in der EU erwartet. Das Deflationsrisiko wird als gering eingeschätzt. Allerdings weist die EK auf erhöhte geopolitische Risiken infolge der Ukraine-Krise hin. Auch für Österreich erwartet die EK einen graduellen Wirtschaftsaufschwung, mit 1,6 % realem BIP-Wachstum für 2014 und 1,8 % für 2015. Allerdings rechnet die EK mit einem Anstieg des Budgetdefizits auf 2,8 % des BIP durch Kosten für die Errichtung einer öffentlichen Abwicklungsanstalt sowie erwarteter weiterer Kapitalzufuhren für die Hypo Alpe Adria.
21. Mai 2014	SRM	Vertreter von 26 EU Mitgliedsstaaten (alle außer Großbritannien und Schweden) unterschreiben die zwischenstaatliche Vereinbarung betreffend die Überweisung und Mutualisierung der Beiträge zum SRM.
4. Juni 2014	EK/EZB	EZB und EK veröffentlichen zeitgleich ihre 2014 Konvergenzberichte. Demnach erfüllt Litauen sämtliche Konvergenzkriterien. Die EK empfiehlt eine Euroeinführung in Litauen per 1. Jänner 2015. Die finale Entscheidung wird vom ECOFIN im Juli getroffen. Mit dem Beitritt des 19. Mitgliedslandes zum Euroraum beginnt im EZB-Rat die Rotation der Stimmrechte, zunächst in einem Zweigruppen-Modell.
5. Juni 2014	EZB	1. Zur Bekämpfung der niedrigen Inflation im Euroraum beschließt der EZB-Rat eine weitreichende geldpolitische Lockerung. Ab 11. Juni 2014 werden Zinssätze wie folgt verringert: - Der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte von 0,25 % auf 0,15 %. - Der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität von 0,75 % auf 0,4 %. - Der Zinssatz für die Einlagefazilität fällt auf erstmalig minus 0,1 %. Zuletzt blieben diese Einlagen unverzinst. Ausgenommen vom negativen Zins ist die gesetzliche Mindestreserve, die Banken für Einlagen ihrer Kunden bei der Zentralbank hinterlegen müssen. 2. Zur Verbesserung des Funktionierens des geldpolitischen Transmissionsmechanismus durch Unterstützung der Kreditvergabe an die Realwirtschaft beschließt der EZB-Rat folgende Maßnahmen: - die Durchführung einer Reihe von gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (GLRGs) über ein Zeitfenster von zwei Jahren. Diese GLRGs sollen der Verbesserung der Kreditvergabe der Banken an den nichtfinanziellen privaten

		Sektor des Euroraums dienen. - die Verstärkung von Vorbereitungsarbeiten im Zusammenhang mit Outright-Käufen von Asset-Backed Securities (ABS). 3. Weiteres beschließt der EZB-Rat die: - Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRGs) mindestens bis Ende der 2016 endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode des Eurosystems als Mengentender mit Vollzuteilung abzuwickeln. - längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (LRGs) mit dreimonatiger Laufzeit, die vor Ablauf der 2016 endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode zuzuteilen sind, als Mengentender mit Vollzuteilung durchzuführen. - Refinanzierungsgeschäfte des Eurosystems mit einer Sonderlaufzeit von der Dauer einer Erfüllungsperiode einzustellen. - wöchentliche Feinsteuerungsoperation zur Neutralisierung der im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte zugeführten Liquidität auszusetzen.

2) IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

Datum	Institution	Ereignis
10.-11. April 2014	G20	G20-Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure - Wichtigste Ergebnisse: • Wirtschaft und Wachstumsstrategien: G20 präsentiert Fortschritte, um das im Februar 2014 in Sydney vereinbarte Wachstumsziel von 2 % zu erreichen. Ein Maßnahmenpaket für das Wachstum (Action Plan) wird beim G20-Gipfel in Brisbane im September 2014 verabschiedet. • Finanzmarktregulierung: G20 wollen die substanzielle Beendigung von 4 Kernbereichen bis zum Brisbane-Gipfel: Schaffung belastbarer Finanzinstitute, Beendigung des Themas too-big-to-fail, Behandlung der Risiken des Shadow Banking, Schaffung sicherer Derivativmärkte. • Investitionen: Qualitative Investitionen, vor allem Infrastrukturinvestitionen sollen Katalysator für Wachstum und Beschäftigung sein. Als Investoren sehen die G20 die nationalen Regierungen, den privaten Sektor sowie die Weltbankgruppe und regionale Entwicklungsbanken in Zusammenarbeit mit der OECD.
10.-12. April 2014	IWF	IWF Frühjahrestagung - Wichtigste Ergebnisse: • In einer gemeinsamen Erklärung von G20 und IMFC erhält die USA eine Fristverlängerung bis Jahresende 2014 für die Ratifikation der 14.Quotenrevision. Bis dahin erfolgen keine weiteren Initiativen, um IWF-Reform oder 15.Quotenrevision weiter zu betreiben. Die Finanzierung des IWF ist dennoch für die nächsten Jahre sichergestellt. • Wirtschaftliche Erholung verstärkt sich weiter, Abwärtsrisiken

		bleiben jedoch bestehen. • Neue IWF-Zielformulierung: Kollektives Ziel ist die Schaffung einer dynamischeren, nachhaltigen, ausgeglichenen und beschäftigungsintensiven globalen Wirtschaft. • Währungspolitische Normalisierung und Spillovers: Währungspolitik in Industrieländern sollte die erforderliche Akkommodierung bieten, eine mögliche Normalisierung ist abhängig von erwarteter Inflation und Wachstum. • IWF Überwachung und Kredite: Das IMFC betont die Wichtigkeit adäquater finanzieller Sicherheitsnetze und Kreditbereitstellung (inkl. precautionary lending) durch den IWF.
11. April 2014	IWF / Österreich	Der IWF, vertreten durch seinen Managing Director Christine Lagarde, und Österreich, vertreten durch den österreichischen Vizekanzler Michael Spindelegger, den OeNB-Gouverneur Ewald Nowotny und den OeNB-Vizegouverneur Andreas Ittner, unterzeichnen in Washington eine Vereinbarung (Memorandum of Understanding) über die Verlängerung des Joint Vienna Institutes für weitere vier Jahre.
15. April 2014	BIZ	Das Basel Committee on Banking Supervision legt die endgültigen Rahmenbedingungen für die Aufsicht von großen Exposures fest, d.h. 25 % des Tier1 Kapitals gegenüber einem einzigen Geschäftspartner, 15 % zwischen globalen systemisch relevanten Banken (global systemically important banks (G-SIBs)) und 10 % des anrechenbaren Eigenkapitals. Die Rahmenbedingungen sind ab 1.1.2019 gültig.
17. April 2014	IWF / Portugal	Der IWF überprüft das mit Portugal abgeschlossene EFF-Abkommen und stimmt der Auszahlung von 851 Mio EUR zu („on track“).
23. April 2014	BIZ	Das Basel Committee on Banking Supervision (BCBS) ernennt William Coen (vormals stellvertretender Generalsekretär und Mitglied des Board of Governors des Federal Reserve System) zum Generalsekretär ab Mitte Juni 2014 für die kommenden drei Jahre.
29. April 2014	IWF / CESEE	Der IWF veröffentlicht die „Spring 2014 Regional Economic Issues (REI) for Central, Eastern and Southeastern Europe (CESEE)“ - Hauptaussagen: In den meisten CESEE-Ländern belebt sich das Wachstum als Folge der Erholung im Euroraum (Prognose 2014 exkl. Russland und Türkei: +2,3 %). Es bestehen allerdings Abwärtsrisiken durch den Rückgang ausländischer Bankenfinanzierung, geopolitische Spannungen, Finanzmarktvolatilität und die Möglichkeit eines verzögerten Wachstums im Euroraum, wobei die CESEE-Länder durch die hohe Auslandsverschuldung und den hohen Finanzierungsbedarf anfälliger für externe Schocks sind.
30. April 2014	IWF / Ukraine	Das IWF-Exekutivdirektorium stimmt einem 2-jährigen Stand-by Arrangement (SBA) für die Ukraine über 17,01 Mrd USD (ca. 12 Mrd EUR) sowie einer sofortiger Auszahlung von 3,19 Mrd USD (ca. 2,35 Mrd EUR) zu.

1. Mai 2014	IWF / Irland	Der IWF schließt gemeinsam mit der EK die erste Post-Programm-Überprüfung mit Irland ab. Die irische Wirtschaft beginnt sich nach einer außerordentlich schweren Bankenkrise zu erholen. Signale sind ein starkes Beschäftigungswachstum in nahezu allen Sektoren, verbesserte Bedingungen auf dem Finanzmarkt sowie ein leichter Primärüberschuss.
7. Mai 2014	OECD	Die OECD Jahrestagung auf Ministerebene unter Vorsitz Japans findet unter dem Motto „Resilient Economies and Inclusive Societies: Empowering people for jobs and growth" in Paris statt. Die 34 OECD Mitgliedsaaten verpflichten sich zum automatischen Austausch von Steuerinformationen (Declaration on Automatic Exchange of Information in Tax Matters), der per September 2017 in Kraft treten wird. Außerdem veröffentlicht die OECD ihren Economic Outlook und erwartet ein verstärktes globales Wachstum in den kommenden zwei Jahren (2014: +3,4 %, 2015: +3,9 %), aber die Risiken, insbesondere die fortgesetzte hohe Arbeitslosigkeit, bleiben bestehen.
9. Mai 2014	IWF / Nauru	Nauru, ein Inselstaat im pazifischen Ozean und nach Tuvalu der zweitkleinste Staat der Erde, sucht um die IWF-Mitgliedschaft an.
16. Mai 2014	IWF	Das IWF Exekutivdirektorium setzt den Rahmen für den Zinssatz für IWF-Kredite („Lending Rate") für die Fiskaljahre 2015-2016 unverändert in Höhe von „SZR-Zinssatz + 100 Basispunkte" fest.
17. Mai 2014	IWF / Zypern	Der IWF schließt die 4. Überprüfung des mit Zypern abgeschlossenen EFF-Abkommens ab und stellt fest, dass das Programm eingehalten wird („on track").
27. Mai 2014	IWF / EIB / EBRD / Vienna Initiative / CESEE	IWF, Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBDR), koordiniert durch die Vienna Initiative, veröffentlichen gemeinsam den „Report on Deleveraging and Credit Monitor for Central and Eastern and Southeastern Europe". Der Bericht beleuchtet die Entwicklung der Mittelaufbringung und der Kreditvergabe in den Bankensystemen in Zentral- und Südosteuropa im 4. Quartal 2013. Die Mittelzuflüsse sowie auch das Kreditwachstum in der CESEE-Region reduzierten sich im 4. Quartal 2014 weiter.
30. Mai 2014	IWF / Griechenland	Der IWF schließt die 5. Überprüfung der EFF-Vereinbarung mit Griechenland ab und stimmt der Auszahlung von 3,41 Mrd EUR zu. Wegen Verzögerungen in der Programmeinhaltung beschließt der IWF neue Auszahlungsmodalitäten.

Wirtschaftsindikatoren - Grafiken und Tabellen

Redaktionsschluss: 16. Juni 2014

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Weltwirtschaft	
Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen	1
Makroökonomische Indikatoren	2
Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise	3
Euroraum	
Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	4
Aktuelle Entwicklung	5
Leitzinssätze und Bereitstellung der Liquidität	6
Zinserwartungen	7
Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen	8
Renditen und Kreditzinsen	9
Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation	10
Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt	11
Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren	12
Inflation und Arbeitskosten	13
Makroökonomische Ungleichgewichte	14
Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)	
Ausgewählte makroökonomische Indikatoren	15
Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder	
Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts	16
Entwicklung der Verbraucherpreise	17
Arbeitslosenquoten	18
Leistungsbilanzsalden	19
Fiskaldaten	20
Österreich	
Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	21
Aktuelle Entwicklung	22
Außenhandel mit Waren	24
Inflation und Wettbewerbsindikatoren	25
Tourismus und Reiseverkehr	26
Öffentliche Haushalte	27
Bundeshaushalt	28
Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute - unkonsolidiert	29
Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	30
Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	31
Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	32
Ertragslage der Kreditinstitute - konsolidiert	33
Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE	34
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung	
Geldvermögensbildung und Geldvermögen	35
Finanzierung und Verbindlichkeiten	36

Zeichenerklärung

.. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
x = Angabe ist aus sachlichen Gründen nicht möglich
0 = Wert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
Ø = Durchschnitt
Δ = Veränderung

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen

	Reales BIP		Inflation[1)]		Arbeitslose		Budgetsaldo		Staatsschuld		Leistungsbilanzsaldo	
	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015
	Veränderung zum Vorjahr in %		*in %*		*in % des Arbeitskräfteangebotes*		*in % des BIP*					
USA	2,8	3,2	1,5	1,7	7,4	6,4	-6,2	-5,4	104,5	105,9	-2,3	-2,2
Japan	1,5	1,3	0,4	2,5	4,0	3,9	-9,0	-7,4	244,0	243,7	0,7	0,7
China	7,2	7,0	2,4	2,4	x	x	x	x	x	x	2,4	2,5
Euroraum	1,2	1,7	1,4	0,8	12,0	11,8	-3,0	-2,5	95,1	96,1	2,6	2,9
EU	1,6	2,0	1,5	1,0	10,8	10,5	-3,3	-2,6	89,0	89,6	1,6	1,8
Österreich	1,7	1,9	2,1	1,6	4,9	4,8	-1,5	-2,8	74,5	80,3	2,7	3,4
Deutschland	1,8	2,0	1,1	1,4	5,1	5,1	7,3	7,0	76,0	73,6	7,3	7,0
Vereinigtes Königreich	2,7	2,5	2,6	1,9	7,5	6,6	-5,8	-5,1	90,6	91,8	-4,4	-3,8
Polen	3,2	3,4	0,8	1,1	10,3	9,9	-4,3	5,7	57,0	49,2	-1,6	-1,7
Ungarn	2,3	2,1	1,7	1,0	10,2	9,0	-2,4	-3,1	79,2	80,3	3,1	3,0
Tschechische Republik	2,0	2,4	1,4	0,8	7,0	6,7	-1,5	-1,9	46,0	44,4	-1,2	-0,4

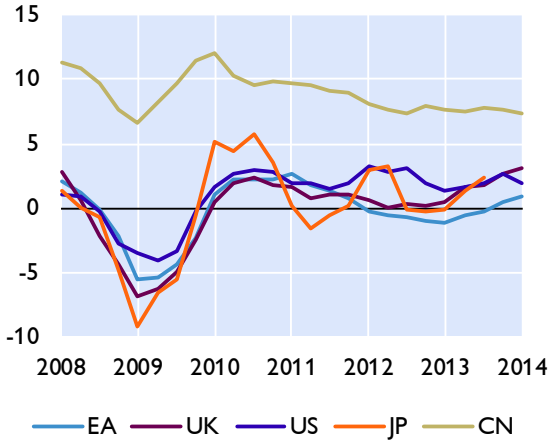
Quelle: Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2014.

1) HVPI-Inflation; USA, Japan: VPI.

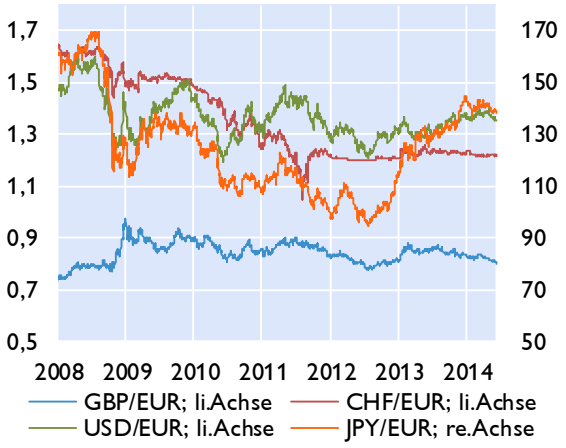
Makroökonomische Indikatoren

Reales BIP-Wachstum

Veränderung zum Vorjahr in %

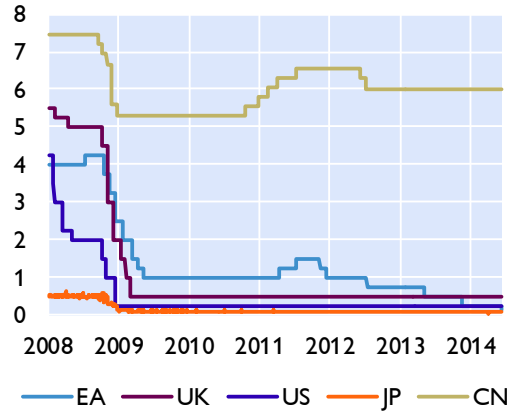


Wechselkurse zum Euro



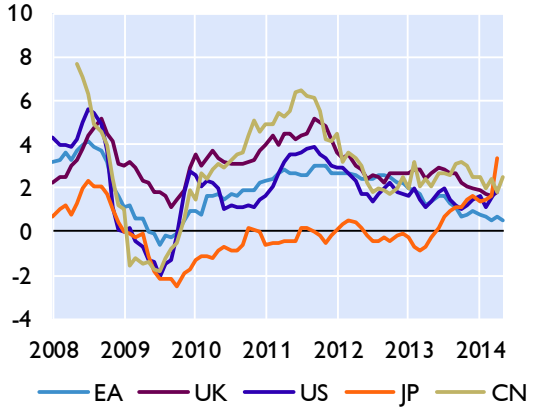
Leitzinssätze der Zentralbanken

in %



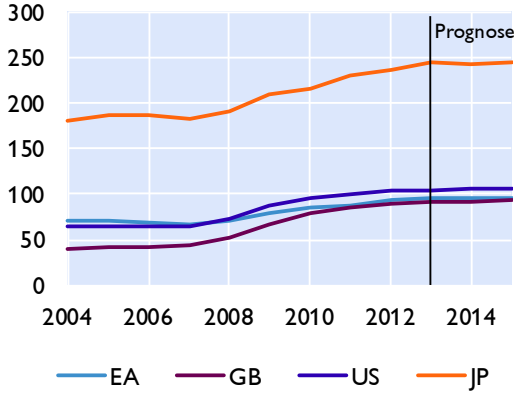
Verbraucherpreisindizes

in %



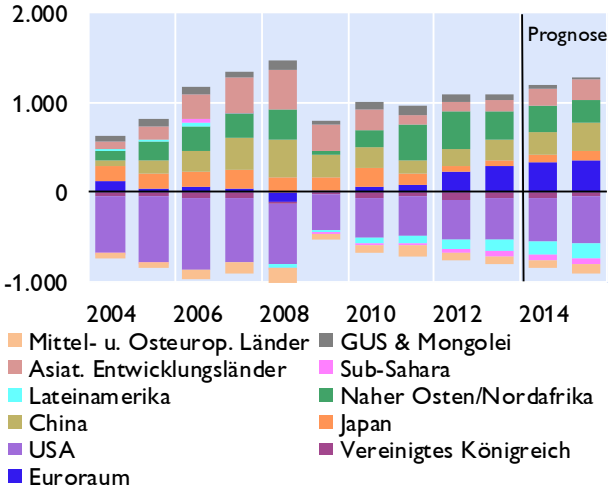
Öffentliche Verschuldung

in % des BIP



Leistungsbilanz

Saldo in Mrd USD

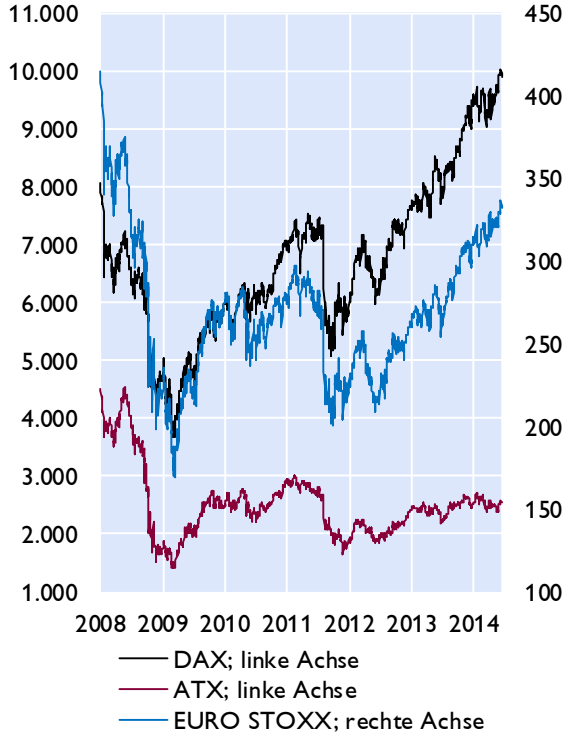


Quelle: Eurostat, Europäische Kommission, IWF, Thomson Reuters, nationale Quellen.

Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise

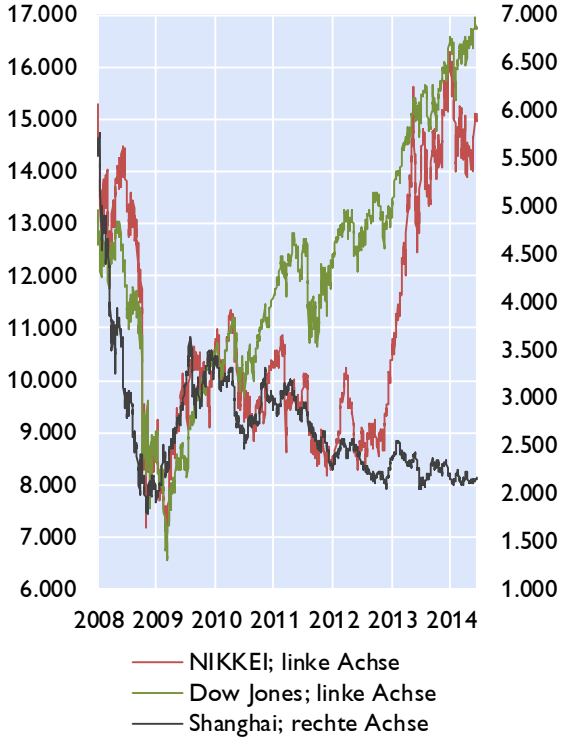
Aktienkurse - Europa

in Punkten



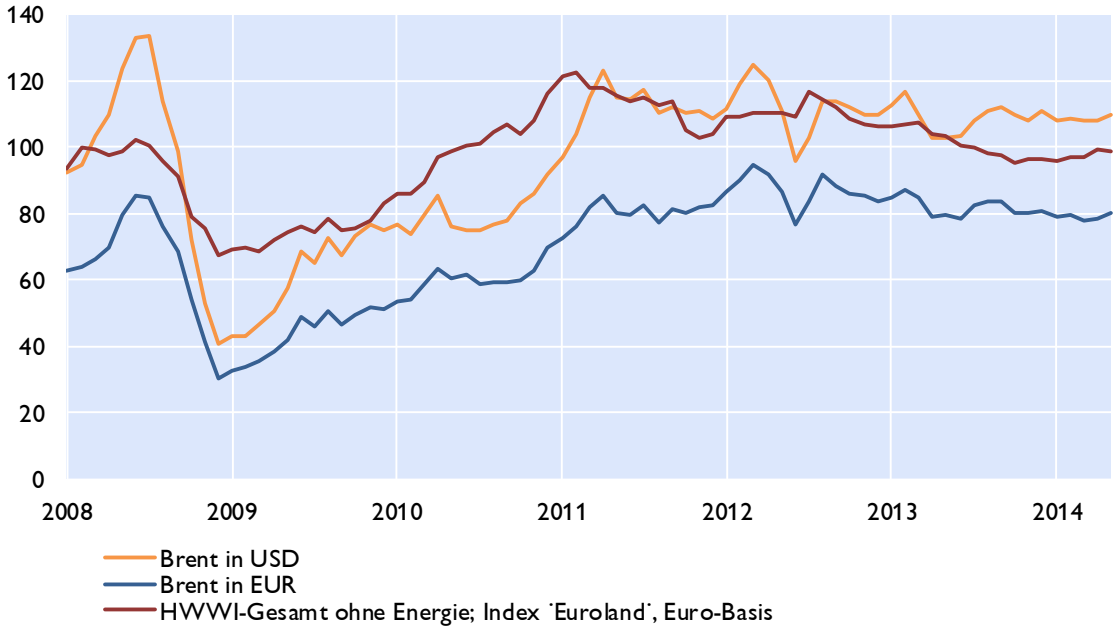
Aktienkurse - International

in Punkten



Rohstoffpreise

USD bzw. EUR je Barrel; HWWI-Rohstoffpreisindex: 2010=100



Quelle: Thomson Reuters.

Prognosen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

	EZB / Eurosystem Juni 2014			OECD Mai 2014		IWF April 2014		EU-Kommission Mai 2014	
	2014	2015	2016	2014	2015	2014	2015	2014	2015
	Veränderung zum Vorjahr in %								
BIP, real	1,0	1,7	1,8	1,2	1,7	1,2	1,5	1,2	1,8
Privater Konsum, real	0,7	1,5	1,6	0,7	1,3	0,6	1,0	0,7	1,4
Öffentlicher Konsum, real	0,4	0,4	0,4	0,3	0,2	0,3	-0,2	0,5	0,7
Bruttoanlageinvestitionen, real	1,7	3,1	3,5	2,5	3,3	2,2	2,6	2,3	3,6
Exporte, real	3,6	4,8	5,3	x	x	3,4	4,2	4,2	5,7
Importe, real	3,6	4,8	5,5	x	x	2,8	3,5	4,1	5,9
BIP Deflator	1,1	1,4	1,6	0,7	1,1	1,2	1,4	1,2	1,4
HVPI	0,7	1,1	1,4	0,7	1,1	0,9	1,2	1,0	1,3
Lohnstückkosten	0,9	0,7	1,1	0,2	0,5	0,9	0,6	0,7	0,8
Beschäftigte	0,3	0,5	0,7	0,2	0,6	0,3	0,5	0,3	0,7
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition								
Arbeitslosenquote	11,8	11,5	11,0	11,7	11,4	11,9	11,6	12,0	11,7
	in % des nominellen BIP								
Leistungsbilanz	2,6	2,6	2,8	3,1	3,2	2,4	2,5	2,7	2,7
Öffentliches Defizit	-2,5	-2,3	-1,9	-2,5	-1,8	95,6	94,5	-2,6	-2,5
	Prognoseannahmen								
Erdölpreis in USD/Barrel	107,2	102,2	98,2	110,6	115,6	104,2	97,9	104,1	99,6
Kurzfristiger Zinssatz in %	0,3	0,3	0,4	0,1	0,1	0,3	0,4	0,3	0,4
USD/EUR	1,38	1,38	1,38	1,38	1,38	1,37	1,39	1,36	1,36
	Veränderung zum Vorjahr in %								
BIP, real USA	2,4	3,0	3,0	2,6	3,5	2,8	3,0	2,9	3,2
BIP, real Welt[1)]	3,6	4,0	4,1	2,2	2,8	3,6	3,9	3,6	3,9
Welthandel[2)]	4,1	5,5	5,7	4,4	6,1	4,3	5,3	4,9	6,0

1) EZB / Eurosystem: Welt ohne Euroraum. 2) EU-Kommission: Weltimporte.

Euroraum: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung

	2012	2013	2013 Q2	2013 Q3	2013 Q4	2014 Q1	2014 Q2	2014 Feb.	2014 Mär.	2014 Apr.	2014 Mai
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	2,5	1,3	1,4	1,3	0,8	0,7	..	0,7	0,5	0,7	0,5
Kerninflation	1,5	1,1	1,1	1,1	0,8	0,8	..	1,0	0,7	1	0,7
BIP-Deflator des privaten Konsums	1,5	1,5	1,6	1,4	1,1	0,9	..	x	x	x	x
Lohnstückkosten (nominell)	1,9	1,1	1,2	1,2	0,7	0,4	..	x	x	x	x
Arbeitnehmerentgelt (nominell)	1,9	1,7	1,5	1,7	1,7	1,2	..	x	x	x	x
Arbeitsproduktivität (nominell)	0,0	0,5	0,4	0,5	0,9	0,8	..	x	x	x	x
Produzentenpreis (Industrie)	2,8	-0,2	-0,1	-0,6	-1,1	-1,5	..	-1,7	-1,6	-1,2	..
Rohstoffpr. o. Energ; in EUR, 2010=100	110,3	101,0	102,7	98,4	96,1	96,7	..	97,2	96,6	99,3	98,9
Rohölpreis (Brent in EUR je Barrel)	87,1	82,1	78,9	83,2	80,5	79,0	..	79,6	78,0	78,2	80,0
Rohölpreis (Brent in USD je Barrel)	112,0	109,0	103,1	110,3	109,6	108,2	..	108,8	107,9	108,0	109,8
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real[1)]	-0,7	-0,4	0,3	0,1	0,3	0,2	..	x	x	x	x
Privater Konsum	-1,4	-0,7	0,2	0,1	0,0	0,1	..	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	-0,5	0,1	0,0	0,2	-0,4	0,3	..	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	-4,1	-3,1	0,2	0,5	0,9	0,3	..	x	x	x	x
	Beitrag zum Wachstum des realen BIP (in Prozentpunkten)										
Binnennachfrage (ohne Lager)	-2,1	-0,9	0,3	0,1	0,3	0,2	..	x	x	x	x
Nettoexporte	1,5	0,5	0,4	-0,4	0,4	-0,2	..	x	x	x	x
Veränderung der Lagerhaltung	-0,1	0,0	-0,4	0,4	-0,4	0,2	..	x	x	x	x
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR)										
Handelsbilanz	77,5	156,5	44,5	36,9	47,9	32,0	..	14,4	16,7	15,7	..
Leistungsbilanz	128,6	221,3	52,8	52,6	87,0	..	..	13,8	20,9	..	..
Leistungsbilanz in % des BIP	1,7	2,3	2,6	2,1	2,7	..	..	x	x	x	x
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	90,8	93,8	90,2	95,3	99,1	101,5	..	101,2	102,5	102	102,7
Industrievertrauen (Saldo)	-11,7	-9,3	-12,7	-8,3	-4,1	-3,5	..	-3,5	-3,3	-3,5	-3,0
Markit Einkaufsmanagerindex (Industrie)	46,2	49,6	47,9	50,9	51,9	53,4	..	53,2	53,0	53,4	52,2
ifo-Geschäftsklima (2005=100)	105,0	106,8	105,3	107,2	108,7	110,9	..	111,3	110,7	111,2	110,4
Ind. Produktion o. Bau (Δ z. VJP. in %)	-2,5	-0,7	-1,0	-1,7	1,5	1,2	..	1,8	0,2	1,4	..
Konsumentenvertrauen (Saldo)	-22,1	-18,6	-20,8	-15,9	-14,4	-11,2	..	-12,7	-9,3	-8,6	-7,1
Einzelhandelsumsätze (Δ z. VJP. in %)	-1,6	-0,9	-1,1	-0,6	0,2	0,9	..	1,0	1,2	1,905	..
Kapazitätsausl. im Gewerbe in %	78,9	78,0	77,5	78,3	78,4	80,1	79,5	x	x	x	x
	Arbeitsmarktentwicklung										
Arbeitslose in % der Beschäftigten[2)]	11,3	12,0	12,1	12,1	11,9	11,8	..	11,8	11,8	11,7	..
Beschäftigung gesamt (Δ z. VP. in %)	-0,7	-0,9	-0,1	0,0	0,1	0,1	..	x	x	x	x
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3	3,5	1,0	2,4	2,0	1,0	1,2	..	1,3	1,0	0,8	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	1,1	1,0	..	..
Buchkredite an den privaten Sektor	0,5	-0,1	0,2	0,1	0,0	-0,2	..	-0,1	-0,1	0,0	..
Leitzinssatz (Periodenendstand)	0,75	0,25	0,50	0,50	0,25	0,25	..	0,25	0,25	0,25	0,25
3-Monats Zinssatz (%)	0,57	0,22	0,21	0,22	0,23	0,30	..	0,29	0,31	0,33	0,33
10-Jahres Zinssatz (%)	3,92	3,00	2,82	3,15	2,97	2,81	..	2,65	2,94	2,36	2,23
Zinsabstand; 10-J. Zins minus 3-M. Zins	3,35	2,78	2,69	2,93	2,75	2,52	..	2,36	2,64	2,03	1,91
Corporate Bond Spreads (in Bp; Euro)[3)]	168,5	109,7	111,8	111,5	107,8	103,6	..	106,3	105,3	109,9	102,6
Aktienkurse (DJ-Euro Stoxx-Index)	239,9	281,8	271,5	282,4	305,3	315,9	..	315,9	317,0	323,1	324,7
Wechselkurs USD je EUR	1,29	1,33	1,31	1,32	1,36	1,37	..	1,37	1,38	1,38	1,37
nom. effekt. Wechselkurs des EUR[4)]	97,9	101,7	100,8	101,9	103,1	103,9	..	103,5	104,6	104,5	103,9
real effektiver Wechselkurs des EUR[4)]	95,5	98,9	98,3	99,2	100,0	100,7	..	100,5	101,4	101,2	100,4
	Finanzierung des öffentlichen Haushaltes in % des BIP										
Budgetsalden	-3,7	-3,0	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Staatsschuldenquoten	90,7	92,6	x	x	x	x	x	x	x	x	x

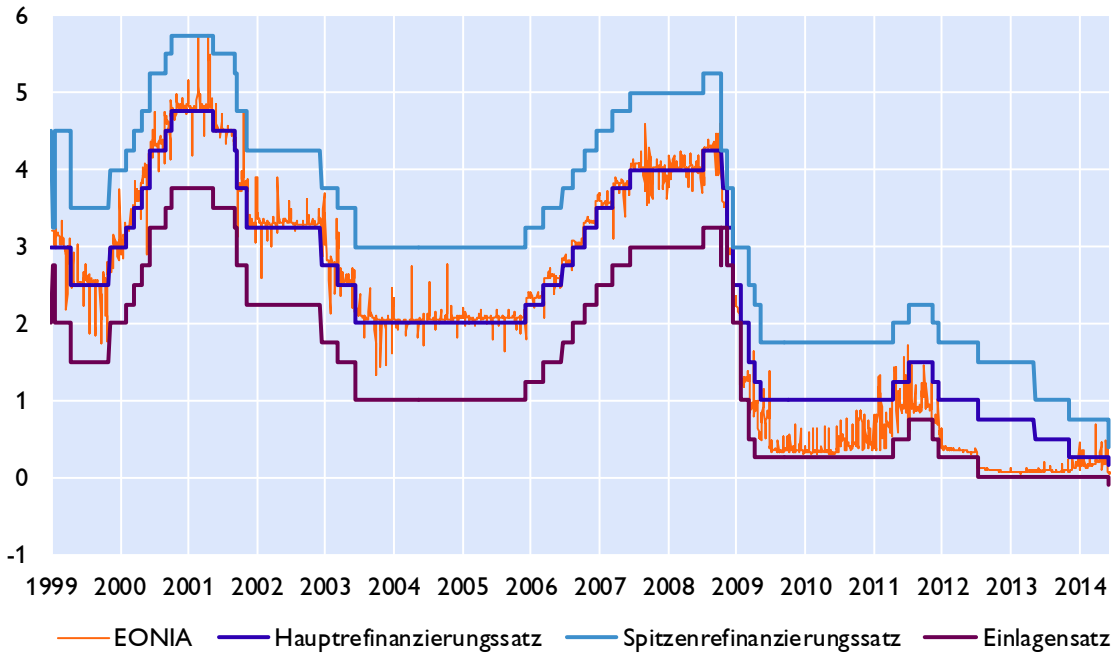
Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Thomson Reuters, HWWI, Markit, ifo.

1) 1Q14: Schnellschätzung. 2) ILO-Definition. 3) Renditeabstand von 7- bis 10-jährigen Unternehmensanleihen zu 7- bis 10-jährigen Staatsanleihen (Merrill Lynch). 4) Enger Länderkreis, real effektiver Wechselkurs, berechnet anhand des VPI (1999 Q1=100).

Euroraum: Leitzinssätze und Bereitstellung von Liquidität

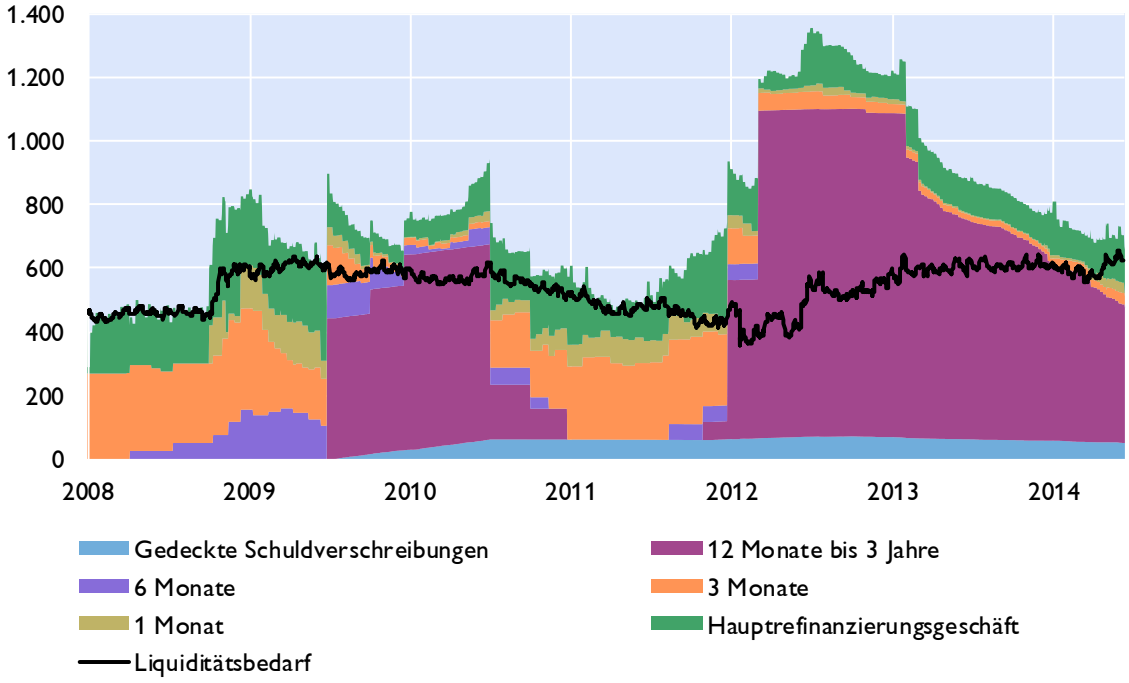
EZB-Leitzinssätze und EONIA

in %



Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

nach Fristigkeit, in Mrd Euro



Quelle: Thomson Reuters, EZB, OeNB.

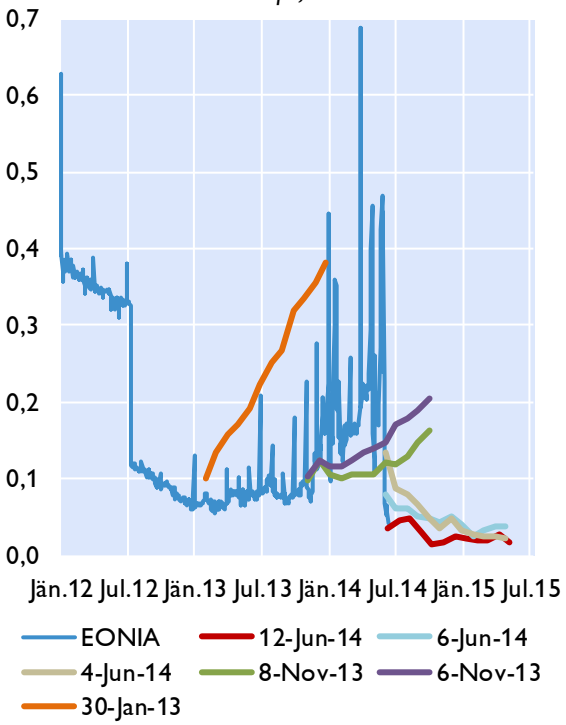
Euroraum: Zinserwartungen

Erwarteter EONIA in einem Jahr

in %

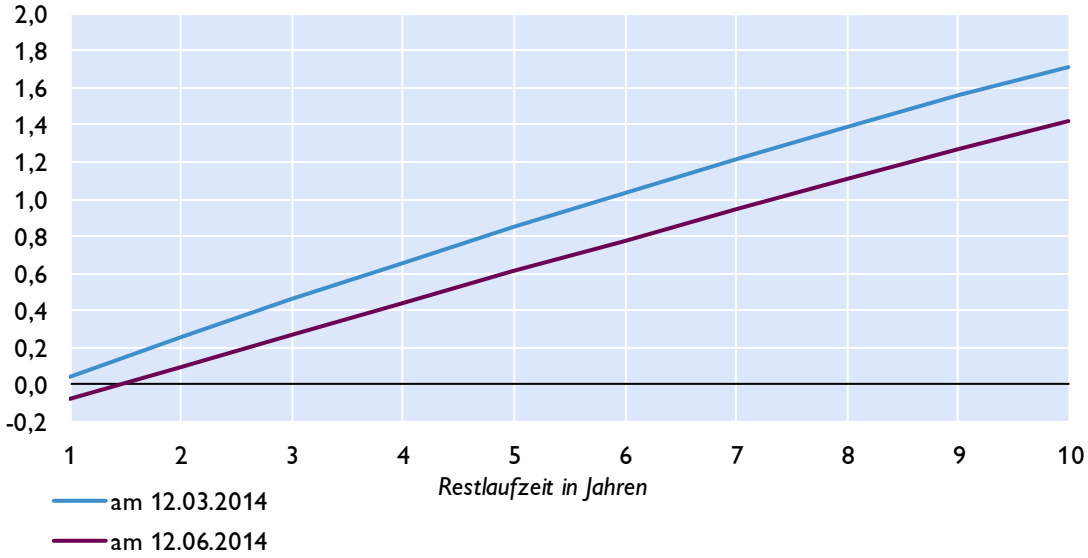
Markterwartungen über den Verlauf des EONIA

berechnet aus EONIA-Swaps, in %



Zinsstrukturkurve für AAA Staatsanleihen im Euroraum

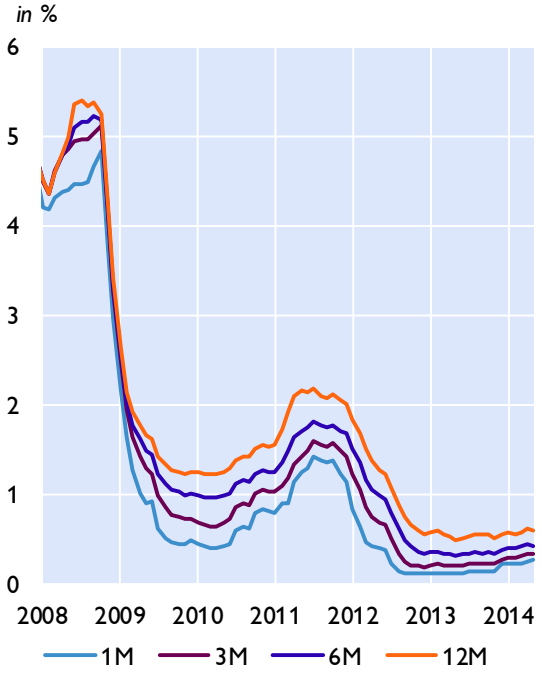
in %



Quelle: Thomson Reuters.

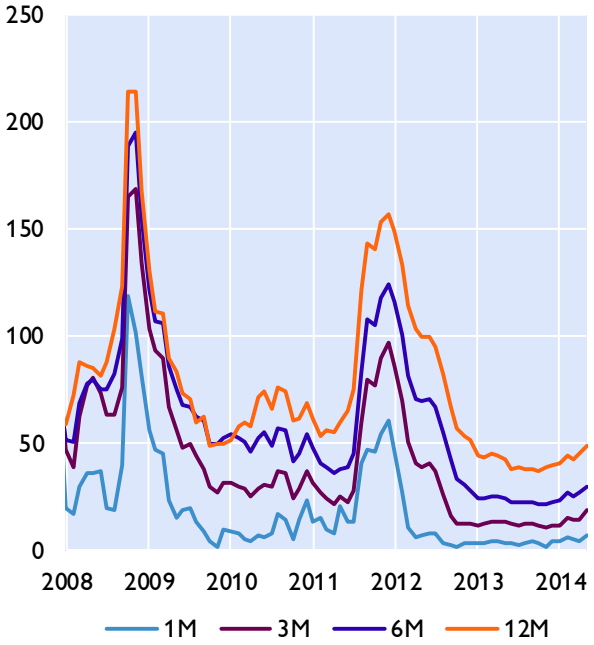
Euroraum: Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen

Euribor-Sätze



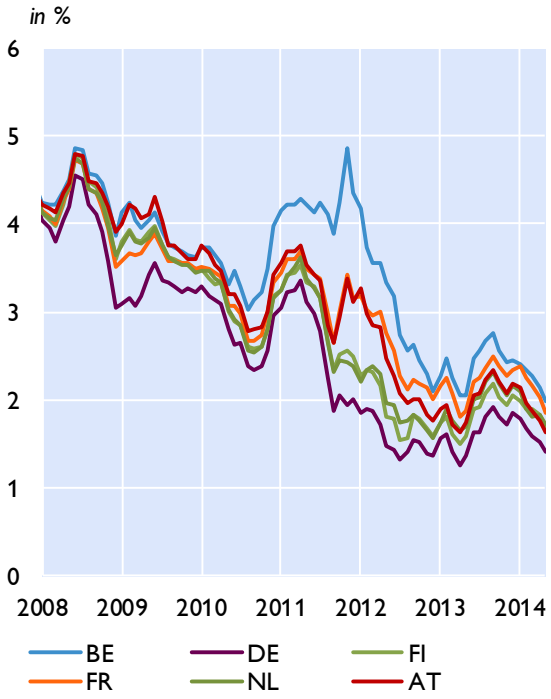
Risikoaufschläge am Interbankenmarkt

Euribor minus EONIA-Swap in Basispunkten

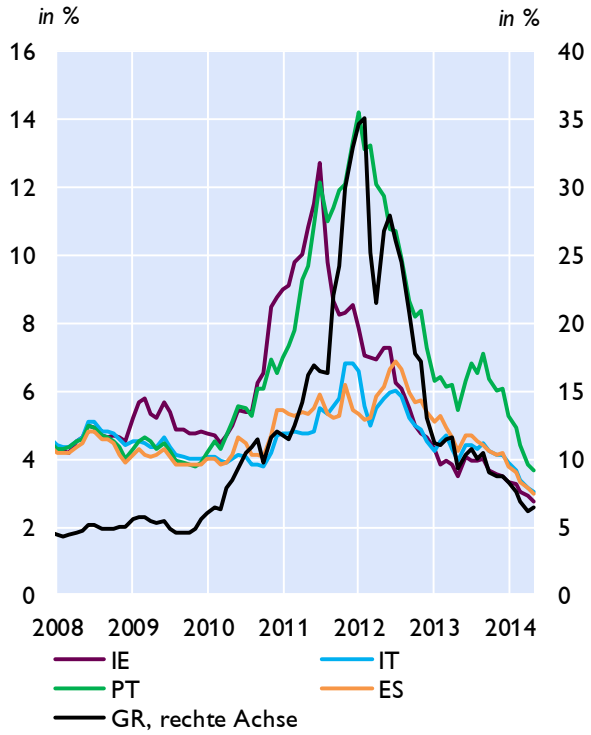


Renditen 10-jähriger Staatsanleihen

Niedrigzinsländer



Hochzinsländer

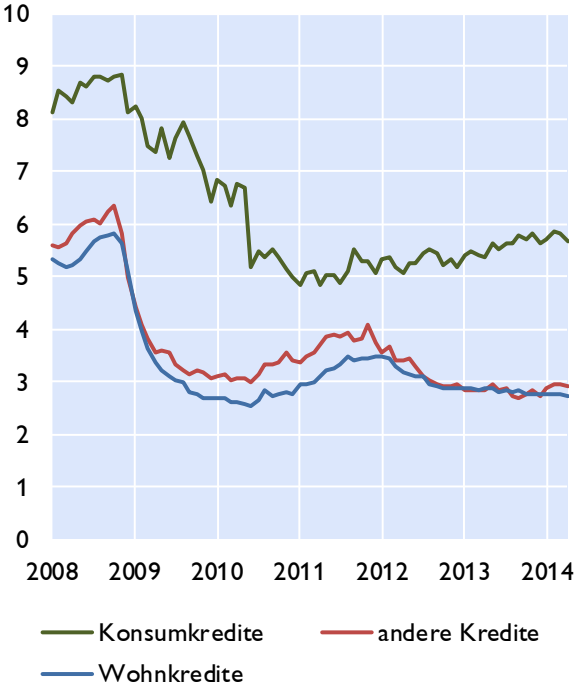


Quelle: Thomson Reuters.

Euroraum: Renditen und Kreditzinsen

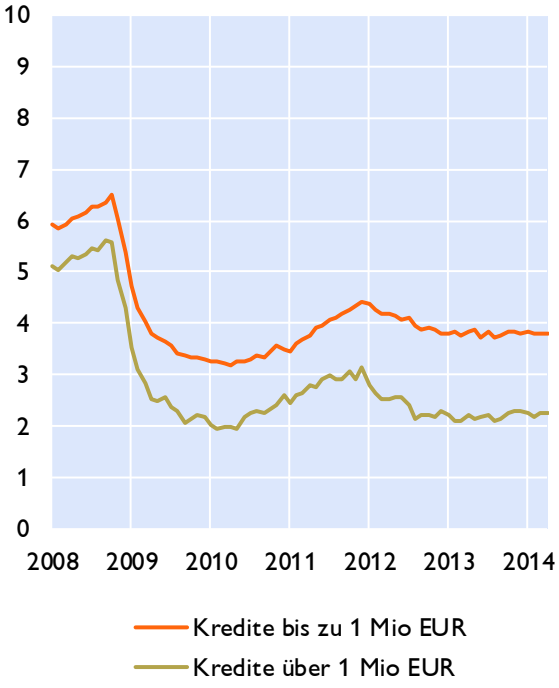
Kreditzinssätze für private Haushalte

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



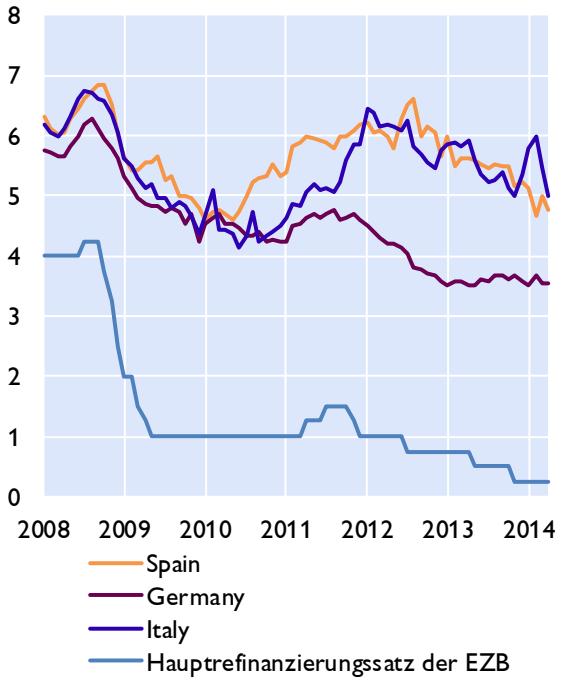
Kreditzinssätze für Unternehmen

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



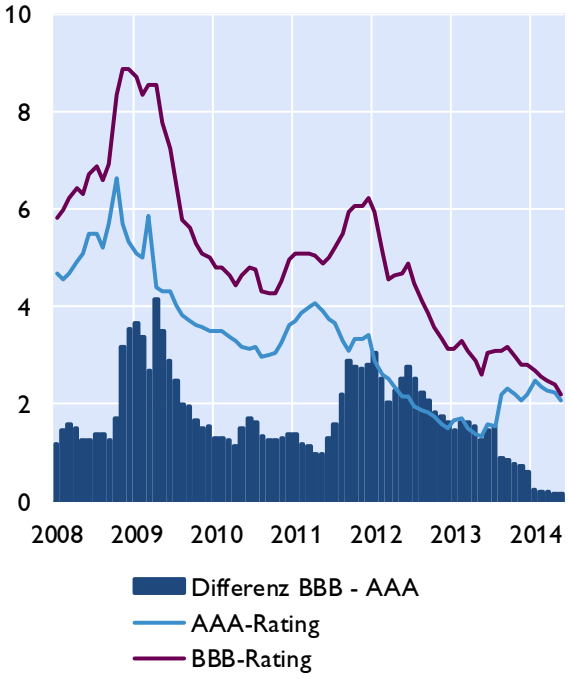
Kreditzinssätze für Unternehmen in ausgewählten Ländern und Leitzinssatz des Euroraums

in %



Renditen für Unternehmensanleihen

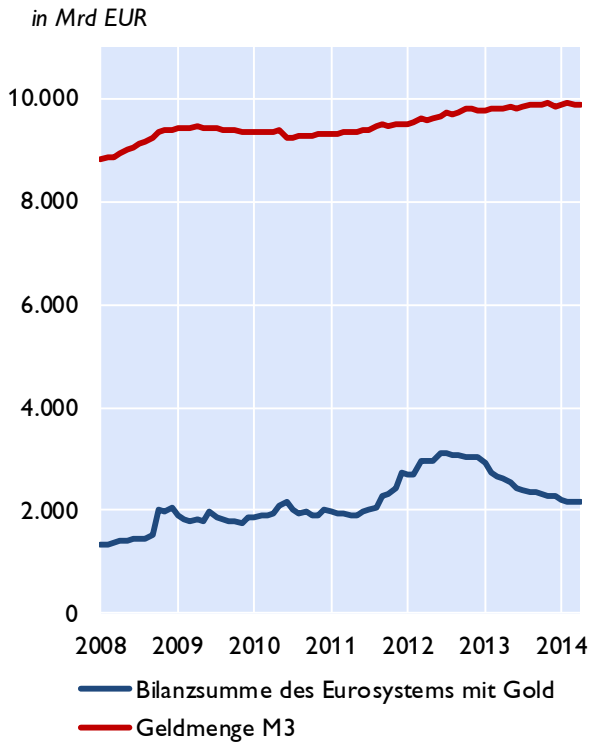
in %



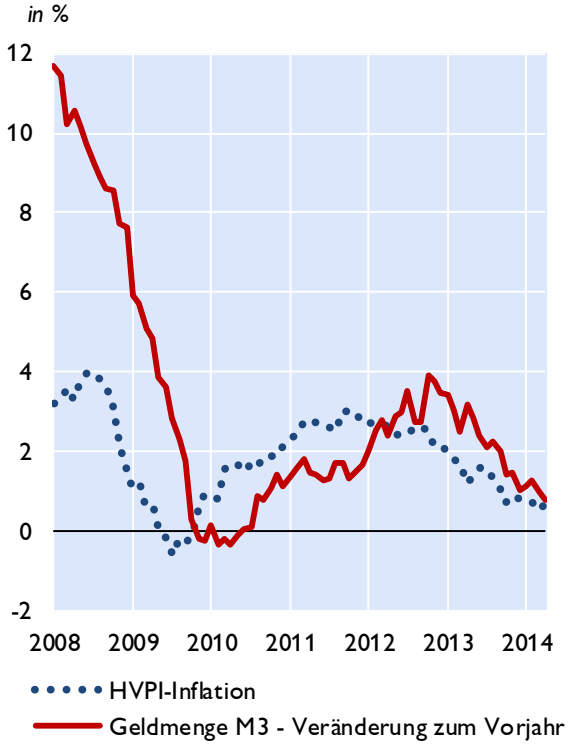
Quelle: Thomson Reuters, EZB.

Euroraum: Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation

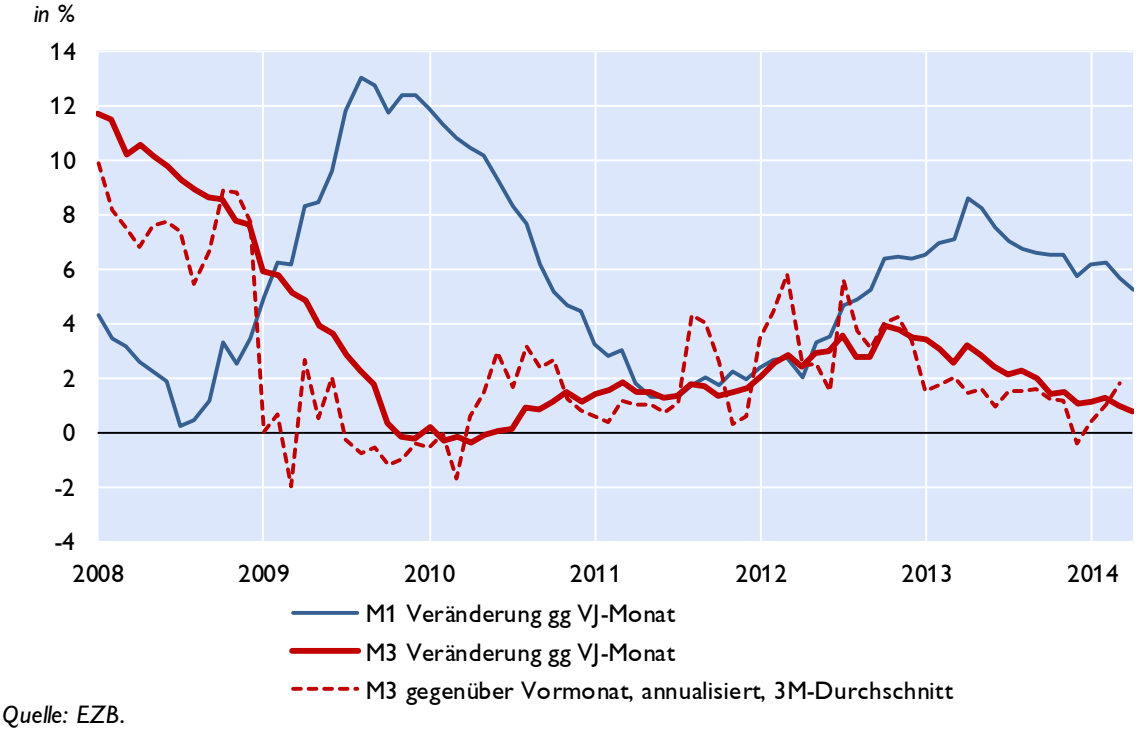
Bilanz im Eurosystem und Geldmenge M3



Geldmenge M3 und Inflation



Geldmenge M1 und M3



Quelle: EZB.

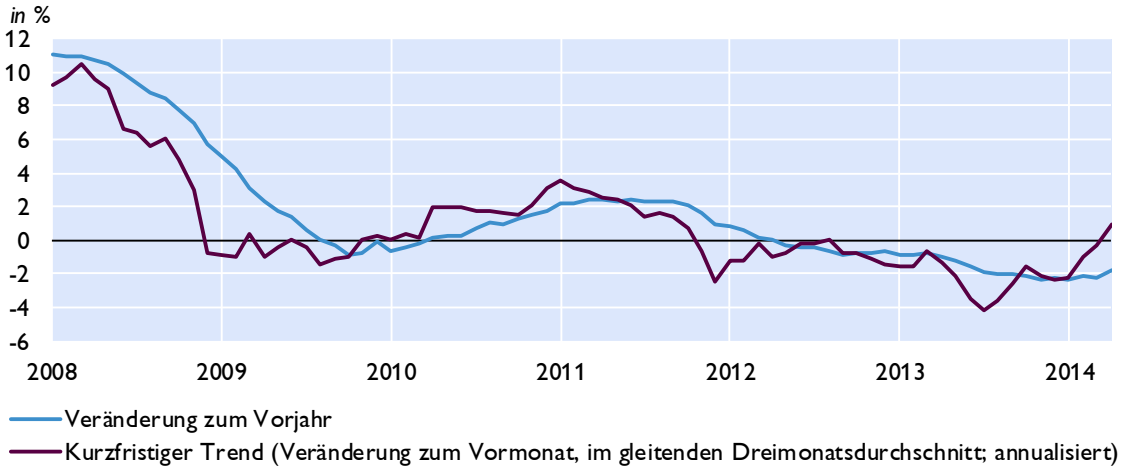
Euroraum: Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt

Gegenposten der Geldmenge M3

Veränderung zum Vorjahr in %

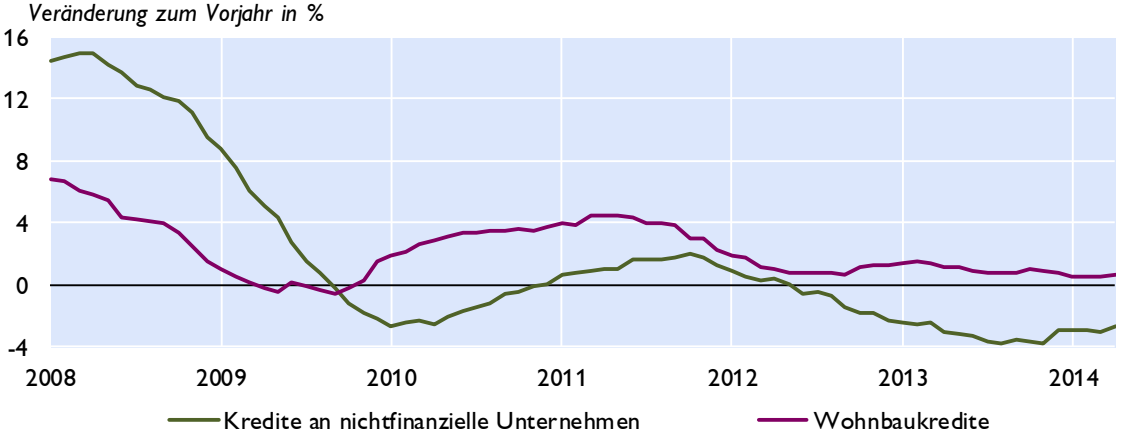
	arbeitstägig und saisonal bereinigt	2012	2013	Nov.13	Dez.13	Jän.14	Feb.14	Mär.14	Apr.14
Aktiva	Kredite	0,5	-2,0	-1,4	-2,0	-1,8	-1,8	-2,2	-2,2
	Kredite an öffentliche Haushalte	5,9	-0,7	-0,6	-0,7	0,2	0,1	-0,9	-0,9
	Kredite an sonstige Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	-0,8	-2,3	-1,6	-2,3	-2,3	-2,3	-2,5	-2,5
	davon: Buchkredite an den privaten Sektor[1)]	-0,6	-2,3	-2,3	-2,3	-2,3	-2,2	-2,2	-1,8
	Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	-2,9	-1,8	-1,7	-1,8	-0,2	0,4	0,7	0,9
Passiva	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	-5,9	-11,5	-10,2	-11,5	-9,1	-9,5	-9,3	-8,8
	Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs	-1,5	-1,2	-0,9	-1,2	-1,2	-1,3	-1,0	-1,1

Entwicklung der Buchkredite an den privaten Sektor[1)]



Kreditentwicklung

Veränderung zum Vorjahr in %



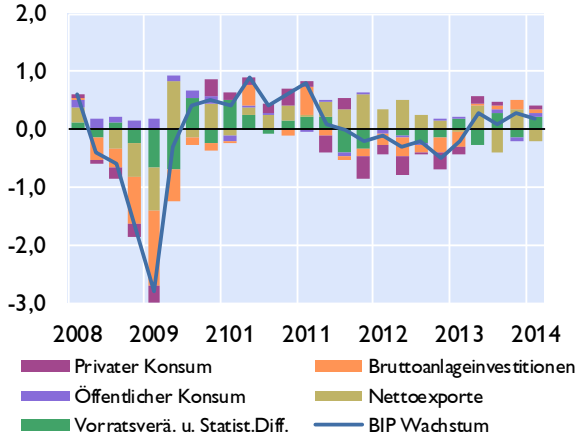
Quelle: EZB.

1) Nichtfinanzielle Unternehmen ohne öffentlichen Sektor.

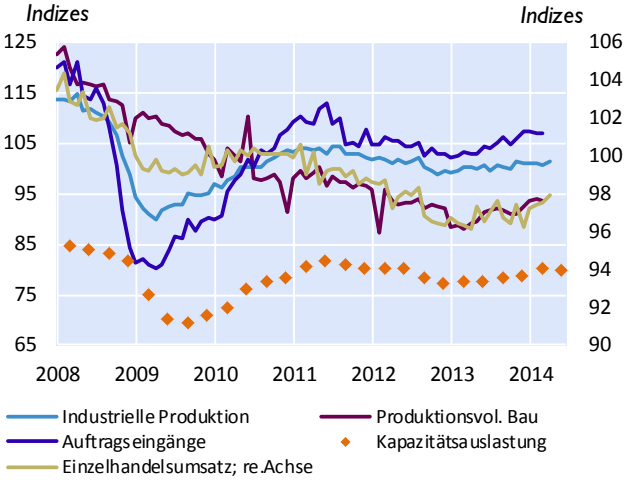
Euroraum: Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren

Wachstumsbeiträge zum realen BIP

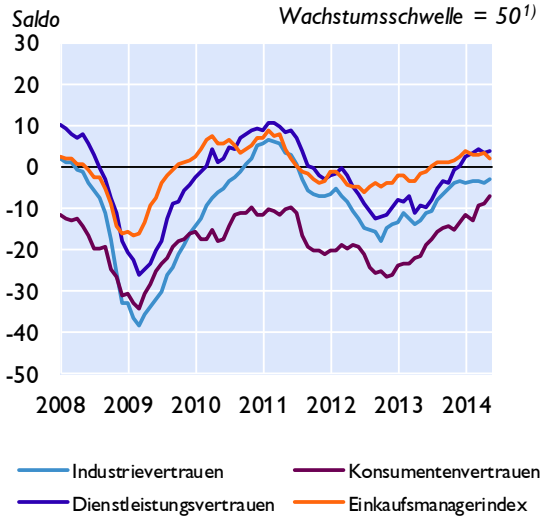
Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



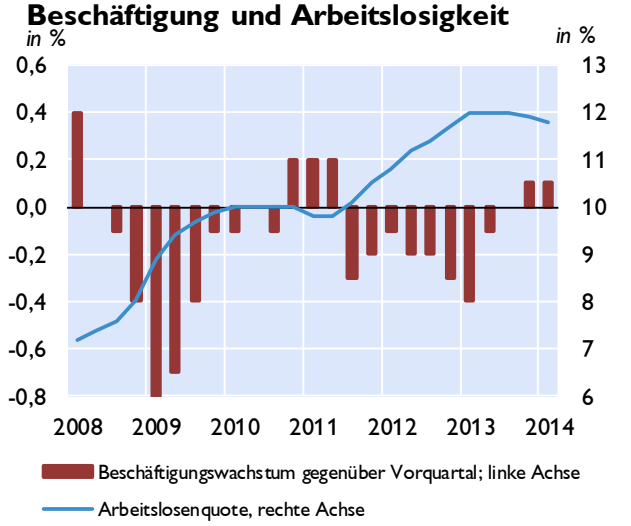
Frühindikatoren zum BIP-Wachstum



Geschäftsklimaindikatoren



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Zahlungsbilanz

Salden	2011	2012	2013	4Q12	1Q13	2Q13	3Q13	4Q13
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	12,41	134,09	228,91	62,96	28,81	60,48	51,97	87,65
Güter	2,65	91,41	167,70	32,76	29,91	50,63	38,86	48,30
Dienstleistungen	76,82	93,83	112,05	23,34	18,62	30,01	33,24	30,18
Einkommen	39,82	56,72	70,77	21,79	22,42	10,10	14,11	24,14
Laufende Transfers	-106,88	-107,87	-121,62	-14,93	-42,14	-30,26	-34,24	-14,98
Vermögensübertragungen	0,00	0,00	0,00	105,78	23,87	69,75	55,96	95,57
Kapitalbilanz	10,24	5,81	19,55	8,10	1,98	5,43	4,37	7,76
Direktinvestitionen	-102,67	-71,99	-25,46	-60,39	-25,25	21,90	-12,81	-9,29
Portfolioinvestitionen	238,62	93,76	108,25	77,72	1,91	46,11	5,08	55,15
Finanzderivate	-5,65	5,24	18,06	27,37	8,28	-1,91	7,58	4,11
Sonstige Investiitionen	-170,52	-177,39	-341,59	-147,48	-8,76	-134,67	-52,95	-145,22
Währungsreserven 2)	-10,27	-14,96	-4,41	-3,00	-0,05	-1,19	-2,86	-0,31
Statistische Differenz	27,83	25,45	-3,30	34,72	-6,91	3,84	-0,38	0,16
Leistungsbilanz in % des BIP 3)	0,4	1,8	2,6	1,7	2,1	2,6	1,8	2,8

1) Werte über 50 signalisieren Wachstum. 2) Zunahme: - / Abnahme: +. 3) Quartale: Saisonbereinigte Daten.

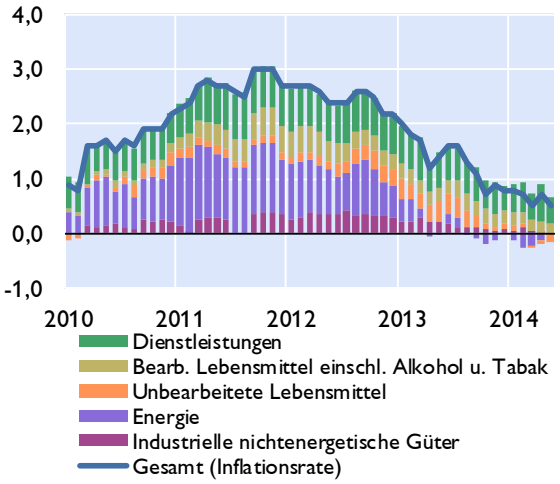
Quelle: EZB, Eurostat, Europäische Kommission, Markit.

Euroraum: Inflation und Arbeitskosten

HVPI	2014	2012	2013	Feb.14	Mär.14	Apr.14	Mai.14
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*					
Gesamt-HVPI	100,0	2,5	1,4	0,7	0,5	0,7	0,5
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	15,7	2,8	2,4	1,0	0,5	0,1	-0,6
Alkoholische Getränke und Tabak	4,0	4,3	3,8	3,4	3,2	3,1	3,1
Bekleidung und Schuhe	6,3	1,8	0,4	1,3	0,7	0,5	0,1
Wohnung, Wasser, Energie	16,3	4,0	2,2	1,0	1,0	1,2	1,3
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	6,6	1,3	0,8	0,4	0,3	0,3	0,1
Gesundheitspflege	4,4	2,4	-0,2	0,8	0,9	1,1	1,0
Verkehr	15,2	4,0	0,5	-0,5	-0,5	0,5	0,7
Nachrichtenübermittlung	3,1	-3,2	-4,2	-2,4	-2,4	-2,6	-2,9
Freizeit und Kultur	9,5	1,0	0,9	0,3	-0,3	1,0	-0,3
Bildungswesen	1,0	1,3	2,8	0,4	0,4	0,4	0,4
Hotels, Cafes und Restaurants	9,1	1,9	2,2	1,5	1,4	1,5	1,7
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	8,7	1,9	1,5	0,7	0,7	0,7	0,7

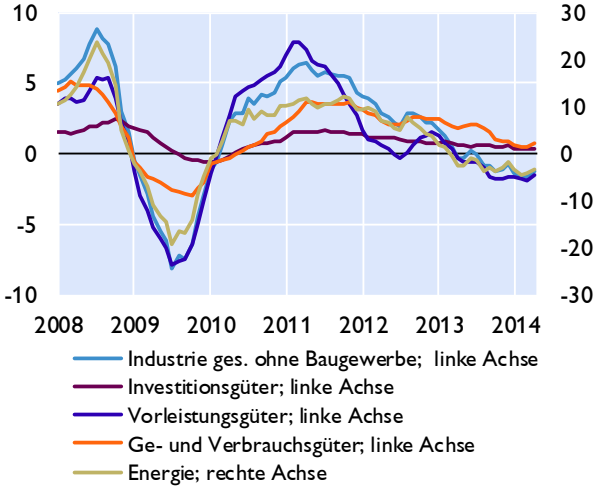
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



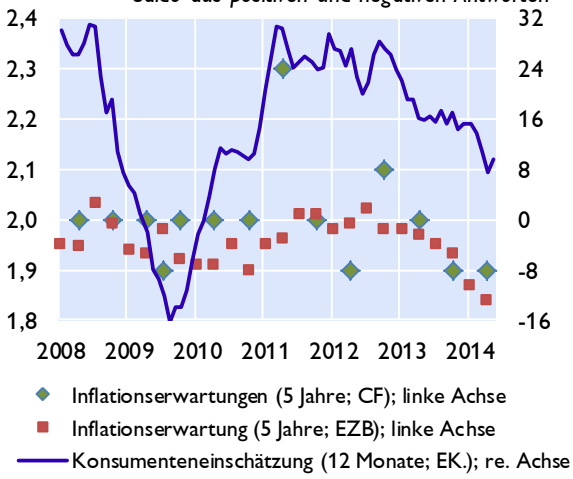
Erzeugerpreise

Veränderung zum Vorjahr in %



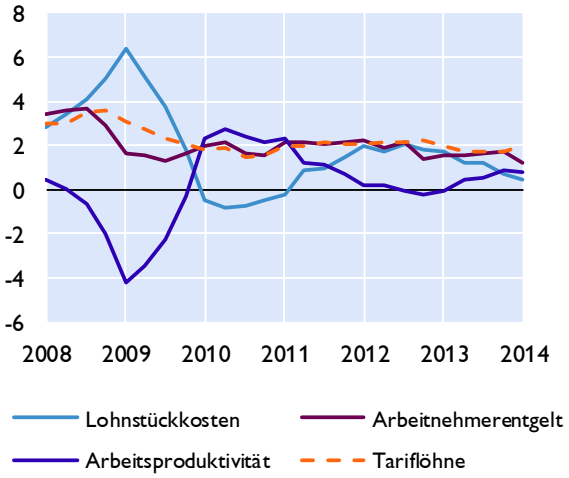
Umfragebasierte Inflationserwartungen

in % *Saldo aus positiven und negativen Antworten*



Arbeitskosten

Veränderung zum Vorjahr in %

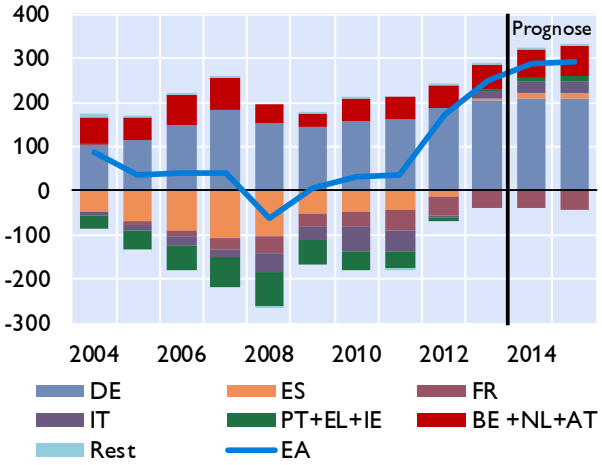


Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Consensus Forecasts.

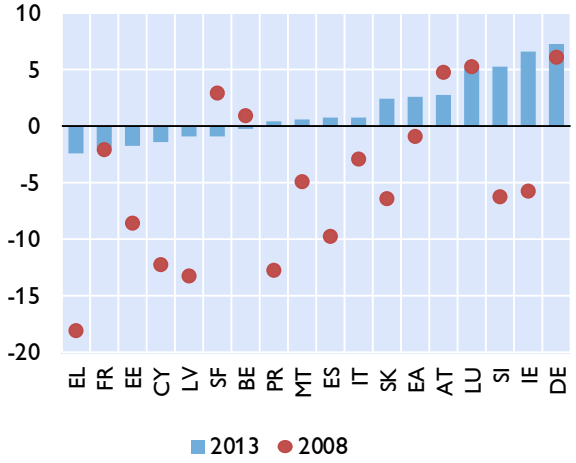
Euroraum: Makroökonomische Ungleichgewichte

Leistungsbilanzsalden

in Mrd EUR

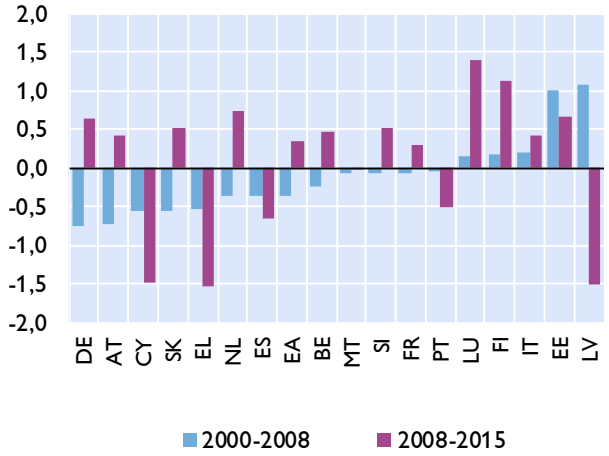


in % des BIP



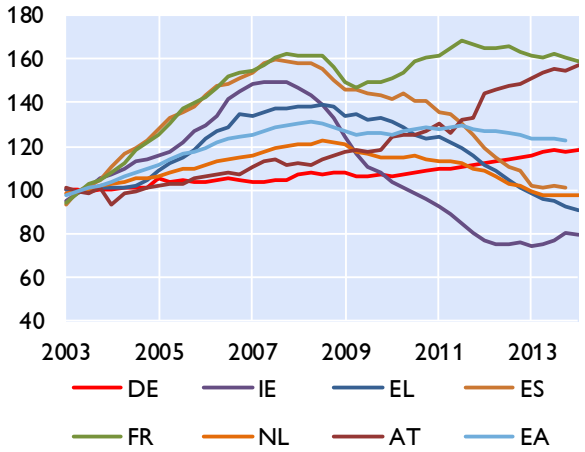
Lohnstückkosten

Durchschnitt der Jahreswachstumsraten in %



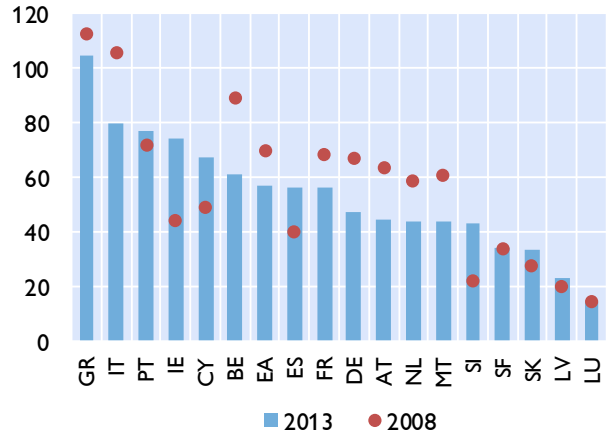
Immobilienpreisindizes

2003 = 100



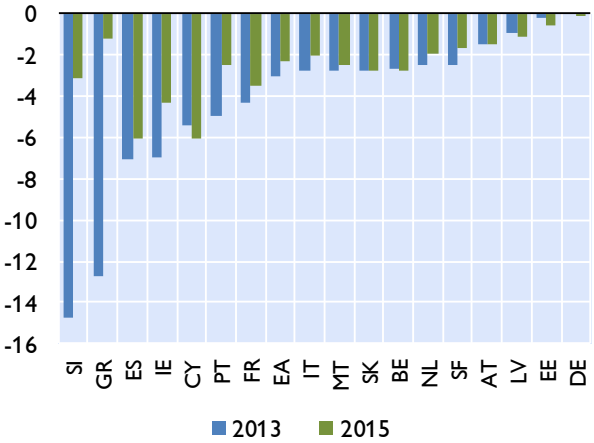
Verschuldung des Gesamtstaates

in % des BIP



Finanzierungssaldo des Gesamtstaates

in % des BIP



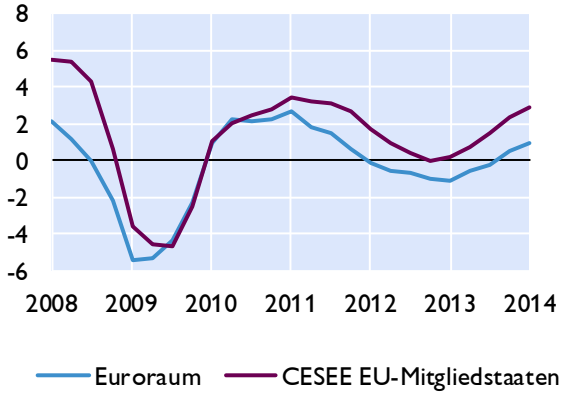
Quelle: EZB, Europäische Kommission; Prognose: EK-Prognose Mai 2014 für die Jahreswerte 2014 und 2015.

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren

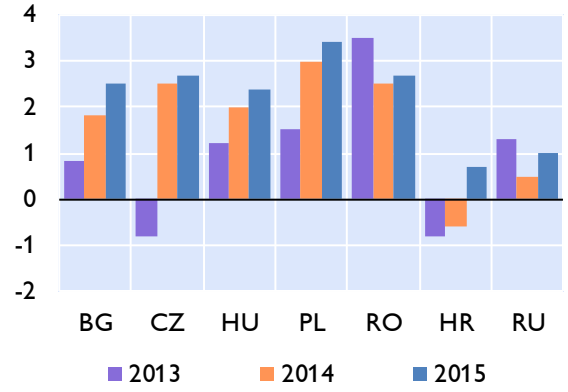
Reales BIP-Wachstum

in % gegenüber der Vorjahresperiode



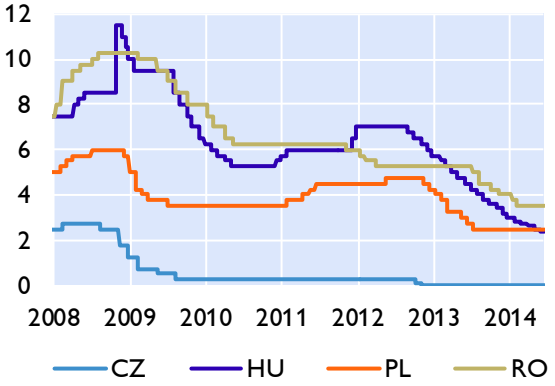
OeNB-BOFIT[1] Prognose vom April 2014

reales BIP-Wachstum in %



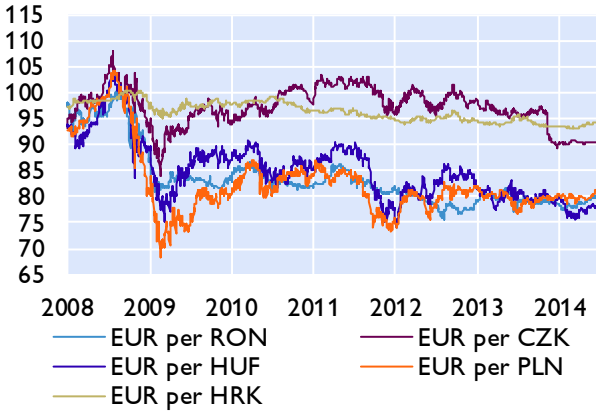
Leitzinsen

in %



Wechselkursentwicklung

Sept. 2008=100, Anstieg = Aufwertung



Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	OeNB-BOFIT April 2014		EU-Kommission Mai 2014		IWF April 2014		wiiw März 2014	
	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015
Bulgarien	1,8	2,5	1,7	2,0	1,6	2,5	1,5	2,3
Estland	x	x	1,9	3,0	2,4	3,2	2,6	3,0
Kroatien	-0,6	0,7	-0,6	0,7	-0,6	0,4	0,0	1,0
Lettland	x	x	4,2	4,3	3,8	4,4	4,2	4,1
Litauen	x	x	3,3	3,7	3,3	3,5	3,6	3,8
Polen	3,0	3,4	3,2	3,4	3,1	3,3	2,4	3,2
Rumänien	2,5	2,7	2,5	2,6	2,2	2,5	2,4	2,7
Russland	0,5	1,0	1,0	2,0	1,3	2,3	1,6	2,3
Slowakei	x	x	2,2	3,1	2,3	3,0	2,4	3,0
Slowenien	x	x	0,8	1,4	0,3	0,9	-0,5	0,5
Tschechische Republik	2,5	2,7	2,0	2,4	1,9	2,0	1,4	2,4
Ungarn	2,0	2,4	2,3	2,1	2,0	1,7	1,4	2,1

1) Bank of Finland Institute for Economies in Transition.

Quelle: Eurostat, OeNB, Thomson Financial, Europäische Kommission, IWF, wiiw, BOFIT.

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

		Prognose[1)]						
	2013	2014	2015	1Q13	2Q13	3Q13	4Q13	1Q14
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien				-0,5	0,1	0,4	0,8	1,2
Deutschland	0,4	0,2	2,0	-0,3	0,5	0,6	1,4	2,3
Estland	0,8	0,0	3,0	1,8	1,5	0,4	-0,3	-1,1
Irland	0,3	0,0	3,0	-1,8	-1,5	1,7	..	..
Griechenland[2)]	-3,9	0,6	2,9	..	..	..	..	..
Spanien	-1,2	1,1	2,1	-1,9	-1,6	-1,1	-0,2	0,5
Frankreich	0,2	1,0	1,5	-0,2	0,7	0,3	0,8	0,8
Italien	-1,9	0,6	1,2	-2,4	-2,2	-1,9	-0,9	-0,5
Zypern	-5,4	-4,8	0,9	-5,0	-6,0	-5,7	-4,9	-4,1
Lettland	4,1	3,8	4,1	6,9	4,5	4,1	3,6	2,3
Luxemburg	2,1	2,6	2,7	0,8	2,4	3,0	2,4	..
Malta	2,4	2,3	2,3	1,9	3,8	2,6	2,3	3,3
Niederlande	-0,8	1,2	1,4	-1,3	-1,9	-0,8	0,9	-0,3
Österreich	0,4	1,6	1,8	0,3	0,1	0,4	0,7	0,9
Portugal	-1,4	1,2	1,5	-4,1	-2,0	-1,0	..	. .
Slowenien	-1,1	0,8	1,4	-3,1	-1,7	-0,8	1,9	1,5
Slowakische Republik	0,9	2,2	3,1	0,5	0,7	1,0	1,6	2,0
Finnland	-1,4	0,2	1,0	-2,7	-1,2	-0,8	-0,2	-0,5
Euroraum	-0,4	1,2	1,7	-1,1	-0,6	-0,3	0,5	0,9
Bulgarien	0,9	1,7	2,0	0,4	0,4	0,9	1,2	1,2
Tschechische Republik	-0,9	2,0	2,4	-2,3	-1,6	-1,0	1,1	2,5
Dänemark	-0,1	1,5	1,9	1,8	1,0	0,6	3,0	1,8
Kroatien	-1,0	-0,6	0,7	-1,0	-0,6	-0,4	-0,6	-0,6
Litauen	3,3	3,3	3,7	4,1	4,1	2,4	3,4	3,0
Ungarn	1,1	2,3	2,1	-0,3	0,5	1,8	2,9	3,2
Polen	1,6	3,2	3,4	0,5	1,3	2,0	2,5	3,5
Rumänien	3,5	2,5	2,6	2,3	1,6	4,1	..	..
Schweden	-0,1	2,8	3,0	1,8	1,0	0,6	3,0	1,8
Vereinigtes Königreich	1,7	2,7	2,5	0,5	1,7	1,8	2,7	3,1
EU	0,1	1,6	2,0	-0,7	-0,1	0,2	1,1	1,4
Türkei	4,0	2,5	3,0	2,9	4,5	4,3	4,4	4,3
USA	1,9	2,8	3,2	1,3	1,6	2,0	2,6	2,0
Japan	1,6	1,5	1,3	-0,1	1,3	2,4	..	..
Schweiz	2,0	2,1	1,9	1,5	2,1	1,9	..	..
Russland	1,3	2,3	2,7	0,8	1,0	1,3	2,0	..
Brasilien	2,5	1,8	2,7	1,7	3,3	2,5	2,1	2,2
China	7,7	7,2	7,0	7,7	7,5	7,8	7,7	7,4
Indien	4,7	5,4	6,4	4,9	2,4	5,2	4,4	6,1

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, IWF, Thomson Reuters.

1) EK-Prognose Frühjahr 2014; BR, IN: IWF-Prognose April 2014.

2) Das nationale Statistikamt Griechenlands berechnet derzeit keine saisonalbereinigten VGR-Daten.

Entwicklung der Verbraucherpreise[1)]

		Prognose[2)]						
	2013	2014	2015	Jän.14	Feb.14	Mär.14	Apr.14	Mai.14
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	1,2	0,9	1,3	1,1	1,0	0,9	0,9	0,8
Deutschland	1,6	1,1	1,4	1,2	1,0	0,9	1,1	0,6
Estland	3,2	1,5	3,0	1,6	1,1	0,7	0,8	0,6
Irland	0,5	0,6	1,1	0,3	0,1	0,3	0,4	0,4
Griechenland	-0,9	-0,8	0,3	-1,4	-0,9	-1,5	-1,6	-2,1
Spanien	1,5	0,1	0,8	0,3	0,1	-0,2	0,3	0,2
Frankreich	1,0	1,0	1,1	0,8	1,1	0,7	0,8	0,8
Italien	1,3	0,7	1,2	0,6	0,4	0,3	0,5	0,4
Zypern	0,4	0,4	1,4	-1,6	-1,3	-0,9	-0,4	-0,1
Lettland	0,0	1,2	2,5	0,5	0,5	0,3	0,8	0,8
Luxemburg	1,7	1,4	2,4	1,5	0,8	0,8	0,9	1,4
Malta	1,0	1,2	1,9	0,9	1,6	1,4	0,5	0,4
Niederlande	2,6	0,7	0,9	0,8	0,4	0,1	0,6	0,1
Österreich	2,1	1,6	1,7	1,5	1,5	1,4	1,6	1,5
Portugal	0,4	0,4	1,1	0,1	-0,1	-0,4	-0,1	-0,3
Slowenien	1,9	0,7	1,2	0,9	0,2	0,6	0,5	1,0
Slowakische Republik	1,5	0,4	1,6	0,0	-0,1	-0,2	-0,2	0,0
Finnland	2,2	1,4	1,4	1,9	1,6	1,3	1,3	1,0
Euroraum	1,4	0,8	1,2	0,8	0,7	0,5	0,7	0,5
Bulgarien	0,4	-0,8	1,2	-1,4	-2,1	-2,0	-1,3	-1,8
Tschechische Republik	1,4	0,8	1,8	0,3	0,3	0,3	0,2	0,5
Dänemark	0,5	1,0	1,6	0,8	0,3	0,2	0,5	0,3
Kroatien	2,3	0,8	1,2	0,4	-0,2	-0,1	-0,1	0,4
Litauen	1,2	1,0	1,8	0,2	0,3	0,4	0,3	0,1
Ungarn	1,7	1,0	2,8	0,8	0,3	0,2	-0,2	0,0
Polen	0,8	1,1	1,9	0,6	0,7	0,6	0,3	0,3
Rumänien	3,2	2,5	3,3	1,2	1,3	1,3	1,6	1,3
Schweden	0,4	0,5	1,5	0,2	0,1	-0,4	0,3	0,1
Vereinigtes Königreich	2,6	1,9	2,0	1,9	1,7	1,6	1,8	..
EU	1,5	1,0	1,5	0,9	0,8	0,6	0,8	0,6
Türkei	7,5	8,6	7,4	7,8	7,9	8,5	9,4	9,4
USA	1,5	1,7	1,9	1,6	1,1	1,5	2,0	..
Japan	0,4	2,5	1,6	1,4	1,5	1,6	3,4	..
Schweiz	0,1	0,5	1,1	0,2	-0,2	-0,1	0,1	0,2
Russland	6,8	5,9	5,0	6,1	6,2	6,9	..	..
Brasilien	6,4	5,9	5,5	5,3	5,4	5,6	5,8	6,1
China	2,6	3,0	3,0	2,5	2,0	2,4	1,8	2,5
Indien	10,9	8,0	7,5	7,2	6,7	6,7	7,1	..

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter.
1) EU, Türkei, Schweiz: HVPI; restliche Länder nationaler VPI.
2) EK-Prognose Frühjahr 2014; BR, CN, IN: IWF-Prognose April 2014.

Arbeitslosenquoten[1)]

		Prognose [2)]						
	2013	2014	2015	Dez.13	Jän.14	Feb.14	Mär.14	Apr.14
	in % gemäß ILO-Definition							
Belgien	8,4	8,5	8,2	8,4	8,5	8,5	8,5	8,5
Deutschland	5,3	5,1	5,1	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2
Estland	8,6	8,1	7,5	8,4	8,2	7,8	7,7	..
Irland	13,1	11,4	10,2	12,0	12,1	12,1	12,0	11,9
Griechenland	27,3	26,0	24,0	27,1	26,8	26,7	26,6	..
Spanien	26,1	25,5	24,0	25,6	25,4	25,3	25,2	25,1
Frankreich	10,3	10,4	10,2	10,2	10,3	10,4	10,4	10,4
Italien	12,2	12,8	12,5	12,5	12,7	12,7	12,6	12,6
Zypern	15,9	19,2	18,4	16,7	16,2	16,4	16,9	16,4
Lettland	11,9	10,7	9,6	11,5	11,5	11,5	11,5	..
Luxemburg	5,8	5,7	5,5	6,1	6,1	6,1	6,1	6,1
Malta	6,5	6,5	6,5	6,8	6,9	6,9	6,9	6,8
Niederlande	6,7	7,4	7,3	7,0	7,1	7,3	7,2	7,2
Österreich	4,9	4,8	4,7	5,0	5,0	4,9	4,9	4,9
Portugal	16,5	15,4	14,8	15,2	15,0	14,9	14,8	14,6
Slowenien	10,1	10,1	9,8	9,7	9,8	9,7	9,6	9,6
Slowakische Republik	14,2	13,6	12,9	14,1	14,0	14,0	14,0	14,0
Finnland	8,2	8,5	8,4	8,3	8,4	8,4	8,4	8,5
Euroraum	12,0	11,8	11,4	11,8	11,8	11,8	11,8	11,7
Bulgarien	13,0	12,8	12,5	13,1	13,1	13,0	13,0	12,8
Tschechische Republik	7,0	6,7	6,6	6,7	6,7	6,6	6,6	6,5
Dänemark	7,0	6,8	6,6	7,1	7,0	6,9	6,6	6,5
Kroatien	17,2	18,0	18,0	17,2	17,4	17,4	17,2	16,8
Litauen	11,8	10,6	9,7	10,9	11,4	11,7	11,9	11,2
Ungarn	10,2	9,0	8,9	8,7	8,2	7,9	7,8	..
Polen	10,3	9,9	9,5	10,0	10,0	9,9	9,8	9,7
Rumänien	7,3	7,2	7,1	7,3	7,3	7,2	7,2	7,1
Schweden	8,0	7,6	7,2	8,0	8,2	8,1	8,0	8,1
Vereinigtes Königreich	7,5	6,6	6,3	7,1	6,8	6,7	6,6	..
EU	10,8	10,5	10,1	10,6	10,6	10,5	10,5	10,4
Türkei	8,7	10,5	10,4	8,5	8,2	..	..	..
USA	7,4	6,4	5,9	6,7	6,6	6,7	6,7	6,3
Japan	4,0	3,8	3,8	3,7	3,7	3,6	3,6	3,6
Schweiz	3,2	4,0	3,9	3,2	3,2	3,2	3,2	..
Russland	5,5	6,1	6,4	5,6	5,6	5,6	5,4	5,3
Brasilien	5,4	5,6	5,8	4,3	4,8	5,1	5,0	4,9
China	4,1	4,1	4,1	x	x	x	x	x
Indien	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: Eurostat, Thomson Reuters.

1) EU: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.

2) EK-Prognose Frühjahr 2014; CH,BR,CN: IWF-Prognose April 2014.

Leistungsbilanzsalden

	2010	2011	2012	2013	Prognose[1)] 2014	Prognose[1)] 2015
	in % des BIP					
Belgien	2,6	0,5	-0,2	-0,3	0,3	-0,3
Deutschland	6,4	6,3	7,1	7,4	7,3	7,0
Estland	3,5	0,3	-2,8	-1,8	-2,7	-2,8
Irland	1,1	1,2	4,4	6,6	7,4	8,8
Griechenland	-12,8	-11,8	-4,6	-2,4	-2,3	-2,2
Spanien	-4,4	-4,0	-1,2	0,8	1,4	1,5
Frankreich	-1,9	-2,5	-2,1	-1,9	-1,8	-2,0
Italien	-3,5	-3,1	-0,4	0,9	1,5	1,5
Zypern	-9,2	-3,5	-7,0	-1,4	0,0	0,4
Lettland	2,9	-2,2	-2,5	-0,8	-1,3	-2,0
Luxemburg	7,7	6,7	5,8	5,2	6,4	5,0
Malta	-5,3	-1,0	1,1	0,6	0,3	1,0
Niederlande	5,0	7,4	7,7	7,8	8,2	8,6
Österreich	3,6	1,5	1,8	2,7	3,4	3,8
Portugal	-10,4	-7,2	-2,2	0,4	1,0	1,4
Slowenien	-0,2	0,3	3,1	5,3	6,0	6,2
Slowakische Republik	-3,8	-2,6	1,6	2,5	2,4	2,4
Finnland	1,7	-1,5	-1,4	-0,8	-0,4	-0,2
Euroraum	0,3	0,4	1,8	2,6	2,9	2,9
Bulgarien	-0,4	0,1	-0,9	1,9	1,0	0,2
Tschechische Republik	-5,0	-3,5	-2,6	-1,2	-0,4	-0,2
Dänemark	5,8	6,0	6,0	7,3	6,9	6,8
Kroatien	-0,9	-0,7	-0,4	0,5	1,5	1,6
Litauen	-0,4	-3,9	-1,1	1,3	-0,8	-1,5
Ungarn	0,4	0,6	1,1	3,1	3,0	2,7
Polen	-4,3	-4,5	-3,4	-1,6	-1,7	-2,3
Rumänien	-4,4	-4,5	-4,5	-1,1	-1,2	-1,6
Schweden	6,9	6,2	6,5	6,6	6,1	6,0
Vereinigtes Königreich	-2,7	-1,5	-3,8	-4,4	-3,8	-3,3
EU	-0,1	0,2	0,9	1,6	1,8	1,8
Türkei	-6,2	-9,7	-6,2	-7,9	-6,0	-3,9
USA	-3,0	-2,9	-2,7	-2,3	-2,2	-2,4
Japan	3,7	2,0	1,0	0,7	0,7	1,2
Schweiz	15,3	9,5	12,1	13,9	15,4	16,0
Russland	4,4	5,1	3,6	1,6	2,1	1,6
Brasilien	-2,2	-2,1	-2,4	-3,6	-3,6	-3,7
China	4,0	1,9	2,3	2,1	2,2	2,4
Indien	-2,7	-4,2	-4,7	-2,0	-2,4	-2,5

Quelle: Europäische Kommission, IWF.
1) EK-Prognose Frühjahr 2014; RU, BR, CN, IN: IWF-Prognose April 2014.

Fiskaldaten

	Budgetsalden					Staatsschulden				
				Prognose[1)]					Prognose[1)]	
	2011	2012	2013	2014	2015	2011	2012	2013	2014	2015
	in % des BIP									
Belgien	-4,0	-4,1	-2,7	-2,6	-2,8	99,2	101,1	101,5	101,7	101,5
Deutschland	-0,8	0,1	0,0	0,0	-0,1	80,0	81,0	78,4	76,0	73,6
Estland	1,1	-0,2	-0,2	-0,5	-0,6	6,1	9,8	10,0	9,8	9,6
Irland	-13,1	-8,1	-7,0	-4,8	-4,3	104,1	117,4	123,7	121,0	120,4
Griechenland	-9,6	-8,9	-12,7	-1,8	-1,2	170,3	157,2	175,1	177,2	172,4
Spanien	-9,6	-10,6	-7,1	-5,6	-6,1	70,5	86,0	93,9	100,2	103,8
Frankreich	-5,2	-4,9	-4,3	-3,9	-3,5	86,2	90,6	93,5	95,6	96,6
Italien	-3,6	-2,9	-2,8	-2,4	-2,0	120,7	127,0	132,6	135,2	133,9
Zypern	-6,3	-6,4	-5,4	-5,8	-6,1	71,5	86,6	111,8	122,2	126,4
Lettland	-3,5	-1,4	-0,9	-1,0	-1,1	42,0	40,8	38,1	39,5	33,4
Luxemburg	0,2	0,1	0,1	-0,2	-1,4	18,7	21,7	23,1	23,4	25,5
Malta	-2,7	-3,3	-2,8	-2,5	-2,5	68,8	70,8	73,0	72,5	71,1
Niederlande	-4,3	-4,0	-2,5	-2,8	-1,9	65,7	71,3	73,5	73,8	73,4
Österreich	-2,4	-2,6	-1,5	-2,8	-1,5	73,1	74,4	74,5	80,3	79,2
Portugal	-4,3	-6,5	-5,0	-4,0	-2,5	108,3	124,1	129,0	126,7	124,8
Slowenien	-6,4	-4,0	-14,7	-4,3	-3,1	47,1	54,4	71,7	80,4	81,3
Slowakische Republik	-4,8	-4,5	-2,8	-2,9	-2,8	43,7	52,7	55,4	56,3	57,8
Finnland	-1,0	-2,2	-2,5	-2,6	-1,7	49,3	53,6	57,0	59,9	61,2
Euroraum	-4,1	-3,7	-3,0	-2,5	-2,3	88,1	92,7	95,0	96,0	95,4
Bulgarien	-2,0	-0,8	-1,5	-1,9	-1,8	16,3	18,4	18,9	23,1	22,7
Tschechische Republik	-3,2	-4,2	-1,5	-1,9	-2,4	41,4	46,2	46,0	44,4	45,8
Dänemark	-2,0	-3,9	-0,9	-1,3	-2,8	46,4	45,4	44,5	43,5	44,9
Kroatien	-7,8	-5,0	-4,9	-3,8	-3,2	52,0	55,9	67,1	69,0	69,2
Litauen	-5,5	-3,4	-2,2	-2,1	-1,5	38,3	40,5	39,4	41,8	41,4
Ungarn	4,2	-2,2	-2,4	-3,1	-3,0	82,1	79,8	79,2	80,3	79,5
Polen	-5,1	-3,9	-4,3	5,7	-2,9	56,2	55,6	57,0	49,2	50,0
Rumänien	-5,5	-3,0	-2,3	-2,2	-1,9	34,7	38,0	38,4	39,9	40,1
Schweden	0,0	-0,7	-1,4	-1,9	-1,0	38,7	38,3	40,6	41,6	40,4
Vereinigtes Königreich	-7,6	-6,1	-5,8	-5,1	-4,1	84,3	89,1	90,6	91,8	92,7
EU	-4,4	-4,0	-3,3	-2,6	-2,5	83,0	86,8	88,9	89,5	89,2
Türkei	-0,8	-1,1	-1,6	-2,9	-2,5	39,9	36,2	36,3	36,4	35,7
USA	-10,6	-9,2	-6,2	-5,4	-4,7	99,5	102,9	104,5	105,9	105,5
Japan	-8,8	-8,7	-9,0	-7,4	-6,2	229,9	237,3	244,0	243,7	244,1
Schweiz	0,3	0,0	0,0	-0,2	0,4	49,1	50,1	49,4	48,1	47,3
Russland	1,5	0,4	-1,3	-0,7	-0,8	11,7	12,7	13,4	13,0	12,8
Brasilien	-2,6	-2,8	-3,3	-3,3	-2,5	64,7	68,2	66,3	66,7	66,4
China	-1,3	-2,2	-1,9	-2,0	-1,6	28,7	26,1	22,4	20,2	18,7
Indien	-8,0	-7,4	-7,3	-7,2	-7,0	66,8	66,6	66,7	65,3	64,0

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

1) EK-Prognose Frühjahr 2014; CH, RU, BR, CN, IN: IWF-Prognose April 2014.

Prognose wichtiger Wirtschaftsindikatoren für Österreich

	OeNB			WIFO		IHS		OECD		IWF		EU-Kommission	
	Juni 2014			März 2014		März 2014		Mai 2014		April 2014		Mai 2014	
	2014	2015	2016	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015
	Veränderung zum Vorjahr in %												
BIP, real	1,6	1,9	2,1	1,7	1,7	1,7	2,0	1,5	2,1	1,7	1,7	1,6	1,8
Privater Konsum, real	0,7	1,0	1,4	0,8	1,0	0,8	1,1	0,4	1,2	x	x	0,7	1,0
Öffentlicher Konsum, real	0,8	1,2	1,1	0,5	0,3	0,3	0,3	0,9	0,7	x	x	0,9	0,8
Bruttoanlageinvestitionen, real	0,8	2,6	2,9	3,0	2,1	2,3	3,1	1,8	4,5	x	x	2,2	3,4
Exporte, real	5,4	5,4	5,7	4,7	5,7	4,8	5,6	4,4	5,5	3,3	5,3	4,4	5,9
Importe, real	3,9	5,4	5,8	4,8	5,5	4,4	5,6	3,3	5,2	3,2	5,3	3,7	5,7
BIP je Erwerbstätigen[1])	0,5	1,0	1,0	1,1	1,1	0,7	0,9	0,6	0,7	x	x	0,9	1,0
BIP Deflator	1,5	1,5	1,8	1,8	1,9	1,4	1,6	1,2	1,5	x	x	1,9	1,7
VPI	x	x	x	1,9	1,9	1,8	1,9	x	x	x	x	x	x
HVPI	1,8	1,7	1,9	1,9	1,9	1,8	1,9	1,4	1,6	1,8	1,7	1,6	1,7
Lohnstückkosten	1,6	1,4	1,7	1,5	1,7	1,4	1,3	1,2	1,4	x	x	1,1	1,1
Beschäftigte	1,1	0,9	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	x	x	x	x	0,8	0,9
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition												
Arbeitslosenquote	5,0	5,0	4,9	5,2	5,3	4,8	4,7	5,0	4,6	5,0	4,9	4,8	4,7
	in % des nominellen BIP												
Leistungsbilanz	3,1	3,4	3,6	3,3	3,7	x	x	2,9	3,0	3,5	3,5	3,4	3,8
Finanzierungssaldo des Staates[2])	-2,5	-1,2	-0,7	-3,0	-1,2	-3,1	-1,4	-2,8	-1,3	-3,0	-1,5	-2,8	-1,5
	Prognoseannahmen												
Erdölpreis in USD/Barrel	107,2	102,2	98,2	110,0	110,0	111,0	114,0	110,6	115,6	104,2	97,9	107,6	102,9
Kurzfristiger Zinssatz in %	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,4	0,5	0,1	0,1	0,3	0,4	0,3	0,4
USD/EUR	1,38	1,38	1,38	1,35	1,35	1,36	1,35	1,38	1,38	1,37	1,39	1,38	1,38
	Veränderung zum Vorjahr in %												
BIP, real Euroraum	1,0	1,7	1,8	1,1	1,5	1,2	1,6	1,2	1,7	1,2	1,5	1,2	1,7
BIP, real USA	2,4	3,0	3,0	2,7	3,1	2,7	3,0	2,6	3,5	2,8	3,0	2,8	3,2
BIP, real Welt[2])	3,6	4,0	4,1	3,5	3,8	x	x	3,4	3,9	3,6	3,9	3,5	3,8
Welthandel[3])	4,1	5,5	5,7	5,5	6,5	5,0	6,0	4,4	6,1	4,3	5,3	4,4	5,7

1) WIFO - Stundenproduktivität. 2) OeNB: Welt ohne Euroraum. 3) EU-Kommission - Weltimporte.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (I)

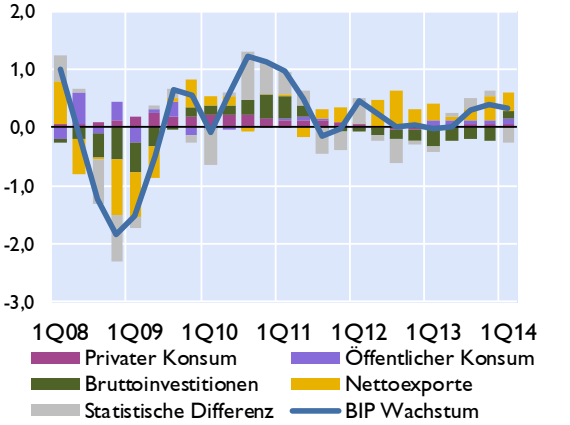
	2012	2013	2013 Q2	2013 Q3	2013 Q4	2014 Q1	2014 Q2	2014 Feb.	2014 März	2014 April	2014 Mai
Veränderung zum Vorjahr in %											
HVPI gesamt	2,6	2,1	2,2	2,0	1,6	1,5	..	1,5	1,4	1,6	1,5
Kerninflation	2,3	2,3	2,3	2,2	2,0	1,9	..	2,0	1,8	1,9	1,8
Nationaler VPI	2,5	2,0	2,1	1,8	1,6	1,6	..	1,5	1,7	1,7	1,8
Deflator des privaten Konsums	2,6	2,2	2,2	2,0	2,0	1,9	..	x	x	x	x
BIP Deflator	1,7	1,6	1,9	1,6	1,1	1,3	..	x	x	x	x
Erzeugerpreisindex	0,9	-0,9	-1,0	-1,0	-1,2	-1,3	..	-1,4	-1,4	-1,2	..
Großhandelspreisindex	2,4	-1,1	-0,6	-1,9	-2,2	-2,0	..	-2,3	-1,9	-1,3	-1,5
Tariflohnindex	3,3	2,6	2,6	2,5	2,4	2,3	..	2,2	2,6	2,6	2,3
BIP je Erwerbstätigen	1,2	1,3	1,1	1,4	1,5	0,2	..	x	x	x	x
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	3,0	2,4	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Lohnstückkosten Sachgütererzeugung	3,0	..	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)											
BIP real	0,7	0,4	0,0	0,3	0,4	0,2	..	x	x	x	x
Privater Konsum	0,4	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	..	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	0,1	1,4	0,5	0,4	0,3	0,4	..	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	1,9	-0,6	0,1	0,2	-0,3	0,0	..	x	x	x	x
Exporte	1,7	2,5	0,6	1,2	1,3	1,5	..	x	x	x	x
Importe	0,0	0,5	0,5	0,9	0,7	0,6	..	x	x	x	x
Beitrag zum Wachstum des nichtsaisonbereinigten realen BIP (in Prozentpunkten)											
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	0,9	0,3	-0,1	0,5	1,3	0,3	..				
Binnennachfrage (ohne Lager)	0,5	-0,1	-0,3	0,6	0,3	0,2	..	x	x	x	x
Nettoexporte	0,9	1,3	2,1	0,0	0,8	-1,0	..	x	x	x	x
Vorratsveränderung u. stat. Differenz	-0,5	-0,9	-1,8	-0,1	0,2	1,1	..	x	x	x	x
Außenhandel - Waren lt. Statistik Austria (Veränderung z.VJP. in %)											
Exporte	1,5	1,5	2,8	0,3	3,6	2,6	..	1,8	4,7	..	..
Importe	0,7	-1,5	-1,8	0,4	0,1	2,6	..	7,9	-0,8	..	..
Zahlungsbilanz (in Mrd EUR) - Transaktionsbilanz											
Güter- und Dienstleistungen	6,9	11,6	2,2	1,2	2,5	..	..	x	x	x	x
Reiseverkehr	6,9	7,4	0,2	1,0	1,5	..	..	x	x	x	x
Leistungsbilanz	7,3	8,4	1,1	0,4	2,6	..	..	x	x	x	x
Leistungsbilanz in % des BIP	2,4	2,7	1,5	0,5	3,3	..	..	x	x	x	x
Ausgewählte Indikatoren											
Economic Sentiment Indicator	94,9	95,9	92,0	95,3	101,4	99,8	..	100,4	101,3	101,0	100,4
Industrievertrauen (%-Saldo)	-8,2	-8,4	-12,1	-8,3	-4,1	-3,8	..	-2,9	-2,8	-4,4	-1,6
Ind. Produktion o. Bau (Δ z. VJP. in %)	1,3	0,2	0,4	0,3	0,0	2,0	..	2,5	-0,4	..	..
Kapazitätsauslastung - Industrie in %	84,6	83,6	83,5	83,5	82,6	84,1	85,1	x	x	x	x
Bauvertrauen (%-Saldo)	-5,2	-12,9	-12,1	-14,6	-14,3	-13,7	..	-13,1	-14,2	-14,1	-18,0
Dienstleistervertrauen (%-Saldo)	5,0	6,5	0,0	5,0	16,6	12,6	..	14,2	14,1	16,6	12,5
Konsumentenvertrauen (%-Saldo)	-8,6	-5,8	-6,4	-7,5	-4,6	-6,5	..	-6,5	-6,2	-6,7	-7,9
Einzelhandelsvertrauen (%-Saldo)	-9,1	-10,8	-10,9	-9,7	-7,0	-6,7	..	-7,7	-3,9	-3,2	-4,4
Einzelhandelsumsätze (Δ z. VJP. in %)	-0,2	-0,4	-1,1	1,0	0,0	-0,6	..	1,7	-3,0	4,7	..
Arbeitsmarktentwicklung											
Unselbstständig Beschäftigte (Δ z.VJP. in %)	1,3	0,5	0,6	0,4	0,4	0,7	..	0,9	0,7	0,7	0,4
Vorgemerkte Arbeitslose (Δ z. VJP. in %)	5,7	10,2	9,1	13,2	11,9	9,5	..	9,3	10,0	12,6	15,5
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	7,0	7,6	6,8	6,8	8,3	9,2	..	9,4	8,4	8,1	7,7
Arbeitslosenquote (gem. ILO-Definition)	4,3	4,9	4,7	5,0	5,0	4,9	..	4,9	4,9	4,9	..
Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)											
Geldmenge M3 (österr. Beitrag)	2,9	2,1	1,2	1,6	1,8	2,6	..	2,9	1,4	2,3	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	2,8	2,6	2,2	..
Kredite an im Euroraum Ansässige	1,4	-0,3	0,2	-0,3	-0,3	0,5	..	0,5	0,5	1,3	..
3-Monats Zinssatz (Stand in %)	0,6	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	..	0,3	0,3	0,3	..
10-Jahres Zinssatz (Stand in %)	2,4	2,0	1,8	2,2	2,1	2,0	..	2,0	1,9	1,8	1,6
ATX (Stand; 2.1.1991=1000)	2.099	2.455	2.391	2.418	2.565	2.583	..	2.621	2.482	2.510	2.473
Finanzierung lt. Maastricht in % des BIP											
Finanzierungssaldo des Bundessektors	-2,6	-1,6	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Finanzierungssaldo des Staates	-2,6	-1,5	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Schulden des Staates	74,4	74,5	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: OeNB, WIFO, Statistik Austria, AMS, HSV, Eurostat, Thomson Reuters, OeKB, EU-Kommission, EZB.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (II)

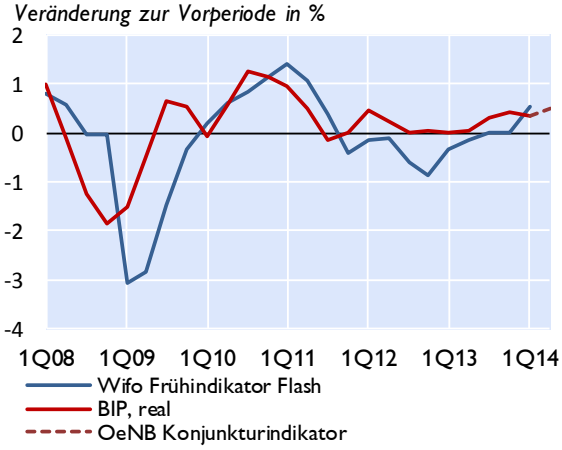
Wachstumsbeiträge zum realen BIP

Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



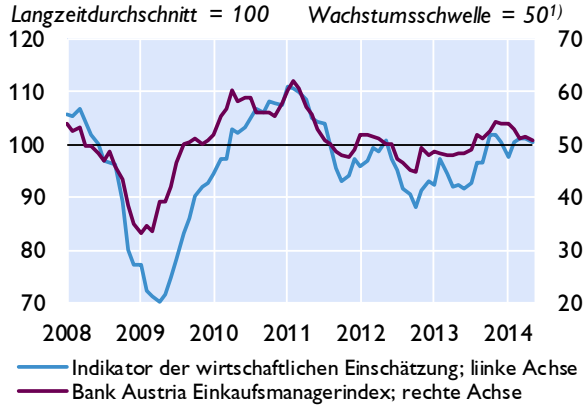
Frühindikatoren des realen BIP

Veränderung zur Vorperiode in %



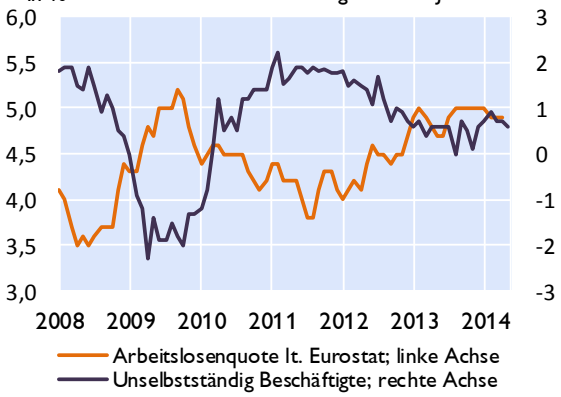
Vertrauensindikatoren (saisonbereinigt)

Langzeitdurchschnitt = 100 *Wachstumsschwelle = 50*[1)]



Arbeitsmarkt

in % *Veränderung zum Vorjahr in %*



Zahlungsbilanz[2)]

Salden	2011	2012	2013	4Q12	1Q13	2Q13	3Q13	4Q13
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	4,9	7,3	8,4	2,5	4,3	1,1	0,4	2,6
Güter	-7,5	-7,2	-3,8	-1,9	-1,0	0,0	-1,7	-1,1
Dienstleistungen	13,6	14,1	15,4	3,7	6,6	2,2	3,0	3,6
Einkommen	0,7	2,5	-0,7	0,8	-0,3	-0,2	0,0	-0,2
Laufende Transfers	-2,0	-2,1	-2,4	0,1	-1,1	-0,8	-0,7	0,3
Vermögensübertragungen	-0,4	-0,4	-0,4	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Kapitalbilanz	-3,6	-7,4	-5,5	-2,5	-2,9	-2,2	0,2	-0,7
Direktinvestitionen	-10,4	-12,5	-1,9	-3,4	-2,0	1,6	0,3	-1,8
Portfolioinvestitionen	16,0	5,7	2,2	4,7	0,9	0,5	4,3	-3,6
Finanzderivate	0,8	2,6	3,8	1,2	1,6	0,5	0,6	1,0
Sonstige Investiitionen	-9,2	-2,2	-9,2	-4,9	-3,6	-4,6	-4,8	3,8
Währungsreserven[3)]	-0,7	-0,9	-0,4	0,0	0,2	-0,3	-0,2	-0,1
Statistische Differenz	-0,9	0,5	-2,5	0,1	-1,2	1,2	-0,6	-1,8
Leistungsbilanz in % des BIP	1,6	2,4	2,7	3,2	5,6	1,5	0,5	3,3

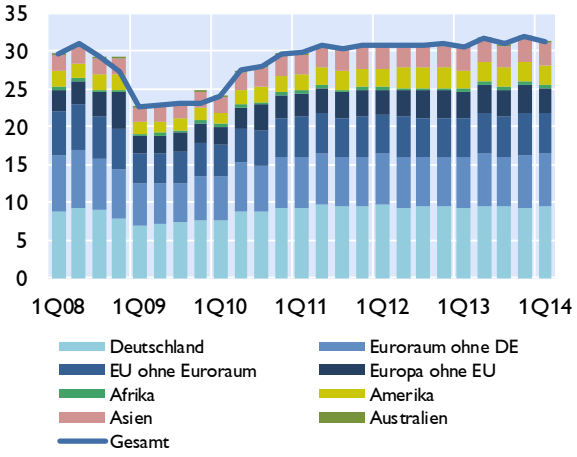
Quelle: OeNB, WIFO, AMS, HSV, Europäische Komission, Bank Austria.
1) Werte über 50 signalisieren Wachstum.
2) Transaktionen; bis 2011 endgültige Daten, 2012 revidierte Daten, 2013 provisorische Daten.
3) OeNB: Gold, Devisen, IWF- Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +

Österreich: Außenhandel mit Waren

	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe
	in Mio EUR			*Veränderung zum Vorjahr in%*	
2011	121.774	131.008	-9.234	11,3	15,3
2012	123.544	131.982	-8.439	1,5	0,7
2013	125.412	129.962	-4.550	1,5	-1,5
Jän.-März 13	30.531	31.660	-1.129	-0,6	-4,8
Jän.-März 14	31.315	32.471	-1.156	2,6	2,6
Okt. 13	12.177	12.302	-125	7,2	1,2
Nov. 13	10.665	11.155	-490	-1,9	-3,1
Dez. 13	9.244	9.687	-443	5,6	2,6
Jän. 14	9.987	10.548	-561	1,1	1,0
Feb. 14	10.101	10.842	-740	1,8	7,9
März 14	11.227	11.081	145	4,7	-0,8

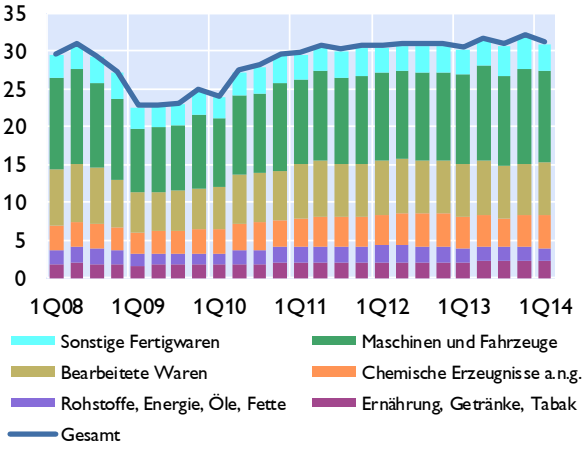
Exporte nach Regionen

in Mrd EUR



Exporte nach Warengruppen

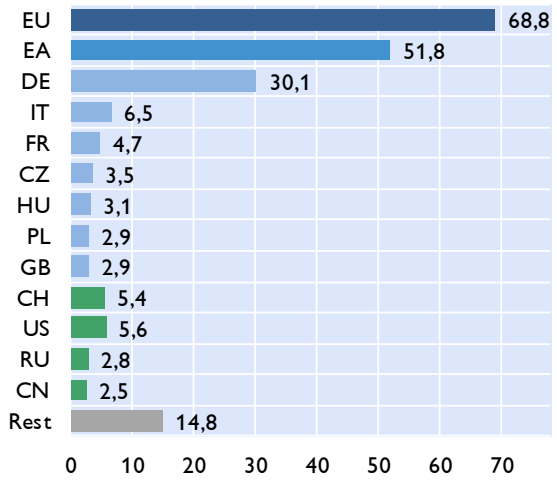
in Mrd EUR



Anteile der wichtigsten Handelspartner im Jahr 2013

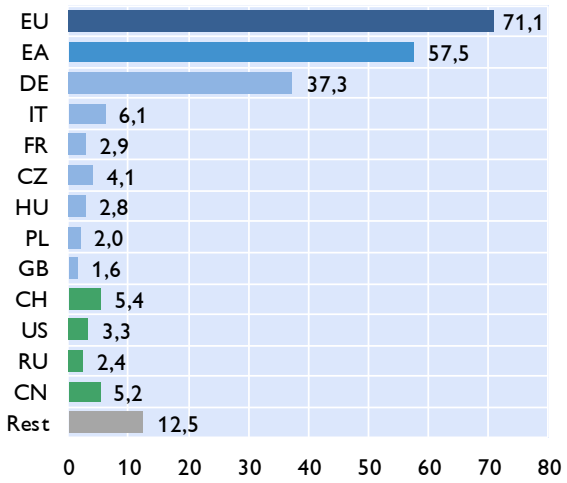
Exporte

Anteil am Gesamtexport in %



Importe

Anteil am Gesamtimport in %



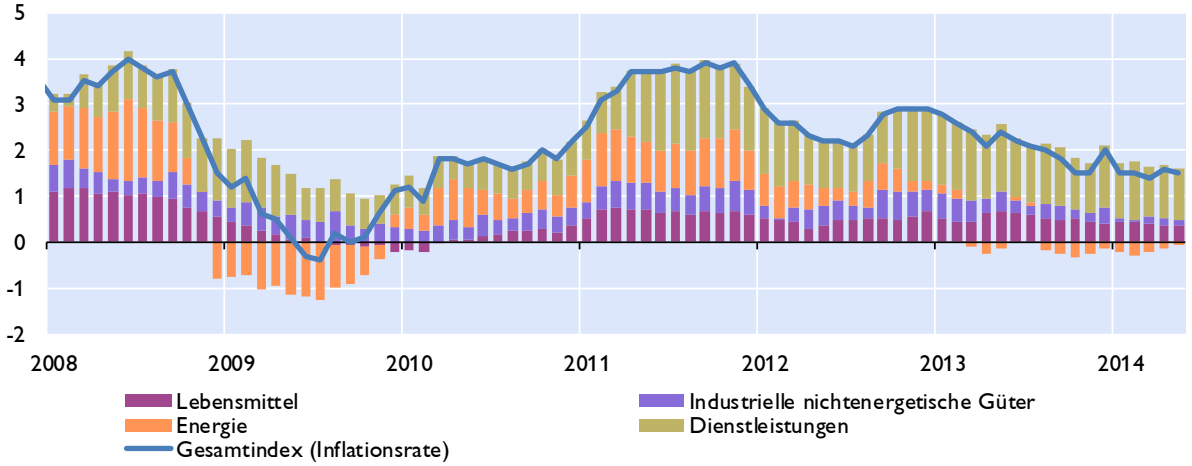
Quelle: Statistik Austria.

Österreich: Inflation und Wettbewerbsindikatoren

HVPI	2014	2012	2013	Jän.14	Feb.14	Mär.14	Apr.14	Mai.14
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*						
Gesamt-HVPI	100,0	2,6	2,1	1,5	1,5	1,4	1,6	1,5
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	11,4	3,3	3,4	2,5	2,6	2,3	1,9	1,8
Alkoholische Getränke und Tabak	3,8	2,5	3,5	3,6	3,4	3,5	3,5	3,9
Bekleidung und Schuhe	7,2	0,8	0,7	-0,4	-1,5	-0,2	0,1	-0,4
Wohnung, Wasser, Energie	13,9	3,5	2,7	1,7	1,6	1,8	1,8	1,9
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	7,5	2,4	1,9	1,6	1,9	1,4	0,9	0,7
Gesundheitspflege	5,1	1,8	3,2	2,5	2,2	2,1	2,4	2,6
Verkehr	15,4	3,1	-0,1	-0,7	-0,9	-1,1	-0,2	-0,3
Nachrichtenübermittlung	2,3	-0,3	1,4	6,0	6,5	6,7	6,7	4,3
Freizeit und Kultur	11,1	3,1	-0,1	1,2	1,2	0,9	2,0	1,8
Bildungswesen	1,1	-0,3	1,4	3,0	4,1	2,4	2,2	2,5
Hotels, Cafes und Restaurants	14,0	1,4	2,0	2,6	2,9	2,9	2,2	2,8
Verschiedene Waren u. Dienstleistungen	7,1	4,4	3,9	1,4	1,2	1,4	1,2	1,2

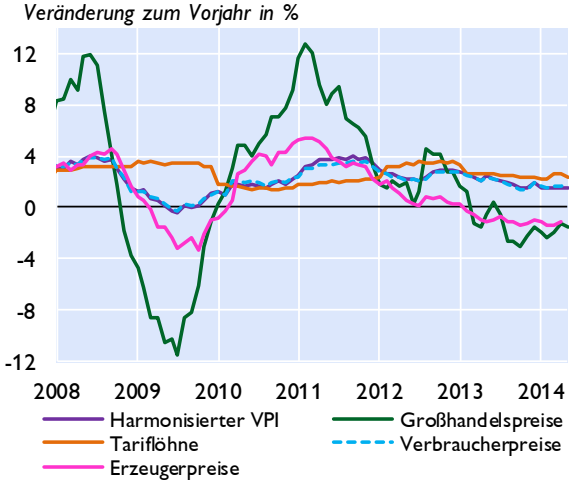
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



Ausgewählte Inflationsindikatoren

Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: Statistik Austria, WIFO.

Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung zum Vorjahr in %

	2012	2013	2014[1)]	2015[1)]
Stunden-produktivität	0,9	1,3	1,1	1,1
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	2,4	2,1	2,1	2,4
Preisliche Wettbe-werbsfähigkeit [2)]	-1,6	2,0	1,0	-0,1
Lohnstückkosten				
Gesamtwirtschaft	3,0	2,4	1,5	1,7
Sachgüter-erzeugung[3)]	3,0	2,0	-0,8	-1,0

1) WIFO-Prognose vom März 2014.
2) Wettbewerbsfähigkeitsindikator: Real-effektiver Wechselkurs des Euro auf Basis des österreichischen Außenhandels.
3) 2013: WIFO-Prognose vom März 2014.

Österreich: Tourismus und Reiseverkehr

Übernachtungen in Österreich

in 1.000	2011	2012	2013	1Q13	2Q13	3Q13	4Q13	1Q14
Gesamt	**126.003**	**131.016**	**132.629**	**45.538**	**21.640**	**43.717**	**21.748**	**42.595**
Inländer	35.297	35.964	35.755	9.081	7.725	12.348	6.601	8.728
Ausländer	90.706	95.052	96.874	36.457	13.915	31.369	15.148	33.867
darunter								
Deutschland	47.387	49.606	50.823	18.831	7.132	17.038	7.821	16.613
Osteuropa	9.783	10.232	10.544	4.959	1.453	2.216	1.915	4.989
Niederlande	8.899	9.389	9.140	4.449	687	2.901	1.103	4.296
Schweiz	4.277	4.558	4.577	1.438	776	1.461	902	1.410
Vereinigtes Königreich	3.104	3.181	3.345	1.528	562	785	469	1.423
Italien	3.014	2.918	2.778	429	380	1.443	526	427
Belgien	2.565	2.583	2.606	1.016	386	920	283	995
Frankreich	1.835	1.819	1.808	514	328	742	225	478
Dänemark	1.464	1.447	1.449	926	75	332	116	900
USA	1.203	1.286	1.367	205	374	507	282	206
Veränderung zum Vorjahr in %								
Gesamt	**0,9**	**4,0**	**1,2**	**4,7**	**-8,0**	**1,8**	**3,5**	**-6,5**
Inländer	0,8	1,9	-0,6	-0,2	-3,5	0,7	0,3	-3,9
Ausländer	0,9	4,8	1,9	5,9	-10,3	2,2	5,0	-7,1

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Einnahmen nach Regionen

in Mio EUR	2011	2012	2013	4Q12	1Q13	2Q13	3Q13	4Q13
Deutschland	7.009	7.106	7.366	1.290	2.912	1.048	2.060	1.347
Niederlande	1.012	1.046	1.030	149	558	66	247	159
Schweiz	759	860	882	189	336	137	217	191
Italien	678	650	624	152	132	104	244	144
Mittel- und Osteuropa[1)]	2.073	2.120	2.170	492	880	359	435	495
Restl. Europa	1.914	1.963	2.030	304	928	295	499	309
Rest der Welt	822	961	1.037	211	212	250	355	220
Gesamt	**14.267**	**14.706**	**15.139**	**2.787**	**5.958**	**2.259**	**4.057**	**2.865**

1) Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn,

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Ausgaben nach Regionen

in Mio EUR	2011	2012	2013	4Q12	1Q13	2Q13	3Q13	4Q13
Deutschland	1.814	1.989	2.036	348	402	518	722	394
Italien	1.252	1.265	1.193	125	108	354	588	143
Kroatien	637	674	618	32	16	155	414	34
Europäische Mittelmeerländer[1)]	994	819	909	96	101	274	435	98
Restl. Europa	2.010	1.999	1.993	388	388	554	654	397
Rest der Welt	824	1.079	988	226	264	201	239	285
Gesamt	**7.531**	**7.825**	**7.737**	**1.215**	**1.279**	**2.056**	**3.052**	**1.351**

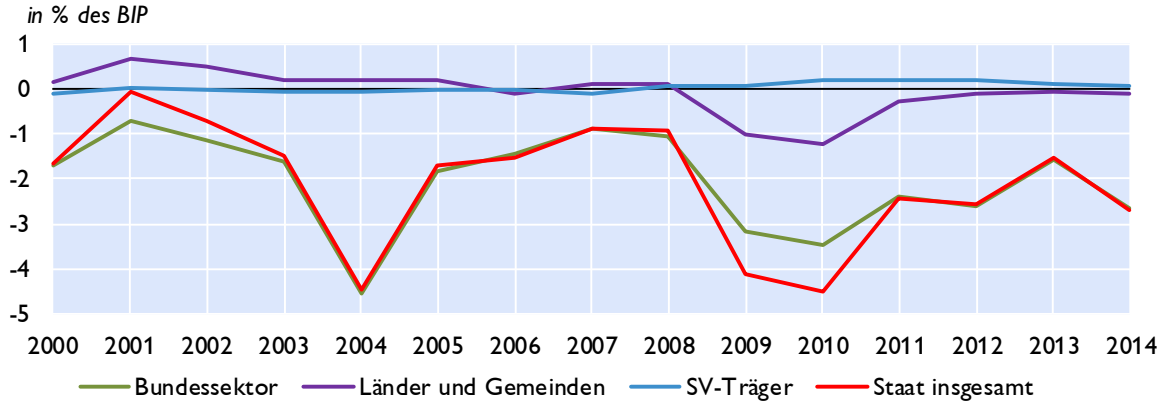
1) Albanien, Griechenland, Malta, Montenegro, Spanien, Türkei, Zypern.
Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Österreich: Öffentliche Haushalte

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2010	-9,9	-3,5	0,6	-12,9	-3,5	-1,2	0,2	-4,5
2011	-7,1	-0,8	0,6	-7,3	-2,4	-0,3	0,2	-2,5
2012	-8,0	-0,4	0,5	-7,9	-2,6	-0,1	0,2	-2,6
2013	-4,9	-0,2	0,3	-4,8	-1,6	-0,1	0,1	-1,5
2014[1)]	-8,6	-0,3	0,2	-8,7	-2,7	-0,1	0,1	-2,7

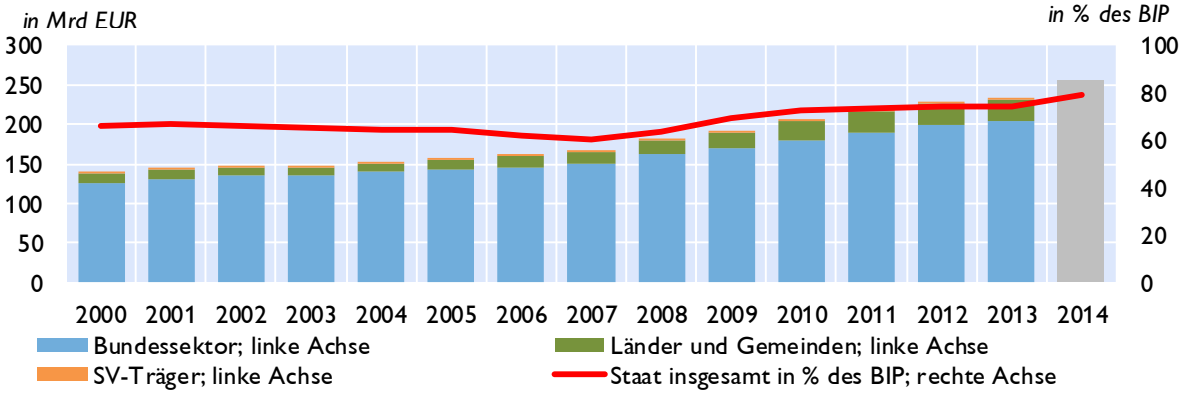
Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht



Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2010	179,3	25,4	2,0	206,6	62,9	8,9	0,7	72,5
2011	189,1	27,8	1,8	218,6	63,2	9,3	0,6	73,1
2012	198,8	27,9	1,7	228,4	64,7	9,1	0,6	74,4
2013	204,7	27,0	1,7	233,3	65,4	8,6	0,5	74,5
2014[1)]	x	x	x	256,8	x	x	x	79,2

Öffentliche Verschuldung laut Maastricht



1) 2014: Prognose des BMF.

Quelle: Statistik Austria, BMF, WIFO.

Österreich: Bundeshaushalt

Gebarung des Bundes

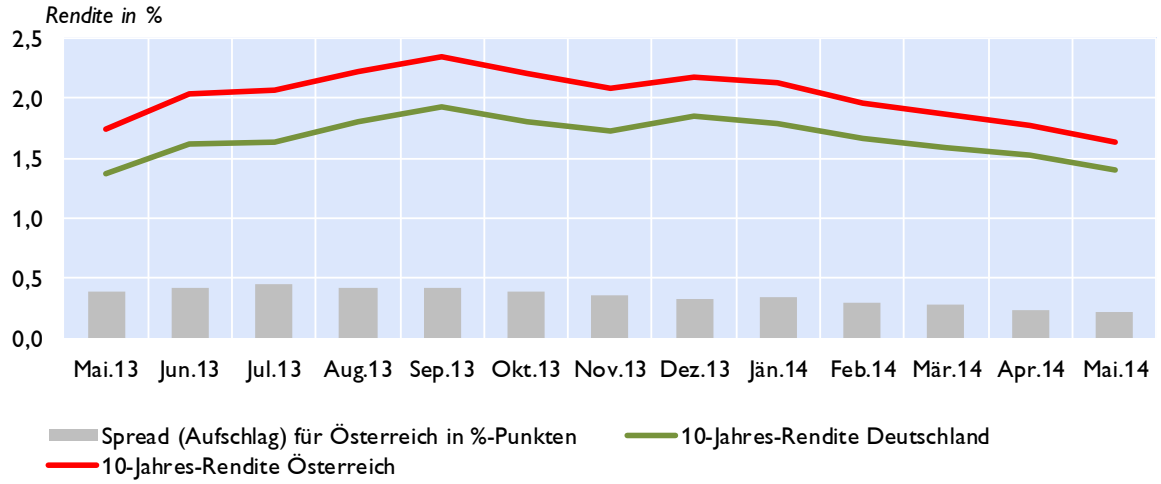
Finanzierungshaushalt[1)]	Jänner bis April		Vorl. Erfolg	Voranschlag	*Veränderung*
Allgemeine Gebarung	2013	2014	2013	2014	*2014/2013*
	in Mio EUR				*in %*
Auszahlungen	24.456	25.841	75.567	75.761	0,3
Einzahlungen	17.323	18.520	71.364	72.196	1,2
Nettofinanzierungsbedarf[2)]	**-7.133**	**-7.321**	**-4.204**	**-3.565**	**-15,2**

Abgaben des Bundes

	Jänner bis April		Vorl. Erfolg	Voranschlag	*Veränderung*
	2013	2014	2013	2014	*2014/2013*
	in Mio EUR				*in %*
Einkommen- und Vermögensteuern	9.565	10.403	38.738	40.625	4,9
davon:					
veranlagte Einkommensteuer	-216	112	3.120	3.500	12,2
Körperschaftsteuer	939	1.038	6.018	6.200	3,0
Lohnsteuer	7.764	8.141	24.597	26.000	5,7
Kapitalertragsteuern	578	565	2.590	2.650	2,3
Verbrauchs- und Verkehrssteuern	11.721	12.068	36.857	38.145	3,5
davon: Umsatzsteuer	8.206	8.345	24.867	25.600	2,9
Öffentliche Abgaben brutto	**21.684**	**22.754**	**76.370**	**79.380**	**3,9**
Überweisungen an öffentliche Rechtsträger (Länder, Gemeinden, Fonds)	9.472	9.660	27.598	28.598	3,6
Überweisungen an die Europäische Union	1.396	1.591	2.971	2.900	-2,4
Öffentliche Abgaben netto[3)]	**10.815**	**11.504**	**45.801**	**47.882**	**4,5**

1) Entspricht der Liquiditätsplanung und stellt die erwarteten Aus- und Einzahlungen dar.
2) Budgetüberschuss (+) oder Budgetdefizit (-) des Bundes.
3) Steuereinnahmen des Bundes.

10-Jährige Staatsanleihe (Benchmark) für Deutschland und Österreich

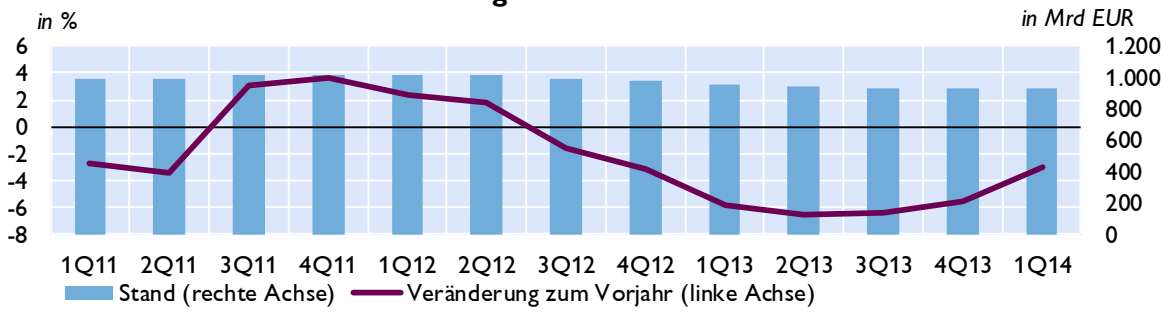


Quelle: BMF, Thomson Reuters.

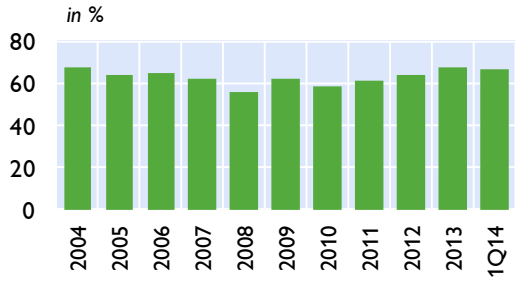
Österreich: Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute - unkonsolidiert

1. Quartal 2014	Stand	Veränderung					
		zum Vorquartal		*seit Jänner*		*zum Vorjahr*	
	in Mio EUR	*in Mio EUR*	*in %*	*in Mio EUR*	*in %*	*in Mio EUR*	*in %*
1. Aktiva							
Kassenliquidität	20.090	5.577	38,4	5.577	38,4	4.666	30,3
Forderungen an inl. Kreditinstitute	165.751	-8.195	-4,7	-8.195	-4,7	-17.071	-9,3
Direktkredite an inl. Nichtbanken	315.461	-105	0,0	-105	0,0	-1.349	-0,4
in EUR	276.999	461	0,2	461	0,2	4.893	1,8
in Fremdwährung	38.462	-565	-1,4	-565	-1,4	-6.242	-14,0
Titrierte Kredite an inl. Nichtbanken	38.031	1.455	4,0	1.455	4,0	2.620	7,4
in EUR	37.836	1.469	4,0	1.469	4,0	2.638	7,5
in Fremdwährung	196	-14	-6,9	-14	-6,9	-18	-8,2
Sonstige Inlandsforderungen	93.747	-2.970	-3,1	-2.970	-3,1	3.001	3,3
Auslandsforderungen	283.773	1.893	0,7	1.893	0,7	-21.877	-7,2
2. Passiva							
Verbindlichkeiten geg.inl.Kreditinstitute	162.568	-7.146	-4,2	-7.146	-4,2	-15.587	-8,7
Einlagen von inländischen Nichtbanken	301.486	-1.698	-0,6	-1.698	-0,6	1.483	0,5
in EUR	296.924	-1.788	-0,6	-1.788	-0,6	1.415	0,5
in Fremdwährung	4.562	91	2,0	91	2,0	68	1,5
Eig. Inlandsemissionen an Nichtbanken	105.462	2.343	2,3	2.343	2,3	2.303	2,2
in EUR	100.723	1.627	1,6	1.627	1,6	1.684	1,7
in Fremdwährung	4.739	715	17,8	715	17,8	619	15,0
Sonstige Inlandsverbindlichkeiten	125.968	-8.894	-6,6	-8.894	-6,6	-4.840	-3,7
Auslandsverbindlichkeiten	216.803	8.350	4,0	8.350	4,0	-18.059	-7,7
3. Bilanzsumme	925.014	-2.141	-0,2	-2.141	-0,2	-28.218	-3,0

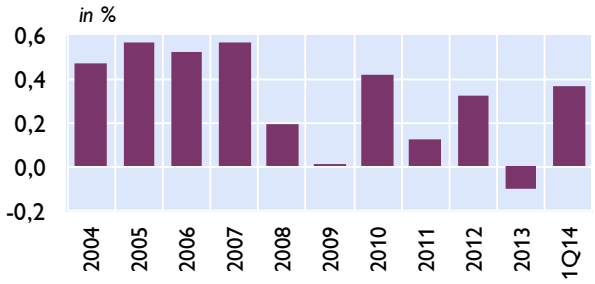
Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



Ertrag-Aufwand-Relation



Gesamtkapitalrentabilität



Quelle: OeNB.

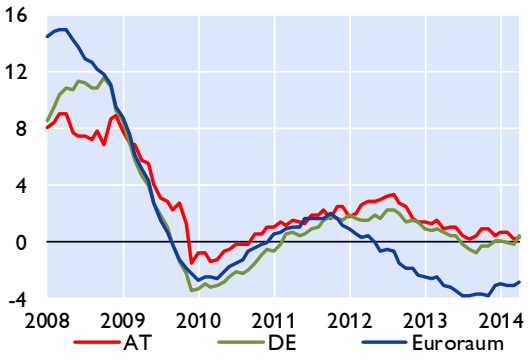
Österreich: Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen in allen Währungen

	Private Haushalte				Nichtfinanzielle Unternehmen			
	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum
	Volumen in Mrd EUR		*Veränderung zum Vorjahr in %*		*Volumen in Mrd EUR*		*Veränderung zum Vorjahr in %*	
2011	138	5.243	1,6	1,6	139	4.720	2,5	1,2
2012	139	5.251	0,8	0,5	140	4.536	1,4	-2,3
2013	139	5.230	0,8	-0,1	140	4.345	0,5	-3,0
Jul.13	138	5.233	0,5	0,1	141	4.429	0,5	-3,8
Aug.13	138	5.229	0,6	0,1	141	4.400	0,2	-3,8
Sep.13	139	5.237	0,8	0,1	141	4.394	0,5	-3,6
Okt.13	139	5.233	0,6	0,1	141	4.377	0,9	-3,7
Nov.13	139	5.235	0,8	0,0	141	4.371	0,9	-3,8
Dez.13	139	5.230	0,8	-0,1	140	4.345	0,5	-3,0
Jän.14	139	5.225	0,6	-0,2	140	4.371	0,7	-2,9
Feb.14	138	5.221	0,7	-0,1	140	4.347	0,7	-3,0
Mär.14	139	5.223	1,3	-0,1	140	4.339	0,2	-3,0
Apr.14	139	5.227	1,3	0,0	140	4.331	0,3	-2,8

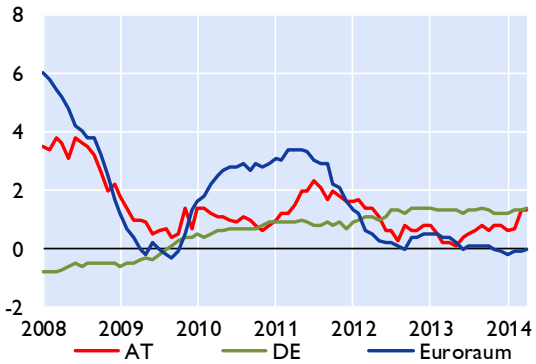
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen

Veränderung zum Vorjahr in %



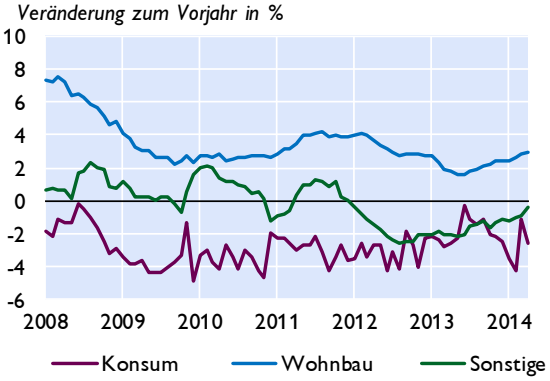
Kredite an private Haushalte

Veränderung zum Vorjahr in %



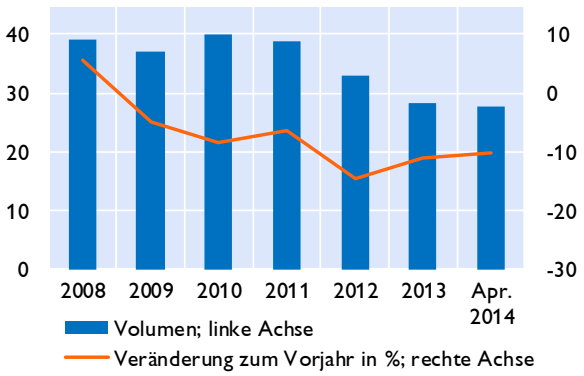
Kredite an private Haushalte in Österreich nach Verwendungszweck

Veränderung zum Vorjahr in %



Fremdwährungskredite an private Haushalte in Österreich

in Mrd EUR *in %*

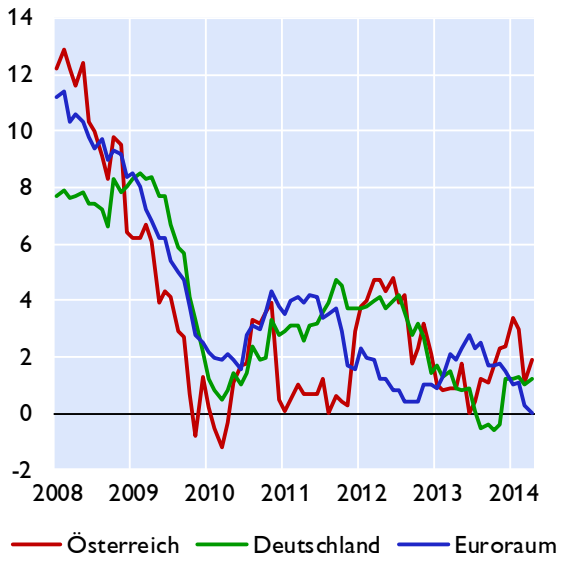


Quelle: OeNB, EZB.

Österreich: Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

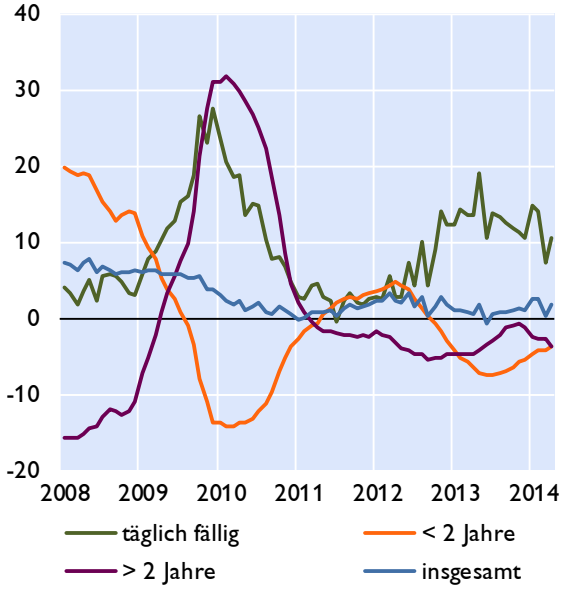
Einlagen von Nichtbanken

Veränderung zum Vorjahr in %



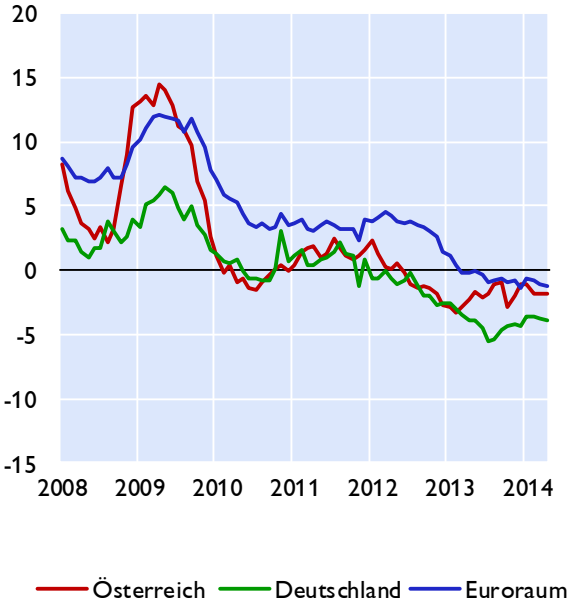
Einlagen von österreichischen Nichtbanken nach Fristigkeiten

Veränderung zum Vorjahr in %



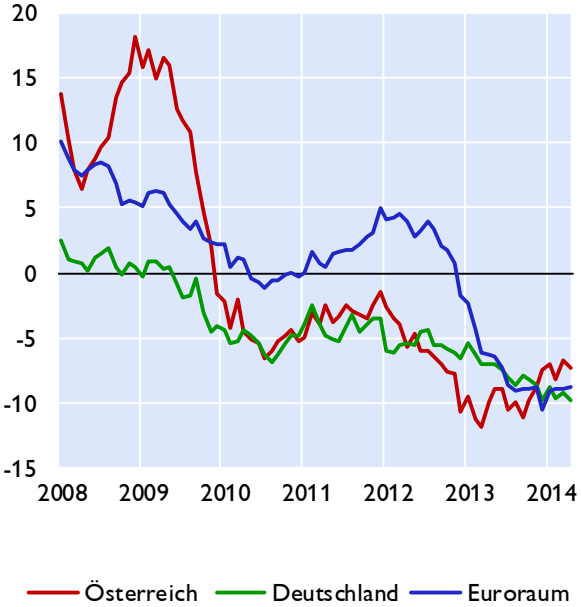
Wertpapierumlauf

Veränderung zum Vorjahr in %



Wertpapierumlauf vom Bankensektor

Veränderung zum Vorjahr in %

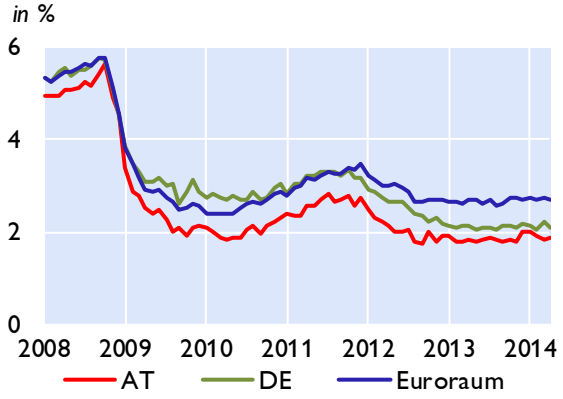


Quelle: OeNB, EZB

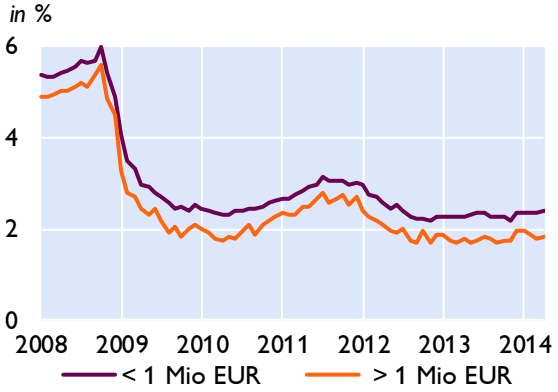
Österreich: Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen

Österreich, Deutschland und Euroraum

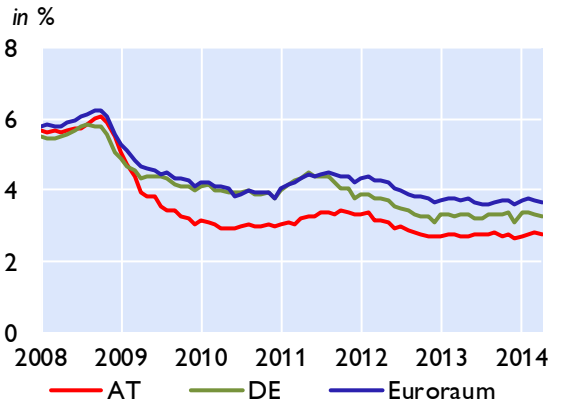


Nach Kredithöhe in Österreich

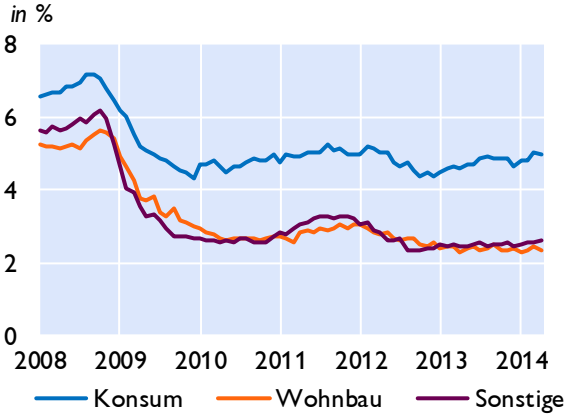


Kreditzinssätze für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum

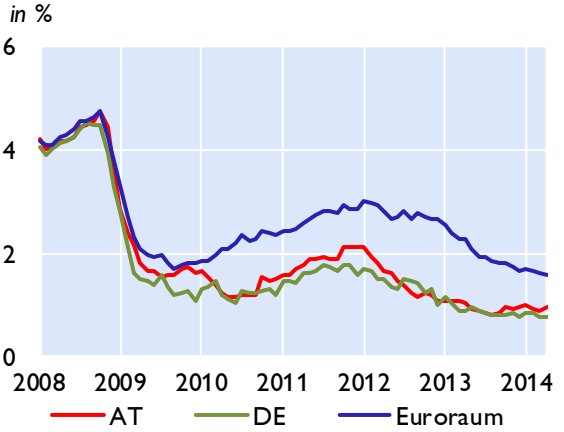


Nach Verwendungszweck in Österreich

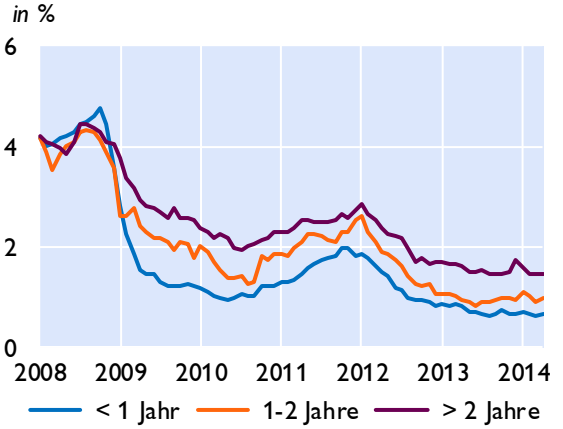


Einlagenzinssätze mit Bindungsfrist für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Bindungsfrist in Österreich



Quelle: OeNB, EZB

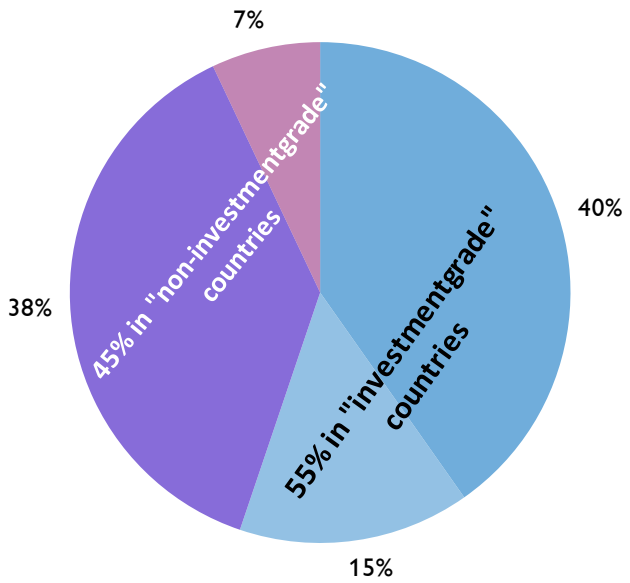
Österreich: Ertragslage der Kreditinstitute - konsolidiert

Ertragspositionen	4. Quartal 2011		4. Quartal 2012		4. Quartal 2013	
	in Mrd EUR	*Ver.z.Vj. in %* [1)]	*in Mrd EUR*	*Ver.z.Vj. in %* [1)]	*in Mrd EUR*	*Ver.z.Vj. in %* [1)]
Nettozinsergebnis	20,43	0,2	19,26	-5,7	18,60	-3,4
Zinsen und ähnliche Erträge	*44,13*	*2,0*	*42,16*	*-4,5*	*35,98*	*-14,7*
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	*23,70*	*3,6*	*22,90*	*-3,4*	*17,38*	*-24,1*
Dividendenerträge und Erträge aus Beteiligungen	0,82	-11,8	0,75	-8,5	0,66	-12,0
Provisionsergebnis	7,59	-1,2	7,26	-4,3	7,59	4,5
Provisionserträge	*10,25*	*-1,5*	*9,90*	*-3,4*	*10,07*	*1,7*
Provisionsaufwendungen	*2,66*	*-2,6*	*2,64*	*-0,8*	*2,48*	*-6,1*
Realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzgeschäften	0,57	-13,6	1,43	150,9	0,93	-35,0
Handelsergebnis[1)]	0,84	-16,0	1,14	35,7	0,67	-41,2
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS[1)]	0,51	-20,3	0,66	29,4	0,74	12,1
Bewertungsergebnisse aus Veräusserung, Neubewertung von Sachanlagen (IAS 16) und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (IAS 40)	0,04	300,0	0,02	-50,0	0,02	0,0
Sonstige betriebliche Erträge	6,41	3,2	7,16	11,7	6,06	-15,4
Betriebserträge (ohne Risikovorsorgen)	37,21	-0,8	37,67	1,2	35,27	-6,4
Verwaltungsaufwendungen	16,59	2,4	16,80	1,3	17,01	1,3
Abschreibungen, Wertberichtigungen auf	3,92	66,8	2,69	-31,4	4,53	68,4
Aufwendungen für jederzeit rückzahlbares Grundkapital	0,01	0,0	0,00	-100,0	0,00	x
Sonstige betriebliche Aufwendungen	6,31	15,4	6,09	-3,5	5,78	-5,1
Betriebsergebnis (ohne Risikovorsorgen)	10,37	-23,1	12,09	16,6	7,95	-34,2
a) Rückstellungen	0,33	43,5	0,35	6,1	0,23	-34,3
b) Risikovorsorgen im Kreditgeschäft	-6,03	-22,3	-6,39	6,0	-7,00	9,5
c) Risikovorsorgen aus nicht zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögensgegenständen[1)]	-1,84	493,5	-0,51	-72,3	-0,34	-33,3
d) unmittelbar erfolgswirksamer negativer Geschäfts- oder Firmenwert[1)]	0,00	x	0,00	x	0,02	x
e) Anteil des Ergebnisses von assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen nach Equity-Methode[1)]	0,72	-46,3	0,41	-43,1	0,55	34,1
f) Ergebnis aus Gegenständen des Anlagevermögens und Veräusserungsgruppen (IFRS 5), ohne Veräusserung/Aufgabe von Geschäftsbereichen[1)]	-0,10	-1100,0	-0,02	-80,0	-0,01	-50,0
g) ausserordentliches Ergebnis	-0,03	-57,1	-0,05	66,7	0,33	-760,0
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	2,76	-57,2	5,17	87,3	1,28	-75,2
h) Ertragssteuern	1,47	21,5	1,36	-7,5	1,28	-5,9
i) Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	-0,13	x	-0,25	92,3	-0,47	88,0
j) Minderheitenanteile	0,45	-31,8	0,60	33,3	0,56	-6,7
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	0,71	-84,5	2,97	318,3	-1,04	-135,0

Quelle: OeNB.

1) Für diese Positionen werden Daten nur von meldepflichtigen Bankkonzernen nach den internationalen finanziellen Reporting Standards (IFRS) erhoben.

Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE



AA- - A- BBB+ - BBB- BB+ - BB- B+ - B-

	2010	2011	1Q12	2Q12	3Q12	4Q12	1Q13	2Q13	3Q13	4Q13
	in Mio EUR									
Tschechiche Republik	46.031	50.256	50.445	48.480	47.905	47.564	49.995	50.657	48.560	47.001
Rumänien	29.937	28.595	28.625	28.442	27.742	26.823	26.808	26.635	26.117	25.778
Slowakei	21.329	23.838	23.562	23.953	24.425	24.535	24.716	24.601	24.853	25.093
Kroatien	25.341	25.507	25.888	24.188	23.785	23.195	23.440	23.326	22.497	22.038
Ungarn	25.526	23.491	22.791	21.079	20.866	19.803	19.642	19.386	18.853	18.109
Polen	11.111	11.886	12.225	19.732	19.482	17.933	17.198	16.459	16.928	17.017
Slowenien	11.594	11.257	10.016	10.002	9.682	9.588	9.178	8.489	8.289	8.079
Republik Serbien	5.203	6.475	5.253	5.110	5.184	5.041	5.158	4.945	4.876	4.865
Bosnien Herzgowina	4.887	5.024	4.443	4.270	4.268	4.261	4.255	4.210	4.158	4.124
Bulgarien	3.968	4.161	4.254	4.220	4.186	4.093	4.034	3.925	3.896	3.626
Türkei	690	749	682	728	714	776	774	823	877	929
Republik Montenegro	766	894	894	872	873	875	872	883	890	865
Mazedonien	260	306	398	387	376	390	383	366	359	350
Litauen	174	181	183	126	117	120	148	154	160	161
Aserbeidschan	53	60	66	67	64	63	71	108	138	144
Lettland	359	175	173	152	147	137	234	209	125	126
Estland	82	61	62	65	65	60	58	56	54	50
Andere	22.042	23.169	22.722	23.149	22.638	24.560	24.968	23.756	23.835	23.411
Gesamt	**209.352**	**216.086**	**212.684**	**215.023**	**212.519**	**209.818**	**211.931**	**208.987**	**205.466**	**201.768**

Quelle: OeNB, Bloomberg.

Österreich: Gesamtwirtschaftl. Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung u. Geldvermögen

im 4. Quartal 2013	Inland	Nicht-finan-zielle Unter-nehmen	Finanz-sektor	*davon Mone-täre Finanz-institute*	Staat	Haus-halts-sektor	*davon Private Haus-halte*	Ausland
Geldvermögen	*Bestände in Mio EUR*							
Gold und SZR	9.834	x	9.834	*x*	x	x	*x*	x
Bargeld und Einlagen	633.166	60.082	315.980	*296.509*	16.129	240.976	*234.170*	152.531
Bargeld	24.356	1.724	2.839	*2.837*	8	19.785	*19.785*	1.705
Einlagen	608.811	58.358	313.141	*293.672*	16.121	221.191	*214.385*	150.826
Verzinsliche Wertpapiere	369.139	8.832	289.268	*158.735*	23.538	47.501	*43.665*	339.832
Geldmarktpapiere	7.769	257	6.620	*5.521*	0	891	*875*	14.228
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	361.370	8.574	282.648	*153.214*	23.538	46.610	*42.790*	325.604
Kredite	609.815	116.009	452.556	*434.517*	41.175	75	*0*	79.303
Kurzfristige Kredite	108.530	29.097	77.077	*74.979*	2.356	0	*0*	17.244
Langfristige Kredite	501.285	86.911	375.480	*359.538*	38.820	75	*0*	62.059
Anteilspapiere	738.638	272.550	278.745	*83.866*	47.788	139.555	*108.295*	243.331
Börsennotierte Aktien	95.093	29.878	38.961	*3.802*	2.779	23.475	*18.255*	35.166
Nichtbörsennotierte Aktien/Sonstige Anteilspapiere	468.674	232.464	129.136	*66.468*	40.597	66.477	*47.465*	190.354
Investmentzertifikate	174.870	10.207	110.648	*13.596*	4.412	49.603	*42.574*	17.810
Versicherungstechnische Rückstellungen	109.577	6.024	3.036	*0*	x	100.517	*100.517*	2.494
Lebensversicherungsansprüche	70.600	0	0	*0*	x	70.600	*70.600*	2.494
Pensionskassenansprüche	18.729	0	0	*0*	x	18.729	*18.729*	0
Nichtlebensversicherungsansprüche/Rückversicherung	20.248	6.024	3.036	*0*	x	11.188	*11.188*	0
Sonstige Forderungen inklusive Finanzderivate	72.463	39.403	9.707	*8.662*	11.963	11.391	*11.391*	28.098
davon Handelskredite	36.548	36.548	0	*0*	0	0	*0*	16.290
Geldvermögen ingesamt	2.542.632	502.900	1.359.125	*992.123*	140.593	540.014	*498.037*	845.589
Geldvermögen ohne Direktinvestitionen i.w.S. (SPEs)[1]	2.468.717	428.984	1.359.125	*992.123*	140.593	540.014	*498.037*	776.508
Geldvermögensbildung	*über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR*							
Gold und SZR	123	x	123	*x*	x	x	*x*	x
Bargeld und Einlagen	-31.023	1.027	-37.403	*-39.657*	2.060	3.293	*2.957*	-12.613
Bargeld	1.048	63	-198	*-200*	0	1.183	*1.183*	20
Einlagen	-32.071	964	-37.205	*-39.457*	2.060	2.110	*1.774*	-12.633
Verzinsliche Wertpapiere	-4.970	-1.505	-1.176	*-3.220*	-7	-2.282	*-1.953*	2.850
Geldmarktpapiere	1.448	-110	1.511	*1.111*	-1	48	*54*	1.346
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-6.417	-1.395	-2.686	*-4.331*	-6	-2.330	*-2.006*	1.504
Kredite	4.305	6.197	-3.178	*-2.664*	1.288	-2	*0*	-340
Kurzfristige Kredite	-5.381	476	-5.323	*-4.191*	-534	0	*0*	59
Langfristige Kredite	9.685	5.720	2.145	*1.526*	1.822	-3	*0*	-400
Anteilspapiere	10.003	6.823	861	*238*	-515	2.834	*2.297*	9.823
Börsennotierte Aktien	-1.498	-1.327	318	*-35*	-208	-281	*-249*	2.722
Nichtbörsennotierte Aktien/Sonstige Anteilspapiere	7.564	7.788	-297	*-6*	-24	96	*27*	7.970
Investmentzertifikate	3.937	361	840	*280*	-283	3.019	*2.520*	-869
Versicherungstechnische Rückstellungen	2.455	229	-208	*0*	x	2.434	*2.434*	173
Lebensversicherungsansprüche	1.141	0	0	*0*	x	1.141	*1.141*	173
Pensionskassenansprüche	854	0	0	*0*	x	854	*854*	0
Nichtlebensversicherungsansprüche/Rückversicherung	460	229	-208	*0*	x	439	*439*	0
Sonstige Forderungen inklusive Finanzderivate	-1.761	1.330	-4.301	*-4.494*	12	1.198	*1.187*	456
davon Handelskredite	1.546	1.546	0	*0*	0	0	*0*	1.309
Geldvermögensbildung insgesamt	-20.868	14.101	-45.282	*-49.674*	2.838	7.475	*6.922*	349
Geldvermögensbildung ohne Direktinvestitionen i.w.S. (SPEs)[1]	-20.930	14.039	-45.282	*-49.674*	2.838	7.475	*6.922*	196
Sonstige Veränderungen des Geldvermögens	-13.290	-3.177	-5.303	*-12.895*	-5.204	395	*-150*	-15.409
davon Marktpreisveränderungen[2]	-1.785	100	-2.852	*-3.227*	-1.030	1.997	*1.536*	-11.727
Nettogeldvermögen	8.860	-248.918	37.297	*27.401*	-151.576	372.057	*333.021*	-8.860
Finanzierungssaldo	5.648	1.134	2.025	*603*	-4.151	6.641	*6.043*	-5.648

Quelle: OeNB

1) Direktinvestitionen im weiteren Sinn durch inländische SPEs (Special Purpose Entities)-Unternehmen im Ausland.

2) Aus Wechselkurs- und Wertpapierkursveränderungen handelbarer Wertpapiere (verzinsliche Wertpapiere, börsennotierte Aktien und Investmentzertifikate).

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung u. Verbindlichkeiten

im 4. Quartal 2013	Inland	Nicht-finanz-ielle Unter-nehmen	Finanz-sektor	*davon Mone-täre Finanz-institute*	Staat	Haus-halts-sektor	*davon Private Haus-halte*	Ausland
Verbindlichkeiten	*Bestände in Mio EUR*							
Gold und SZR[1]	x	x	x	*x*	x	x	*x*	9.834
Bargeld und Einlagen	645.168	x	645.168	*644.555*	x	x	*x*	140.530
Bargeld	26.061	x	26.061	*26.061*	x	x	*x*	0
Einlagen	619.108	x	619.108	*618.495*	x	x	*x*	140.530
Verzinsliche Wertpapiere	520.006	64.857	224.226	*214.942*	230.923	x	*x*	188.965
Geldmarktpapiere	17.413	645	11.879	*11.868*	4.889	x	*x*	4.584
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	502.593	64.212	212.347	*203.073*	226.034	x	*x*	184.381
Kredite	519.141	271.565	26.601	*0*	53.763	167.213	*164.281*	169.977
Kurzfristige Kredite	75.820	47.315	11.382	*0*	3.564	13.559	*12.961*	49.954
Langfristige Kredite	443.321	224.250	15.219	*0*	50.199	153.654	*151.320*	120.023
Anteilspapiere	670.604	368.754	301.850	*92.693*	x	x	*x*	311.365
Börsennotierte Aktien	88.563	62.386	26.177	*18.457*	x	x	*x*	41.697
Nichtbörsennotierte Aktien/Sonstige Anteilspapiere	432.610	306.367	126.243	*74.019*	x	x	*x*	226.418
Investmentzertifikate	149.431	0	149.431	*216*	x	x	*x*	43.250
Versicherungstechnische Rückstellungen	106.083	x	106.083	*1.897*	x	x	*x*	5.988
Lebensversicherungsansprüche	70.142	x	70.142	*0*	x	x	*x*	2.953
Pensionskassenansprüche	18.729	x	18.729	*1.897*	x	x	*x*	0
Nichtlebensversicherungsansprüche/Rückversicherung	17.213	x	17.213	*0*	x	x	*x*	3.036
Sonstige Forderungen inklusive Finanzderivate	72.770	46.642	17.900	*10.635*	7.484	744	*735*	27.791
davon Handelskredite	35.656	35.656	0	*0*	0	0	*0*	17.182
Verbindlichkeiten ingesamt	2.533.772	751.818	1.321.828	*964.722*	292.169	167.957	*165.016*	854.449
Verbindlichkeiten ohne Direktinvestitionen i.w.S (SPEs)[2]	2.464.691	682.737	1.321.828	*964.722*	292.169	167.957	*165.016*	780.534
Finanzierung	*über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR*							
Gold und SZR[1]	x	x	x	*x*	x	x	*x*	123
Bargeld und Einlagen	-34.751	x	-34.751	*-34.669*	x	x	*x*	-8.885
Bargeld	1.068	x	1.068	*1.068*	x	x	*x*	0
Einlagen	-35.819	x	-35.819	*-35.737*	x	x	*x*	-8.885
Verzinsliche Wertpapiere	-1.991	3.303	-12.542	*-12.894*	7.248	x	*x*	-128
Geldmarktpapiere	1.808	270	1.006	*1.002*	533	x	*x*	985
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-3.799	3.034	-13.548	*-13.896*	6.716	x	*x*	-1.114
Kredite	-2.379	-1.169	-2.477	*0*	45	1.222	*1.259*	6.344
Kurzfristige Kredite	-7.223	-2.285	-2.760	*0*	-1.382	-797	*-720*	1.902
Langfristige Kredite	4.844	1.116	283	*0*	1.427	2.019	*1.979*	4.442
Anteilspapiere	7.906	7.861	45	*-1.786*	x	x	*x*	11.920
Börsennotierte Aktien	1.555	-49	1.605	*768*	x	x	*x*	-331
Nichtbörsennotierte Aktien/Sonstige Anteilspapiere	5.684	7.911	-2.227	*-2.390*	x	x	*x*	9.850
Investmentzertifikate	667	0	667	*-164*	x	x	*x*	2.401
Versicherungstechnische Rückstellungen	2.615	x	2.615	*27*	x	x	*x*	14
Lebensversicherungsansprüche	1.092	x	1.092	*0*	x	x	*x*	222
Pensionskassenansprüche	854	x	854	*27*	x	x	*x*	0
Nichtlebensversicherungsansprüche/Rückversicherung	668	x	668	*0*	x	x	*x*	-208
Sonstige Forderungen inklusive Finanzderivate	2.084	2.972	-196	*-955*	-304	-388	*-380*	-3.389
davon Handelskredite	2.555	2.555	0	*0*	0	0	*0*	300
Finanzierung insgesamt	-26.516	12.968	-47.307	*-50.277*	6.989	835	*879*	5.997
Finanzierung ohne Direktinvestitionen i.w.S. (SPEs)[2]	-26.669	12.814	-47.307	*-50.277*	6.989	835	*879*	5.935
Sonstige Veränderungen der Verpflichtungen	-13.602	-2.584	-322	*-583*	-9.250	-1.446	*-1.434*	-15.097
davon Marktpreisveränderungen[3]	-13.978	-207	-4.234	*-4.688*	-9.536	0	*0*	468
Nettogeldvermögen	8.860	-248.918	37.297	*27.401*	-151.576	372.057	*333.021*	-8.860
Finanzierungssaldo	5.648	1.134	2.025	*603*	-4.151	6.641	*6.043*	-5.648

Quelle: OeNB.

1) Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslandes gegenübergestellt wird.

2) Direktinvestitionen im weiteren Sinn an inländische SPEs (Special Purpose Entities)-Unternehmen aus dem Ausland.

3) Aus Wechselkurs- und Wertpapierkursveränderungen handelbarer Wertpapiere (verzinsliche Wertpapiere, börsennotierte Aktien und Investmentzertifikate).